

Kurdistan Report

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

Nr. 111 Dezember 2003 2,50 Euro



- Gründung des Volkskongresses - Kongra-Gel
- Erklärung des Besuchsboykotts Abdullah Öcalans
- Die Kampagne für Frieden und eine demokratische Lösung

Kurdistan Report Nr. 111 Dezember 2003

Impressum

Der Kurdistan Report
erscheint regelmäßig

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.), E. Erle,
S. Karabulut, B. Ruprecht,
E. Millich, M. D. Gökşungur

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o
ISKU - Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Internet-Adresse:

www.nadir.org/
kurdistan_report

Druck:

Eigendruck

Preise:

Einzelexemplar 2,50 Euro
6 Exemplare 15,- Euro
(zuzüglich Porto)
Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:

Kampagne für "Frieden und
demokratische Lösung"

Rückseite:

Kongra-Gel - Volkskongress
gegründet - begrüßt

Umschlaglayout:

Annett Bender

Namentlich gezeichnete
Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion
wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und
Fotos sind erwünscht und
werden nach Möglichkeit
abgedruckt. Die Redaktion
behält sich das Recht auf
Kürzungen vor. Nachdruck –
auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die
Unterstützung zahlreicher
Freundinnen und Freunde.

Aktuelles und Hintergrund

- Gründung des Volkskongresses - KONGREYA GEL A KURDISTANE**
Eröffnungsrede des "Demokratischen Gründungskongresses" von Cemil Bayik 4
- "Unser dringendstes Ziel ist die Lösung der kurdische Frage"**
Von Cemal Ucar 12
- Zur Auflösung des KADEK**
Erklärung des Freiheits- und Demokratie-Kongresses Kurdistans, KADEK 15
- "Demokratisches Syrien, freies Kurdistan"**
Von Firaz Baran, Mesopotamische Nachrichtenagentur Frankfurt 16
- Von der Volksbefreiungsarmee Kurdistans zu den Volksverteidigungskräften**
Von Nurdogan Aydogan 18
- Der zweite Kongress der Volksverteidigungskräfte - HPG**
Die Entscheidung für die Selbstbestimmung der Volksverteidigungskräfte 21
- Aufruf zu Frieden und Demokratie**
Von Abdullah Öcalan 22
- Die DEHAP steht auf der Seite der demokratischen Lösung**
Von Fayik Yagizay 31
- Serhildan für eine demokratische Lösung**
Von Eva Erle 32
- Reformen im Alltag nicht spürbar**
Briefings der Internationalen Initiative "Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan" 36
- Menschenrechtsbilanz für die Monate August-Oktober 2003**
Menschenrechtsverein IHD, Istanbul 37
- Der 27. November 1978**
Von Sehmus Güzel 38

Frau und Gesellschaft

- 4. Europa-Konferenz der Partei der Freien Frau, PJA**
Aus der türkischsprachigen Frauenzeitschrift Jina Serbilind 41
- Wenn wir gemeinsam gegen die Unterdrücker aufstehen ...**
Abschiedsbrief von Sema an das kurdische und türkische Volk 43
- Es ist ein revolutionärer Schritt, dass Frauen in der Guerilla sind**
Interview mit dem Journalisten Yangsig Hu 44

Internationales

- Vor allem - die Mauer muss fallen!**
Von Uri Avnery 48

Kultur und Geschichte

- Kunst und Kultur in der Türkei**
Gespräch mit dem Musiker Cevdet Bagca 50



Der Gründungskongress des Volkskongresses, Kongra-Gel, fand in den Kandilbergen in Südkurdistan statt Seite 4



Sieben Wochen verweigerte Abdullah Öcalan den Besuch seiner Anwälte aus Protest gegen seine fortwährende Isolation. Seite 22



Kein Tag vergeht, ohne dass Kurdinnen und Kurden für den Frieden und die Schließung des Imrali-Gefängnisses protestieren Seite 32

Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit halten Sie den letzten Kurdistan Report dieses Jahres in der Hand. Wir haben leider versäumt, einen umfangreichen Überblick des Jahres 2003 zu erstellen. Er hätte aber auch wichtige Entwicklungen der kurdischen Befreiung nicht berücksichtigen können. Der Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans KADEK löste sich auf einem außerordentlichen Kongress am 27. Oktober auf. 360 Delegierte, aus vielen Ländern angeteilt, hoben anschließend in den Kandilbergen in Südkurdistan den Volkskongress - Kongra-Gel - aus der Taufe. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung nicht nur der Türkei, sondern aller Staaten der Region, auf die Kurdistan vor 80 Jahren aufgeteilt wurde, getan worden.

Kein Tag vergeht, ohne dass Kurdinnen und Kurden, vor allem aber Frauen und Jugendliche, mit vielen Aktionen und Initiativen im Rahmen der Kampagne 'Für Frieden und eine demokratische Lösung' aktiv sind. Demonstrationen, Kundgebungen, Transparent- und Plakataktionen finden jeden Tag in den kurdischen Gebieten und der Türkei statt. Vorrangiges Ziel ist es, die Isolation des vom Volkskongress zur Führungspersönlichkeit Kurdistans ernannten Abdullah Öcalan zu durchbrechen. Mit einer einfachen Aktion schaffte es eine Gruppe Jugendlicher, auf einem Transparent an einem Gerichtsgebäude in Istanbul ihre Forderung weltweit zu transportieren: "Die kurdische Frage braucht eine demokratische Lösung - Imrali muss geschlossen werden!" Die Bilder in der vorliegenden Report-Ausgabe verschaffen einen kleinen Einblick in die vielseitigen Aktivitäten der Bevölkerung in ihren Bemühungen, den Frieden mit demokratischen Mitteln im Rahmen des zivilen Ungehorsams zu erringen.

Die zentrale Frage jedoch ist: Wird die absolute Isolation gegen Abdullah Öcalan, seit über vier Jahren gültig, durchbrochen oder kann die türkische Regierung die schleichende Todesstrafe weiter aufrechterhalten? Vieles wird davon abhängen. Sieben Wochen lang hat Abdullah Öcalan den Besuch seiner Anwältinnen und Anwälte verweigert. In dieser Ausgabe finden Sie seine Erklärung, mit der er diesen Schritt begründet. Erst auf Initiative seiner Anwältinnen und Anwälte und des neu gewählten Vorsitzenden des Volkskongresses, Zübeyir Aydar, kam es zu einem Treffen. Der Protest gegen die unmenschliche Isolation wird aber weitergehen, bis sie gebrochen wird. Solidarität und Initiative sind angesagt, nicht nur in Kurdistan und der Türkei.

Einen Vorstoß machte der ehemalige ANC-Verantwortliche für Außenbeziehungen, Walter Govan. Er erklärte Abdullah Öcalan für würdig, für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen zu werden, denn er hat konkrete Vorschläge für den Frieden in der Region entwickelt: "Das, was Nelson Mandela für Südafrika war, ist Abdullah Öcalan in Kurdistan."

Mutiger Vorstöße bedarf es in der jetzigen Zeit vieler. Nicht Frieden und eine fortschrittliche Entwicklung der Menschheit, sondern Krieg und Terror überschatten momentan das Leben. Dem stellt die kurdische Befreiungsbewegung eine Perspektive entgegen, die enge nationale Grenzen längst überschritten hat und ein Beispiel für andere geben könnte.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen guten Jahresausklang und für das nächste Jahr auf dem Weg zu einem gerechten Frieden viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen,

Ihre Redaktion

Gründung des Volkskongresses - KONGREYA GEL A KURDÎSTANÊ

Niemand kann dem kurdischen Volk ein Leben ohne Freiheit aufzwingen

Eröffnungsrede des "Demokratischen Gründungskongresses" von Cemil Bayik

Der Gründungskongress des Volkskongresses - Kongra-Gel - fand zwischen dem 27. Oktober und dem 6. November 2003 in den Kandilbergen in Südkurdistan statt. Es nahmen 360 Delegierte aus vielen Ländern teil. Unter dem Vorsitz von Zübeyir Aydar wurden 41 Personen in den Exekutivrat, in den Disziplinausschuss 11 Personen gewählt. Abdullah Öcalan wurde im Volkskongress zur Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes ernannt. Unter den Vizepräsident(inn)en des Kongresses befinden sich Remzi Kartal, Abdullah Hicap, Mizgin Sen, Riza Altun, Rengin Muhamed und Osman Öcalan. Im Folgenden die Rede, mit der Cemil Bayik den Kongress einleitete.



Eröffnung mit Cemil Bayik

Foto: DIHA

Sehr geehrte Delegierte, verehrte Freundinnen und Freunde,

Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserem demokratischen Gründungskongress. Gleichzeitig möchte ich unseren Gefallenen gedenken, die den kurdischen Freiheitskampf mit ihrem selbstlosen Einsatz und ihrem Leben auf das heutige Niveau gehoben haben. Dafür gilt ihnen mein Dank. Sie werden auf unserem Weg stets eine Quelle der Kraft und Inspiration bleiben.

Gleichfalls möchte ich unseren Vorsitzenden Apo grüßen, den Architekten und Führer des Freiheitskampfes in Kurdistan. Trotz seiner schweren Isolationsbedingungen nahm er alle Widerigkeiten auf sich, um uns einen neuen Weg in eine demokratisch-ökologische

Gesellschaft zu weisen. Seine Bemühungen und Perspektiven haben bei den Vorbereitungen zu unserem demokratischen Gründungskongress eine herausragende Rolle gespielt. Ich möchte deswegen erneut meine Verbundenheit mit dem Vorsitzenden Apo ausdrücken.

Verehrte Genossinnen und Genossen,

seit der Neuorganisierung unseres Freiheitskampfes in Form des KADEK sind nahezu zwei Jahre vergangen. Trotz dieses kurzen Zeitraumes halten wir nun erneut einen Kongress ab, bei dem eine Reihe von wichtigen Tagesordnungspunkten zur Diskussion stehen. Dies ist der dritte Kongress der kurdischen Freiheits- und Demokratiebewegung innerhalb von vier Jahren, die allesamt einen außerordentlichen Charakter aufweisen.

Bisher hat noch keine andere politische Bewegung in einem so kurzen Zeitraum derart oft einen Kongress durchgeführt. Ohne Zweifel ist dies dem Charakter der jetzigen Phase und unseren organisatorischen Bedürfnissen geschuldet. Denn wir durchleben einen Prozess, der für unsere Organisation und unser Volk außerordentliche Herausforderungen bereithält. So beschleunigen außerordentliche Entwicklungen auch das Tempo der Praxis, weshalb man sich dieser Herausforderungen stellen muss. Aus diesen Gründen haben wir uns außerordentlich zusammengefunden, um unsere organisatorischen Bedürfnisse auf die veränderte Situation abzustimmen und Veränderungen vorzunehmen, die den Entwicklungen eine neue Richtung geben können.

Jeder Kongress ist von Besonderheiten geprägt, die ihn unverwechselbar machen, weshalb sie auch in die Geschichte eingehen. Die unverwechselbare Besonderheit des jetzigen Kongresses macht seine Zielsetzung aus: die demokratische Öffnung im organisatorischen, politischen und sozialen Bereich. Deshalb haben wir diesem Kongress den Namen "Demokratischer Gründungskongress" gegeben. Als Freiheits- und Demokratiebewegung Kurdistans werden wir uns gemäß eines demokratisch-ökologischen Verständnisses und gemäß demokratischer Kriterien der Überprüfung unterziehen, um uns neu zu formieren. Seit vier Jahren durchlaufen wir einen Prozess des Wandels. Ohne einen grundlegenden Wandel und die Feststellung der Gründe, die uns zu einer demokratischen Öffnung drängen, werden wir das Ziel dieses Kongresses nicht erreichen. Aus diesem Grund werde ich mich in meiner Rede mit den Hintergründen dieses Kongresses beschäftigen und dazu meine Sicht der Dinge vortragen.

Ich möchte betonen, dass es die demokratische Epoche und ihre immer mehr hervortretenden Charaktereigenschaften selbst sind, die einen neuen Kongress notwendig machen. Diese Epoche drängt uns, wie auch andere Organisationen und Bewegungen, zu demokratischen Reformen. Denn die heutige Zeit ist kein normaler Zeitabschnitt. Vielmehr stellt sie einen Wendepunkt dar, der sich durch den modernen Wandel bemerkbar macht. Demzufolge ist der Übergang vom 20. Jahrhundert zum 21. Jahrhundert kein routinierter Übergang von einem Jahrhundert in das andere. Vielmehr ist dies der Übergang der kapitalistischen zur demokratischen Zivilisation. Restaurationsbemühungen zur Überwindung der permanenten Krise, wie es der Faschismus war, aber auch die Bemühungen um die Entwicklung einer Alternative, wie im realexistierenden Sozialismus geschehen, sind gescheitert. Kurz gesagt, unsere Welt ist im Begriff zu einer neuen Epoche überzugehen. Deshalb beabsichtigen wir als Volk und Bewegung, eine dynamische Kraft zu werden, welche diese Epoche maßgeblich gestaltet. So haben wir uns

zum Ziel gesetzt, den Mittleren Osten zu einem führenden Vertreter dieser Epoche zu machen. Somit erfordert dies von uns eine noch größere Verantwortung und Sensibilität gegenüber den Eigenschaften und Werten dieses Zeitabschnitts.

In den letzten 50 Jahren haben die wissenschaftlich-technische Revolution und die immensen Fortschritte auf dem Gebiet der Kommunikationstechnik ein neues technisches Niveau hervorgebracht, das die Grundlage für die demokratische Zivilisation bildet. Die Ergebnisse dieser Revolution und ihre Auswirkungen haben im sozialen, politischen, ökonomischen und militärischen Bereich zu großen Veränderungen geführt. Diese wiederum haben die bestehenden Formen zerschlagen, weshalb sich die alten Formationen ihrer Überwindung gegenüber sehen. Wissen ist nunmehr kein Privileg einer Elite. Vielmehr bestehen zahlreiche Möglichkeiten zu seiner Verbreitung innerhalb einer Gesellschaft. Dies hat wiederum dazu geführt, dass sich vor allem die Denkstruktur und das Verhalten der Menschheit verändert hat. Die Denk-, Führungs- und Lebensformen des 20. Jahrhunderts sind zur Disposition gestellt. Die Gesellschaftsanalysen des 20. Jahrhunderts und die Theorien und politischen Institutionen, die ihnen zugrunde liegen, können auf die neue Epoche keine Antwort mehr geben. Nationalismus und Nationalstaat haben an Bedeutung verloren, weshalb supranationale Institutionen und Organisationen ihren Platz einnehmen. Die vorherrschende Globalisierung nimmt immer mehr den Charakter eines hegemonialen Systems an. Der klassische Einfluss von Klassen verliert zunehmend an Bedeutung. Demgegenüber treten soziale Kategorien wie Frauen, Jugend und Berufsgruppen hervor, die im gesellschaftlichen Leben noch mehr an Einfluss gewinnen. Zeitgenössische Demokratie, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten gehen zunehmend ineinander über und werden immer mehr Allgemeingut der Menschheit. Dies findet immer mehr Eingang in Lebens- und Führungsformen. Die Freiheit der Frau ist die herausragende

Eigenschaft dieser Epoche, weshalb von den freien Frauenbewegungen eine Führungsrolle ausgeht. Zusammen mit der Jugend bildet sie eine strategische und dynamische Kraft. Die sich entwickelnde Kraft der Zivilgesellschaft bildet die Grundlage für eine demokratische Institutionalisierung, die den Staat immer mehr zum demokratischen Wandel drängt. So besteht Anlass zur Annahme, dass dies den Staat zunehmend eingrenzt und ihn in ein Werkzeug zur Koordination rein gesellschaftlicher Belange verwandelt. Ein sich merklich besser artikulierendes freies Individuum und eine bewusste Gesellschaft zeigen, dass für autoritäre, despotische und auf Gewalt basierende Regierungsformen die Zeit abläuft und die Demokratie an ihre Stelle tritt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu regieren, nimmt stetig zu. So tritt immer mehr das Interesse an der Ökologie, als ein wesentliches Merkmal des zeitgenössischen Bewusstseins, in den Vordergrund. Die Gesellschaft will nunmehr in einer sicheren und sauberen sowie in einer lebensfreundlichen Umgebung leben. Der Kampf gegen die Ausbeutung der Natur bzw. gegen ihre Zerstörung sowie ein immer mehr steigendes ökologisches Bewusstsein sind dafür der Beweis. Diese Entwicklungen, die das Wesen der demokratischen Zivilisation charakterisieren, hat die Suche der freiheitsbewussten Kräfte, die nach dem Zerfall des realexistierenden Sozialismus in ein Vakuum fielen, nach einer Alternative konkretisiert. Gleichfalls bieten diese die Grundlage zur Formulierung neuer Paradigmen. Die Auswirkungen der wissenschaftlichen und technischen Revolution auf den sozialen, politischen, ökonomischen und militärischen Bereich sind derart umfassend und rasant, dass sie nicht mit denen in einer anderen Epoche vergleichbar sind. Kurzum, obwohl wir erst am Anfang dieser Epoche stehen, ist schon jetzt ihr immenses Potenzial an Auswirkungen für das Leben in der Gesellschaft ersichtlich.

Die überzeugendsten Ergebnisse auf der Suche nach neuen Paradigmen für die Überwindung des alten Systems hat bisher unser Vorsitzender Apo erzielt.

So hinterfragte er die geschichtliche und gegenwärtige Dimension des bankrotten Systems und fasste in einem intellektuellen Kraftakt die Suche nach Alternativen in einer Synthese zusammen, die er als "demokratisch-ökologische Gesellschaft" bezeichnet. Das demokratisch-ökologische Gesellschaftssystem ist das System der neuen Epoche. Dieses Paradigma, welches auf moderner Demokratie, Revolution der Geschlechter und Ökologie basiert, ist ein unter schwersten Bedingungen entstandenes Produkt der Bemühungen des Vorsitzenden Apo zur Überwindung des zerrütteten Systems. Dieser intellektuelle Kraftakt ist somit mit einer Explosion vergleichbar, die als Gewinn für die Menschheit zu betrachten ist. Dieser Kraftakt hat uns Kraft und Moral gegeben und uns die geistigen, politischen und organisatorischen Möglichkeiten eröffnet, die zu einer demokratischen Öffnung notwendig sind.

Jedes Paradigma bedarf eines entsprechenden organisatorischen Aufbaus, das seiner Politik und seinem Verständnis vom Kampf entspricht. Eine demokratisch-ökologische Gesellschaft kann jedoch nicht unter der Führung von zentralistischen Parteien aufgebaut wer-

den, die, wie im Realsozialismus geschehen, voneinander abweichende Vorstellungen negieren. Die Beschränkung auf eine einzige Klasse ist kontraproduktiv. Vielmehr muss in einem solchen System die gesamte Gesellschaft im Mittelpunkt stehen. Die demokratisch-ökologische Gesellschaft ist ein System, in dem sich sämtliche gesellschaftlichen Kräfte frei artikulieren können, ohne dass diese an ihrer Stärke oder Schwäche gemessen werden. So muss diesen die uneingeschränkte Möglichkeit zur angemessenen Vertretung ihrer Interessen gegeben sein, um mit der Allgemeinheit korrespondieren zu können. Folglich sieht ein solches System eine mehrheitliche und demokratische Institutionalisierung vor, die auf eine Demokratisierung von Politik, Gesellschaft und Staat ausgerichtet ist. Demzufolge sind demokratische gesellschaftliche Koordinationskomitees, die für eine Harmonisierung der gemeinsamen Interessen der verschiedenen Gesellschaftsschichten sorgen, das adäquate Modell für eine demokratisch-ökologische Gesellschaft. Hiervon ausgehend hat der Vorsitzende Apo dem kurdischen Volk und seinen freiheitlichen Kräften die Bildung eines Volkskongresses vorgeschlagen, unter dessen Dach sich die kurdische Freiheitsbewegung zusammen mit dem Volk organisiert, indem sich der KADEK und der KNK vereinigen. Dieser Aufruf war letztendlich für die Einberufung dieses Kongresses ausschlaggebend. Somit ist unser demokratischer Kongress ein Ausdruck für die Entschlossenheit, gemäß dem Paradigma einer ökologisch-demokratischen Gesellschaft die demokratische Öffnung zu vollziehen.

Unser momentaner organisatorischer Aufbau und seine organisatorischen Mechanismen sowie unser Führungsverständnis entsprechen jedoch nicht diesem Modell. Demzufolge liegt vor uns noch ein weiter Weg. Somit bleibt uns noch viel Arbeit, um ein solches Modell zu schaffen. Dies ist jedoch den Bedingungen unseres Entstehens und denen unserer Entwicklung geschuldet. Unsere Freiheitsbewegung ist als ein Ergebnis von objektiven Bedingungen entstanden. Demzufolge wurde sie von den damaligen ideologischen und politischen

Realitäten beeinflusst. Das war auch nicht anders möglich. Obwohl unsere Befreiungsbewegung, die sich in Form der PKK ausdrückte, ein kritisches Verhältnis zum Realsozialismus pflegte, wurde sie von ihm dennoch ernsthaft beeinflusst. So konnte sie sich trotz des Bekenntnisses zur Wissenschaft nicht vom Dogmatismus des Mittleren Ostens befreien. Hierfür war auch der eigene gesellschaftliche und kulturelle Hintergrund ausschlaggebend. Da sie sich dem Sozialismus wie einer Religion annäherte, konnte sie kein eigenes System entwickeln. Uns ist heute mehr oder weniger klar geworden, dass diese Haltung uns in die Gefahr gebracht hat, in eine wurzellose Glaubensrichtung verwandelt zu werden, welche sich in einer Sackgasse befindet. Dies ist jedoch nur eine der rückständigen Seiten, die wir überwinden müssen.

Wir besitzen auch eine andere Seite, die uns zu dem gemacht hat, was wir sind. So trug die PKK stets ein revolutionäres Wesen in sich. Aufrichtigkeit, Treue zum Volk und zum Kampf, Aufopferungsgeist und Heldentum waren die Werte, welche die PKK zur PKK machten. Diesen Werten war es geschuldet, dass die Freiheitsbewegung Kurdistans binnen kurzer Zeit mit der Bevölkerung verschmolz und den Sieg in der Revolution des nationalen Erwachens errang. Ich möchte hier nochmals betonen, dass sämtliche freiheitlichen Errungenschaften unseres Volkes das Werk in der Zeit der PKK waren. Auch unter den veränderten Bedingungen müssen diese Werte weiterhin die Grundlage unserer Praxis bilden.

Die innere Realität unserer Organisation hat einen zeitgemäßen Wandel verhindert, weshalb sich die Praxis unseres Kampfes nach 1993 ständig wiederholte. Dies allein mit inneren Provokationen und dem Vernichtungskonzept des türkischen Staates zu entschuldigen, wäre unvollständig und würde bedeuten, sich aus der Affäre zu winden. Eine solche Analyse verdeckt unsere eigenen Unzulänglichkeiten und würde nur zu einer Fortsetzung des genannten Zustandes führen. Vielmehr müssen wir akzeptieren, dass unsere Unfähigkeit zu



Duran Kalkan, Cemil Bayik, Sakine Cansiz

Foto: DIHA

Reformen als einer Notwendigkeit unserer Zeit einen hohen Anteil daran hatte. So hätten wir unsere heutige Tagesordnung, welche eine demokratische Öffnung zum Ziel hat, schon seit 1993 bzw. auf dem 5. Kongress umsetzen müssen. Da wir dies unterließen und uns nur mit oberflächlichen Modifizierungen begnügten, haben wir eigenhändig unsere Stagnation verschuldet. Die Gefangenschaft unseres Vorsitzenden Apo war hierfür der hohe Preis. Nur weil wir versäumten, rechtzeitig demokratische Reformen durchzuführen, wurden wir mit dem internationalen Komplott konfrontiert. Heute stehen wir wieder einer vergleichbaren Situation gegenüber. Der Weg zur endgültigen Niederlage des Komplotts und der Befreiung unseres Vorsitzenden führt nur über eine demokratische Öffnung und demokratische Reformen, die wir damals umzusetzen nicht imstande waren. Das Beharren auf dem Alten würde uns nur in die Marginalisierung führen, die uns von der Bevölkerung und von jeglichen politischen Prozessen abschneiden würde. Das Ergebnis wäre nichts als eine Sekte. Deshalb wird unser Kongress die notwendige Antwort geben.

Auch wenn es seit dem Waffenstillstand von 1993 immer wieder Bemühungen um eine Öffnung und einen Wandel gab, so gingen diese nicht über taktische Vorstöße hinaus. Demzufolge zwang uns erst das internationale Komplott zu einem strategischen Wechsel. Zwar leitete unser Vorsitzender Apo mit seinem Konzept einer "Demokratischen Zivilisation", das er unter den schweren Haftbedingungen auf Imrali entwarf, den strategischen Wechsel und die Neuorganisation der Freiheitsbewegung Kurdistans ein; aufgrund der angespannten Atmosphäre nach dem 15. Februar 1999, die vom Konzept einer Liquidierung der Freiheitsbewegung bestimmt wurde, war eine vorsichtige Umsetzung nur allzu verständlich. Um das Risiko eines Auflösungsprozesses bzw. der eigenen Vernichtung zu vermeiden, war die Umsetzung eines strategischen Wechsels nur kontrolliert möglich. Dem versuchten wir gerecht zu werden. So kann ich sagen, dass im Hinblick auf die massiven Angriffe, denen

wir ausgesetzt waren, unser vorsichtiges Vorgehen die Wahrung unserer organisatorischen Handlungsfähigkeit gesichert hat. Auch wenn diese Haltung als positiv zu bewerten ist, hat sie dennoch dazu beigetragen, dass wir uns mittel- und langfristig in einer reinen Selbstverteidigungsposition wiederfinden. Ja, sie bestärkte unsere konservative Haltung gegenüber demokratischen Reformen und einer demokratischen Öffnung. Dies führte wiederum dazu, dass die Gründung des KADEK 2001 nicht den Anforderungen einer demokratischen Neustrukturierung gerecht wurde. Die Erfüllung dieser Aufgabe wurde auf heute verschoben. Eine wesentliche Eigenschaft des Konservatismus ist, dass er die Stagnation verstärkt und die Probleme weiter verschärft. Eine Niederlage in diesem Zusammenhang bedeutet nur, dass ein Mangel an Problembewältigung und Mut besteht. Trotzdem lässt sich auf dem Weg zu einer demokratischen Öffnung die Gründung des KADEK als positiver Schritt bewerten. Dieser Schritt war zumindest Ausdruck der Entschlossenheit, das Konzept einer "demokratischen Zivilisation" umzusetzen. War dies genug? Zweifellos nicht! Das Programm des KADEK ließ die Vergangenheit hinter sich. Sein organisatorischer Aufbau, seine organisatorischen Mechanismen und sein Führungsstil waren jedoch eine Wiederholung des Alten. So gab es eine Kontinuität in der Logik einer Parteiführung leninistischer Prägung. Anstatt der Gesellschaft auf demokratische Weise die Politik zugänglich zu machen, wurde der zentralistische Stil unverändert weiter gepflegt. Auch in sozialer Hinsicht haben wir in einer kurzsichtigen und rückständigen Sichtweise verharret, die weder im Einklang mit unserer Epoche noch mit der von uns vertretenen Philosophie und unserem Verständnis von einem freien Leben in Einklang stand, was uns letztendlich immer weiter in eine marginalisierte Position drängte. Auch die ernsthaften Probleme mit der Umsetzung gefasster Beschlüsse, wie sie nach der Gründung des KADEK auftraten, stehen mit der fehlenden demokratischen Öffnung in Verbindung. Somit wird klar, dass sich eine demokratische Öffnung

nicht mehr länger aufschieben lässt. Andernfalls würde unsere Organisation geschwächt und ihre Verankerung in der Bevölkerung schwinden. Dazu hat aber niemand ein Recht. Niemand könnte dies verantworten.

Natürlich sind die Gründe, weshalb wir uns erneut zu einem außerordentlichen Kongress eingefunden haben, nicht nur im Wechsel unserer Epoche verborgen. Auch die veränderte politische Lage in unserer Region hat daran wichtigen Anteil. Demzufolge muss die Intervention der USA richtig interpretiert und verständlich gemacht werden. Die amerikanische Intervention lässt sich nicht nur mit ökonomischen Interessen, Sicherung des Zugriffs auf das Erdöl oder mit dem Streben nach Vorherrschaft erklären. Dies bleibt weiterhin Bestandteil amerikanischer Politik, wenn auch in modifizierter Form. Die Intervention ist hauptsächlich als Vorstoß zu verstehen, um das stagnierende System zu überwinden. Sie hat die Überwindung des Status quo im Mittleren Osten eingeläutet. Mit dieser Intervention soll der Mittlere Osten neu geordnet werden. Diese Realität wird auch nicht dadurch widerlegt, dass die USA nach einem globalen imperialen Reich streben. Vielmehr stehen die autoritären, oligarchischen und theokratischen Regime im Widerspruch zu den Zielen der USA. Diese Entwicklung betrifft auch die Zukunft unseres Volkes, weshalb wir uns dazu verhalten müssen. Die jetzige Phase drängt uns zur erfolgreichen Bewältigung einiger Aufgaben. Wesentlich dabei ist, diesem Prozess der Neuordnung die Freiheit der Völker und die Demokratie voranzustellen sowie den Nutzen aus den sich verändernden Bedingungen zu ziehen, um ihn unumkehrbar zu machen. Die dreißigjährige Erfahrung aus unserem Freiheitskampf und seine Errungenschaften haben zu dem jetzigen Prozess beigetragen. Das bedeutet jedoch nicht, dass das so bleibt. Das dabei entstandene Vakuum auszufüllen und die Initiative wiederzuerlangen machten einen außerordentlichen Kongress notwendig. Der Sturz des Saddam-Regimes durch die USA hat, abgesehen von seinem hegemonialen Charakter und den amerikanischen Eigenin-



Auf dem demokratischen Gründungskongress

Foto: DIHA

teressen, die Möglichkeit zu einer Demokratisierung unserer Region eröffnet. Auch wenn die Anhänger des alten Regimes, nationalistische und religiöse Kräfte gegen die Koalitionskräfte Widerstand leisten, hat dieser nur wenig Aussicht auf Erfolg. Trotz der momentanen chaotischen Situation schreitet die Neuordnung unserer Region voran. In diesem Zusammenhang gewinnt der kurdische Faktor an strategischer Bedeutung. Dies bietet der Befreiungsbewegung Kurdistans einen größeren Handlungsspielraum zur Demokratisierung der Region und zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage. Unser Kongress hat nun die Aufgabe, diese Möglichkeiten zu bewerten, die Freiheitsbewegung Kurdistans zu einem neuen politischen Vorstoß zu führen, um sie so zur dynamischsten Kraft der Region zu machen.

Regionale Regime wie Iran und Syrien kämpfen ums Überleben, indem sie am Status quo festhalten. Dabei werden sie im Inneren von demokratischen Kräften, von außen durch die USA unter starken Druck gesetzt, was wiederum diese Staaten in eine reine Verteidigungsposition drängt. Ihre einzige Sorge beschränkt sich auf die eigene Existenz und Sicherheit. So sehen diese einen Ausweg in dem anti-kurdischen Bündnis

mit der Türkei. Aus diesem Grund versuchen die Türkei, Iran und Syrien, das gemeinsam geschlossene Sicherheitsabkommen, das auf Feindschaft zu den Kurd(inn)en beruht, in die Tat umzusetzen. Die zunehmenden, gemeinsam ausgeführten Angriffe auf unsere Freiheitsbewegung sind hierfür der beste Beweis. Die Türkei führt den Widerstand der Kräfte an, die für einen Erhalt des Status quo eintreten. Sämtliche reaktionären Kräfte und Regime sehen ihre Zukunft an die Entwicklungen in der Türkei gebunden. Auch wenn ihr Bündnis reaktionär erscheint, ist es dennoch nur der Ausdruck von Solidarität unter Schwachen. Die Politik des türkischen Staates ist auf die Sabotage der oben beschriebenen Intervention ausgerichtet. Dieser hatte im Vorfeld alles unternommen, um eine Intervention zu verhindern. Nachdem diese dennoch stattgefunden hatte, ging die Türkei zu einer Politik der Destabilisierung über, um so den USA einen Misserfolg beizubringen. Mit dieser Politik nahmen nicht nur die Beziehungen zu den USA Schaden, vielmehr verlor die Türkei an strategischer Bedeutung. So war der Beschluss, türkische Soldaten in den Irak zu entsenden, mit der Absicht verbunden, wieder die Initiative zu gewinnen. Der Vorgehensweise der beteiligten Seiten lagen jeweils unterschiedliche politische Erwägungen

zugrunde. Die USA verfolgten mit diesem Schritt die Spaltung des Bündnisses zwischen der Türkei, Iran und Syrien, um so den Widerstand der Kräfte zu brechen, die am Status quo festhalten. Die Türkei hingegen beabsichtigte so zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Ob sie mit dieser Politik erfolgreich war, sei dahingestellt. In den vergangenen zwanzig Jahren sprach die Türkei oft davon, hinsichtlich ihrer regionalen Politik zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Fakt ist jedoch, dass sie sich aufgrund ihres Kurdistansyndroms immer wieder zu unbedachten Zugeständnissen hat hinreißen lassen, weshalb sie sich überwiegend selbst schadete. Mit der Entsendung von Soldaten beabsichtigt die Türkei ein Mitspracherecht im Irak zu erreichen, um einen föderalen Aufbau zu verhindern und ein Regime zu errichten, das unter ihrem Einfluss steht. Dabei verspricht sie sich auch ökonomische Vorteile. Die Türkei spricht von dem Bestreben, die Bildung eines unabhängigen Staates verhindern zu wollen. Ein solches Ziel jedoch ist für die kurdische Seite in naher Zukunft nicht zu erreichen. Vielmehr geht es der Türkei darum, das de facto staatliche föderale Gebilde in Süd-Kurdistan - dessen offizielle Anerkennung sich abzeichnet - zu zerstören. Der wichtigste Grund für ihren Beschluss, Truppen in den Irak zu entsenden, ist allerdings die Vernichtung des KADEK. So richten sich alle Pläne der Türkei auf die Beseitigung der demokratischen und nationalen Errungenschaften des kurdischen Volkes. Sämtliche Aufrufe des KADEK zum Dialog werden ignoriert. Die vom KADEK unterbreitete Roadmap für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage ist bisher unbeantwortet geblieben. Die Isolation unseres Vorsitzenden Apo wurde verschärft und im politischen Bereich der Druck auf die demokratischen Kräfte verstärkt. Die Angriffe auf unsere Volksverteidigungskräfte haben zugenommen. Auf internationaler Ebene setzt die Türkei alle ihre diplomatischen Möglichkeiten ein, um den KADEK zu vernichten. Sie versucht die USA dahingehend zu bewegen, die kurdische Freiheitsbewegung anzugreifen, um so eine Konfrontation zwischen den USA und uns her-

beizuführen. Auf diese Weise wird versucht, erneut das Netz des Komplotts gegen die Freiheitsbewegung Kurdistans zu knüpfen. Wie schon erwähnt, das erklärte Ziel des von der Türkei angeführten Blocks ist es, die Überwindung des Status quo zu verhindern. Bleibt der Erfolg aus, soll zumindest eine aktive kurdische Rolle innerhalb der Neuordnung und die Erlangung eines Status für sie verhindert werden. Hierfür mobilisiert die Türkei auch das nationale Kapital, das sich nach wie vor unter der Kontrolle des Militärs befindet. Diese Politik vertieft die Instabilität des Iraks und erschwert das Vorgehen der USA. Sie ist eine Gefahr, da sie jede Form von Krieg bzw. Konfrontation begünstigt.

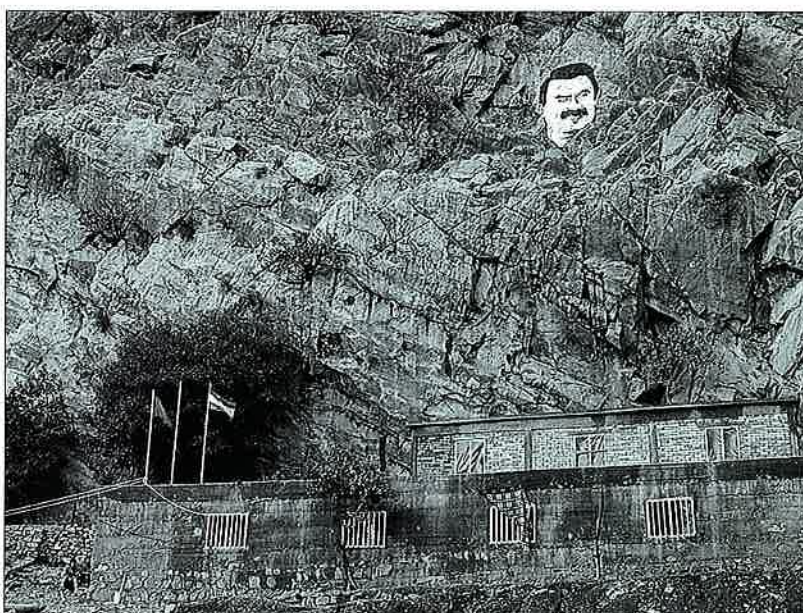
Außer den USA kann sich kein Land und keine Kraft mit der Entsendung türkischer Soldaten in den Irak anfreunden. Die Gründe der USA sind bekannt. Die im Irak heftige Opposition gegen dieses Vorhaben drängt die USA zu anderweitigen Überlegungen. Auch wenn das Zustandekommen eines Abkommens zwischen der Türkei und den USA, das unsere Vernichtung zum Ziel hat, wenig wahrscheinlich ist, müssen wir dennoch diese Möglichkeit in Betracht ziehen, da sich ihre Gespräche und Verhandlungen im Geheimen abspielen. In der Türkei hingegen versucht das Militär die AKP gegen uns auszuspielen. Auf diese Weise sollen gleichermaßen die AKP und wir geschwächt werden. Die AKP versucht wiederum das Militär gegen die Kurd(inn)en auszuspielen, um sich so vom Druck der Militärs zu befreien und ungestört ihre islamistisch motivierte Politik umsetzen zu können. Die kurdischen Organisationen in Süd-Kurdistan, die Schiiten und sunnitischen Araber als auch der provisorische Regierungsrat im Irak haben ihre Ablehnung einer Entsendung von türkischen Soldaten deutlich gemacht. Wenn man sich die Gründe der Türkei für eine solche Entsendung vor Augen führt, wird diese Haltung verständlich. Somit ist es durchaus wahrscheinlich, dass der Beschluss zur Entsendung von Soldaten nicht in die Praxis umgesetzt werden kann.

Aus diesem Grund ist unsere zukünftige politische Haltung sehr wichtig. Wir müssen diese kritische Phase, die voller Unbekanntes ist, zu unseren Gunsten entscheiden, indem wir, ohne Fehler zu machen, eine lösungsorientierte Politik verfolgen. Um einen erneuten Angriff auf die Freiheitsbewegung Kurdistans abzuwenden, ist eine Politik notwendig, die wieder die Initiative ergreift. Dies wiederum lässt sich nur mit einer verstärkten demokratischen Öffnung erreichen, die einer Ausweitung der demokratischen Serhildans (Aufständen) zugute kommt. Wiederum müssen wir uns auf den ungünstigsten Fall einstellen und unsere Vorkehrungen zur legitimen Selbstverteidigung vervollständigen. Das heißt, dass wir in jeglicher Hinsicht zur Verteidigung bzw. zu einem würdevollen Krieg bereit sein müssen. Die Türkei hat weder die von uns unterbreitete Roadmap für eine Lösung noch den Aufruf zu einem bilateralen Waffenstillstand beantwortet. Im Gegenteil. Sie hat sogar ihren Konfrontationskurs verstärkt, indem sie unvermindert ihre Vernichtungspolitik fortsetzt. Dabei verfolgen sowohl die AKP als auch das Militär eine gefährliche Politik. Diese

Politik kann uns dazu zwingen, unsere nationalen demokratischen Werte und Errungenschaften erneut zu verteidigen. An diesem Punkt betonen wir nochmals, dass wir auch weiterhin an eine Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen und demokratischen Mitteln glauben, die wir allem anderen vorziehen.

Sehr verehrte Delegierte,

die jetzige Phase macht in jeglicher Hinsicht eine demokratische Initiative notwendig. Die Realität unserer Organisation und unseres Kampfes zeigt jedoch, dass das Niveau unserer Politik nicht zu einem solchen Vorstoß ausreicht. Unsere demokratische Serhildan-Bewegung, der wir eine strategische Rolle beimessen, hat nur begrenzt zu einer Weiterentwicklung beigetragen. Seit zwei Jahren wiederholt sie sich ständig. Wenn wir also im Verlauf dieses Kongresses keine Politik entwerfen, die zu der gewünschten Wirkung führt, wird ähnlich wie im Guerillakrieg eine Stagnation eintreten, die eine Marginalisierung der Serhildan-Bewegung unabwendbar macht.



In den Kandilbergen

Foto: DIHA

Unsere Garantie für einen erfolgreichen Fortgang auf dem Weg zur Lösung ist es, all diese Fragen tiefgreifend zu behandeln, Beschlüsse zu fassen, mit denen wir in allen Bereichen vorstoßen, um die notwendigen Öffnungen vorzunehmen. Darin soll die Schaffung eines Ansprechpartners, der den Willen des kurdischen Volkes regional und international vertritt, an erster Stelle stehen, was wir zwar mit dem KADEK erreichen wollten, aber nicht verwirklichen konnten. Einen solchen Ansprechpartner müssen wir unbedingt schaffen. Dafür ist es vordergründig unumgänglich, das noch immer bestehende Vernichtungskonzept gegen uns zu durchbrechen. Es erscheint kaum möglich, dass wir als die eine Seite zum anerkannten Gesprächspartner avancieren, solange wir die Konzeption, welche uns zum "Terroristen" abstempelt und uns aus der politischen Phase herausdrängt, nicht aufbrechen. Es liegt auf der Hand, dass die US-Intervention in den Irak uns hierbei beachtliche Möglichkeiten bietet. Weil wir die notwendigen diplomatischen Vorstöße nicht mutig genug unternommen haben, zurückhaltend und unentschlossen waren, haben wir den sich entwickelnden USA-Türkei-Widerspruch nicht ausreichend genutzt, dieses Konzept zu durchbrechen. Aber die Chancen hierfür sind nicht vollständig verbaut. Neben den diplomatischen

Offensiven, die uns die Initiative verschaffen, werden die demokratischen Öffnungen im organisatorischen, politischen und sozialen Bereich dazu beitragen, dass wir die Phase mit Erfolg abschließen. Meine feste Überzeugung davon möchte ich unterstreichen.

Sowohl die Charakteristika der Epoche als auch die uns aufgrund der regionalen politischen Entwicklungen auferlegten Aufgaben, wie auch unsere organisatorischen Bedürfnisse machen es unabdingbar, in vielen Punkten unsere Situation erneut zu überdenken und neue Öffnungen zu wagen. Aber meiner Meinung nach sind drei Punkte am wichtigsten. Der erste betrifft unsere organisatorische Restrukturierung nach demokratischen Kriterien, sodass ein Modell geschaffen werden kann, das der Philosophie einer demokratisch-ökologischen Gesellschaft entspricht. Auch wenn wir uns mit dem 7. Parteikongress der PKK und mit der anschließenden Gründung des KADEK in diese Umwandlungsphase begeben haben, so stehen unser Organisationsaufbau, unser Führungs- und Arbeitsstil sowie unser organisatorischer Ablauf unter dem Einfluss leninistischer Organisationsprinzipien und der Kultur des Mittleren Ostens. Obwohl wir eine Organisation sind, die Millionen von Menschen beeinflusst und ihre Sympathie weckt,

so durchleben wir organisatorisch eine marginalisierte Situation. Die Gesamtzahl unserer Aktivist(inn)en übersteigt nicht einige Zehntausend. Aus diesem Grunde können wir den begrenzten Anteil der Bevölkerung, der sich an Serhildans (Volksaufständen) beteiligt, nicht steigern, obwohl wir ständig Kampagnen realisieren und appellieren. Unser Organisationsmodell und die Mitgliedschafts- und Arbeitsbedingungen sind nicht in der Lage, Hunderttausende zu erfassen und eine Massenorganisation erwachsen zu lassen. Es herrschen eine alles vereinnahmende Hierarchie, die der Bevölkerung keine Initiative einräumt, und ein egozentrisches Verständnis vor. Die Egozentrik bildet den Kern aller organisatorischen und politischen Krankheiten. Aus diesem Grunde ist es wichtig, nicht nur einige formale Änderungen durchzuführen, sondern die Logik der egozentrischen Haltung zu überwinden. Weil unsere Mitgliedschafts- und Arbeitsbedingungen sehr schwierig und hart sind, schrecken die patriotisch-demokratischen Kreise vor der Organisationsarbeit zurück und bleiben dieser fern - außer den Führungskadern. In einer Epoche, in der die Phase der Avantgardeparteien beendet und die Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und demokratischer Institutionen in den Vordergrund getreten ist, auf veralteten Modellen und Maßstäben zu beharren, wird uns außer in die Erstarrung sehr rasch in eine marginalisierte Lage manövrieren. Um diese Beschränkung zu überwinden, ist es notwendig, die Mitgliedschaftsbedingungen und den Ein- und Austritt nach rechtsverbindlichen Kriterien demokratisch neu zu gestalten. Kurzum: Eine organisatorische Reform, welche ihren Ausdruck in einer neuen Satzung findet, ist erforderlich.

Der zweite Punkt betrifft die Neugestaltung des sozialen Lebens, in einer Form, mit der unser Kampf gestärkt und die organisatorische und politische Öffnung unterstützt wird. Man muss wissen, dass wir ein gewisses Verständnis von der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und den Projekten dazu haben. Unser Kampf selbst



Ali Haydar Kaytan und Duran Kalkan

Foto: DIHA

ist die Antwort, die wir der Frage "Wie leben?" gegeben haben. Der Vorsitzende Abdullah Öcalan hat viele Analysen über das soziale Leben und dessen Beziehungen entwickelt und uns wichtige Perspektiven gegeben. Diese bewegen sich auf einem fortschrittlichen theoretischen Niveau. Die Entwicklung konkreter Projekte hierzu, die der gegenwärtigen Situation und ihren Bedürfnissen entsprechen, stand bis heute aus unterschiedlichen Gründen nicht auf unserer Tagesordnung. Nun stehen sie an. Die Demokratisierung der Gesellschaft wird als Resultat bedeutender revolutionärer Entwicklungen auf politischer, sozialer und kultureller Ebene umzusetzen sein. Mit der Zerschlagung der feudalen Beziehungen und Lebensart in Kurdistan wird ersichtlich, dass unser Kampf an diesem Punkt gewichtige Ergebnisse erreicht hat. Ein weiterer Schritt ist es, durch Bildung, Aufklärung und demokratische Institutionalisierung die demokratische soziale Entwicklung der Gesellschaft zu fördern. Die Demokratisierung der Familie, als Kern, wird die Grundlage für die Demokratisierung der Gesellschaft bilden. Die Aufklärung, Willensbildung und Befreiung der Frau sowie das Ziel, den Mann auf dieser Grundlage ebenfalls auf die Ebene der Gleichheit und Freiheit zu bringen, stellen den Schwerpunkt der Demokratisierung des sozialen Lebens dar. Ist dies erreicht, werden auch die anderen Bereiche des sozialen Lebens demokratisiert werden können. Langsam schreitet diese Phase fort, wir werden sie mit bewusster Beteiligung und Lenkung beschleunigen. Denn wie in anderen Bereichen auch beabsichtigen wir, durch die Demokratisierung des sozialen Lebens eine demokratisch-ökologische Gesellschaft zu entwickeln. Aktuelles Thema ist für uns heute aber die Neuordnung des innerorganisatorischen Lebens und seiner sozialen Beziehungen. Auf der letzten KADEK-Vorstandssitzung wurde dieses Thema vorgebracht, diskutiert und beschlossen, dazu ein Projekt auszuarbeiten und dem Kongress vorzulegen. Zweifellos wird dieses Thema auf unserer Kongressplattform in einer wissenschaftlichen Diskussion zielgerecht und

dem freiheitlichen Leben entsprechend zu einem Ergebnis gebracht werden.

Der dritte Punkt umfasst insbesondere die innerkurdischen Beziehungen sowie die Beziehungen zu den Völkern, mit denen sie zusammenleben, bzw. zu den Staaten, in denen sie leben. Die angestrebte demokratische Öffnung beinhaltet eine Demokratisierung dieser Beziehungen nach modernen Kriterien. Unser Kongress muss sich deshalb dieses Themas annehmen, das die Grundlage für eine demokratische kurdische Verfassung darstellt. Dem Kongress stellt sich also die Aufgabe, die innerkurdischen Beziehungen und die Beziehungen zu den Staaten, in deren Grenzen die Kurd(inn)en leben, gemäß demokratischer Prinzipien neu zu ordnen. Eine Verfassung ist ein Gesellschaftsvertrag, der im Konsens mit allen Gesellschaftsschichten, ihren Institutionen und Organisationen formuliert wird. Verfassungen stützen sich im Allgemeinen auf ein Gebilde, das ihre Umsetzung auch gewährleisten kann, wie es bei Staaten der Fall ist. Kurzum, sie genießen den Schutz des Staates. In unserem Fall, bzw. hinsichtlich einer kurdischen Verfassung, ist dies wenig realistisch. Wir sind zwar eine Kraft, die versucht die Welt zu verändern; aber weder besitzen wir einen Staat noch befinden wir uns in einer Machtposition. Doch eine sich auf die Kraft von Wirkung und Akzeptanz stützende funktionierende Verfassung, welche die innerkurdischen Beziehungen sowie die kurdischen Beziehungen mit den Ländern und Staaten, in denen sie leben, auf demokratischer Grundlage regelt, ist möglich und sollte auch existieren. Als Grundlage hierfür sollte unser Kongress eine "Deklaration Demokratischer Völker" vorbereiten und der Öffentlichkeit vorlegen. In dem Maße, in dem kurdischerseits ein Konsens über diese Deklaration erzielt wird, werden deren Kriterien von der Gesellschaft angenommen und umgesetzt. Dies wird dazu führen, dass die innerkurdischen Probleme auf demokratischem Wege gelöst und somit die nationale Einheit und Solidarität gewährleistet werden. Weiterhin wird die Deklaration zum Erreichen der sprachlichen, kulturellen und Identitätsrechte beitragen, gestützt auf die kurdischen Bezie-

hungen - auf Grundlage der verfassungsmäßigen Staatsbürgerschaft - zu den Staaten, in denen die Kurdinnen und Kurden leben.

Sehr geehrte Genossinnen und Genossen! Es hängt allein von Eurer Vorstellungskraft und Beteiligung ab, inwieweit unser Kongress seine historische Rolle spielen wird und die ihm bevorstehenden Aufgaben erhabenen Hauptes erfolgreich erfüllen wird. Das Ergebnis wird bestimmt sein durch Eure Konzentration, Diskussion und Entschlusskraft. Ich zweifle nicht daran, dass die Kongressplattform erfolgreich ihre angenommene historische Aufgabe bewältigen wird. Sie wird mit der Ernsthaftigkeit und Verantwortung einer demokratischen Gründungsorganisation die notwendige Verbundenheit zum Vorsitzenden Apo und unseren Märtyrerinnen und Märtyrern zu erfüllen wissen. Unser Kongress bietet eine freie und demokratische Diskussionsatmosphäre. Ich bin davon überzeugt, dass alle Delegierten sich im Bewusstsein dieser Verantwortung wirksam beteiligen, mutig diskutieren und ihren Beitrag leisten zu Beschlüssen, die unsere Zukunft bestimmen werden. Ich möchte an dieser Stelle auch ganz offen erklären, dass dies gewissermaßen ein Kongress sein wird, in dem wir dem Volk die von ihm verliehene Kraft und Macht wiedergeben. Alle Delegierten sollten mit diesen Gefühlen und Gedanken den Kongress und durch ihn die Errungenschaften der kurdischen Freiheit annehmen und verteidigen. Niemand kann dem kurdischen Volk ein Leben ohne Freiheit aufzwingen. Der Sieg wird dem Volk gehören, das auf dem Weg der Befreiung und Demokratie mit entschlossenen Schritten voranschreitet. Unser Kongress ist dessen Ausdruck.

Es lebe unsere Führung Apo!
Es lebe unser Kongress, der gemäß der Linie unseres Vorsitzenden Apo realisiert wird!
Es leben unsere heldenhaften Märtyrerinnen und Märtyrer, die unsere ständige Kraftquelle sind!

Ich grüße Euch alle erneut voller Respekt und wünsche Euch Erfolg.

Kurdischer Volkskongress, Kongreya Gel a Kurdîstanê, gegründet

"Unser dringendstes Ziel ist die Lösung der kurdische Frage"

Von Cemal Ucar, Mesopotamische Nachrichtenagentur MHA

Der Volkskongress Kurdistans (Kongra Gel) gab der Welt am 15. November 2003 seine Gründung bekannt. Der Vorsitzende des Volkskongresses Zübeyir Aydar sagte auf der Pressekonferenz in den Bergen von Kandil in Südkurdistan, dass sein dringendstes Ziel sei, das kurdische Problem mit den betreffenden Ländern politisch zu lösen.

Die Pressekonferenz wurde von dem arabischen Fernsehsender Al Džazira live übertragen, viele Pressevertreter/innen aus der ganzen Welt nahmen teil. Neben Aydar waren die Vizepräsident(inn)en Remzi Kartal, Rengin Muhamed und die Mitglieder des Exekutivrats, Nülifer Koc und Jiyân Deniz vertreten.

Nachdem Aydar die Pläne und Ziele des Volkskongresses erklärt hatte, antwortete er auf die Fragen der Journalist(inn)en. Er sagte, dass man die Pressekonferenz auch in Europa oder in einer Stadt im Irak hätte abhalten können. Sie fand jedoch in den Bergen statt, um den Blick auf die Probleme des kurdischen Volkes zu lenken. Die neue Situation habe eine umfangreiche Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern des Status Quo und denjenigen, die für eine Veränderung auftreten, ausgelöst. Das Ziel des Volkskongresses sei, die militärischen Auseinandersetzungen zu beenden und einen politischen Kampf zu führen. Ob dies möglich sei, liege jedoch in erster Linie an der Tür-

kei, aber auch am Iran und Syrien. Aydar wörtlich: "Es ist ein historischer Neubeginn."

Nach der Auflösung des Freiheits- und Demokratie-Kongresses (KADEK) am 26. Oktober fand der Gründungskongress des Volkskongresses zwischen dem 27. Oktober und dem 6. November in den Kandilbergen statt; an dem 360 Delegierte aus vielen Ländern teilnahmen. Unter dem Vorsitz von Aydar wurden 41 Personen in den Exekutivrat gewählt, in den Disziplinarausschuss 11 Personen.

Abdullah Öcalan wurde im Volkskongress zur Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes ernannt. Unter den Vizepräsident(inn)en des Kongresses befinden sich Remzi Kartal, Abdullah Hicap, Mizgin Sen, Rıza Altun, Rengin Muhamed und Osman Öcalan.

Zuerst politische Lösung

Während er auf die Fragen der Journalist(inn)en antwortete, betonte Aydar immer wieder die Wichtigkeit der politischen Lösung und sagte, dass sie in allen Ländern, die Kurdistan unter sich aufteilen, dafür kämpfen werden. Die Volksverteidigungskräfte (HPG) seien autonom, aber stünden unter dem politischen Willen des Volkskongresses. Auf die Frage eines französischen Le Monde-Journalisten erklärte Aydar: "Unser Ziel ist es, den bewaffneten Kampf einzustellen, aber dafür muss die Türkei politische Schritte unternehmen und uns eine legale politische Möglichkeit anbieten." Die Beendigung des bewaffneten Kampfes hänge von der Haltung der regionalen Kräfte ab. Die Türkei müsse die Appelle des Kongresses ernst nehmen. "Solange sie uns nicht mit dem



Gründung des Volkskongress, Kongra-Gel

Foto: DIHA

Ziel angreifen uns zu vernichten, wird es unsererseits keinen Angriff geben."

Warnung vor Eingriffen von außen

Aydar mahnte im Weiteren, wenn es keine Veränderung gäbe, erwarte die regionalen Staaten ein ähnliches Schicksal wie den Irak. Ein Angriff von außen würde unvermeidbar werden. "Wir fordern eine demokratische Veränderung seitens dieser Regime."

Auf die Frage eines Journalisten: "Gibt es einen Vermittlungsversuch seitens der USA?" antwortete Aydar: "Wir wünschen uns, dass die USA eine diplomatische Vermittlung übernimmt." Daraufhin wurde entgegnet, dass ein Abkommen zwischen der Türkei und den USA getroffen worden sei, die Guerilla zu entwaffnen. Auf diesen Einwand antwortete Aydar, die USA hätten diesbezüglich keinerlei Bemühungen unternommen. Die USA sollten Druck auf die Türkei statt auf die kurdische Bewegung ausüben.

Die Freiheit Öcalans ist die Freiheit der Kurden

Aydar erklärte, der Volkskongress Kurdistans habe Abdullah Öcalan zur Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes erklärt und seine Freiheit hänge von der politischen Lösung der kurdischen Frage ab. "Wir werden alles für die Freiheit Öcalans unternehmen." Auf die Frage nach der Zukunft Öcalans erklärte er, wenn in der Türkei die Möglichkeit einer freien politischen Betätigung erreicht werde, würde sich diese Möglichkeit auch für Herrn Öcalan eröffnen.

Aydar wurde auch mit Fragen zur KDP und PUK konfrontiert und antwortete, dass er mit dem Vorsitzenden der KDP, Mesut Barzani, und dem PUK-Vorsitzenden Celal Talabani selbst mehrfach gesprochen habe. Die Beziehungen seien gut, aber im Namen des Volkskongresses habe es noch keine offiziellen Gespräche gegeben. "Wir wollen einen Dialog mit der KDP, der PUK und anderen kurdischen Organisationen. Wir sind in jedem Fall zu einem Dialog mit diesen Kräften bereit. Wir



sind alle Kurden und wollen eine Zusammenarbeit", betonte er.

Aydar kritisierte, dass türkische Journalist(inn)en aufgrund der Behinderung durch den Generalstab der Türkei nicht an der Pressekonferenz teilnehmen konnten. "Wir wollten, dass sie kommen, aber sie ließen uns wissen, dass der Generalstab die Erlaubnis verweigert habe. Der Dialog darf jedoch nicht auf diese Weise behindert werden."

Appell des Volkskongresses an die Türkei, den Iran, Syrien, den Irak und die USA

Der Volkskongress rief die Türkei zum Dialog auf. Die Ereignisse in der Region und der Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union würden entsprechende Lösungen verlangen. Die Verantwortlichen der Türkei wurden aufgerufen, die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik gegenüber den Kurd(inn)en aufzugeben und sich für eine demokratische Einheit und einen Dialog einzusetzen.

Die Haftbedingungen Öcalans wurden thematisiert

Was Öcalans Haftbedingungen betrifft, wurde Folgendes festgestellt: Die Freiheit Öcalans, als Führungspersonlichkeit des kurdischen Volkes, sei für die Lösung der kurdischen Frage von lebenswichtiger Bedeutung. Wenn eine Lösung gewollt sei, müssten schnelle Schritte in dieser Richtung unternommen werden. Die Türkische Republik müsse ihre Vernichtungspolitik aufgeben und die Haftbedingungen unverzüglich verbessern und eine positive Haltung gegenüber seiner Freilassung einnehmen. Dem Frieden werde damit eine Chance gegeben.

Iran und Syrien müssen die kurdische Frage auf demokratischer Basis lösen

Der Exekutivrat des Volkskongresses appellierte an den Iran und Syrien und rief sie zur Demokratisierung und zur Lösung der kurdischen Frage in diesem Rahmen auf.

In der Erklärung heißt es: "Eine entgegengesetzte Haltung wird zu einer weiteren Entfaltung des kurdischen Freiheits- und Demokratiekampfes in diesen Ländern führen. Der Volkskongress ruft diese Länder dazu auf, die kurdische Frage im Rahmen der Demokratie zu lösen und die Existenz des kurdischen Volkes entsprechend internationaler Rechtsnormen mit verfassungsrechtlichen Garantien zu schützen."

Wir unterstützen einen demokratischen, föderalistischen Irak

Zur Situation im Irak erklärte der Volkskongress, dass ein demokratischer, föderalistischer Irak einen Meilenstein für die Entwicklung der Demokratie im Mittleren Osten bedeute und der Volkskongress dafür eintrete. Er rief den Übergangsregierungsrat und alle Parteien, Organisationen und Religionsgemeinschaften, die für die Demokratie eintreten, dazu auf, in einem demokratischen Rahmen zusammenzukommen und Bündnisse zu schließen.

Appell an die USA

In der Erklärung des Exekutivrats des Volkskongresses die USA betreffend

heißt es, dass der Volkskongress das Eingreifen der USA gegenüber dem Saddamregime, das im Mittleren Osten einen neuen Prozess einleitete, für richtig halte, jedoch der Aufbau des Iraks von einer dauerhaften Lösung der kurdischen Frage abhängt.

Die Gründung des Volkskongresses unterstütze die Pläne der USA, die Region neu zu ordnen. In diesem Zusammenhang wurden die USA dazu aufgerufen, alle kurdischen politischen Organisationen als Gesprächspartner anzuerkennen und mit ihnen in den Dialog zu treten.

Wer ist der Vorsitzende des Volkskongresses Zübeyir Aydar?

Der gewählte Vorsitzende des Volkskongresses Zübeyir Aydar wurde am 1. Januar 1961 in Berwani, Siirt, geboren. Die Grundschule besuchte er in Berwani, die Mittelschule in Siirt. Danach besuchte er dort das Lehrgymnasium. Da er für die Demokratie und die Lösung der kurdischen Frage eintrat, wurde er zuerst nach Erzurum, danach nach Gümüşhane verbannt. Wegen eines Attentats auf seine Person musste er seine Lehrerausbildung unterbrechen. Er holte sein Abitur auf dem Abend-

gymnasium nach und schrieb sich an der juristischen Fakultät in Istanbul ein. 1983 beendete er sein Studium und arbeitete bis 1985 als Rechtsanwaltspraktikant in Istanbul.

1986 kehrte er in seine Heimatstadt Siirt zurück und arbeitete dort als Rechtsanwalt. 1988 wurde er zum Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins IHD in Siirt, danach zum Vizepräsidenten des gesamten IHD gewählt. Neben dem Rechtswesen und den Menschenrechten beschäftigte er sich mit der regionalen Politik und wurde zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Volkspartei, SHP, Siirt, gewählt. Da er sich für die Rechte der Kurd(inn)en einsetzte und den Druck auf sie öffentlich machte, wurde er zur Zielscheibe. Der damalige Gouverneur von Siirt, Atilla Koc, verbot ihm unbefristet den Aufenthalt in den kurdischen Provinzen. Aufgrund öffentlichen Drucks wurde dieses Verbot später auf drei Monate befristet.

Als Abgeordneter sollte er ermordet werden

1990 erhielt er gemeinsam mit seiner Frau Evin Çiçek den Menschenrechtspreis des Komitees zur Beobachtung der Menschenrechte in Helsinki. Da aber beide das Land nicht verlassen durften, konnten sie den Preis nicht entgegennehmen.

Aydar ist Mitbegründer der Partei der Arbeit des Volkes (HEP) und wurde 1991 zum Abgeordneten der türkischen Nationalversammlung gewählt. Auch als Abgeordneter konnte er sich nicht von dem Druck befreien und wurde Ziel zweier weiterer Anschläge in Bismil und Cizre im Frühjahr 1993. Am 2. März 1994 wurde seine Immunität als Abgeordneter durch das türkische Parlament aufgehoben und er verließ am 18. Juni 1994 die Türkei. Im Exil gründete er mit anderen das Solidaritätsbüro mit der DEP in Brüssel und übernahm Leitungsaufgaben im 1995 gegründeten Kurdischen Exilparlament (PKDW). Bis vor einem Monat war Aydar Präsidentsratsmitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK).

Aydar ist Vater zweier Kinder. ♦



Zübeyir Aydar, Vorsitzender des Volkskongresses

Foto: DIHA

Platz für neue demokratische Organisationsstruktur eröffnet

Zur Auflösung des KADEK

Erklärung des Freiheits- und Demokratie-Kongresses Kurdistan, KADEK

Als die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) erklärte, sie habe ihre historische Mission erfüllt, und sich auf dem 8. Kongress im April 2002 auflöste, gab der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) seine Gründung bekannt und gelobte, das Erbe des Kampfes für die Befreiung der Kurd(inn)en anzutreten. Der KADEK stellte einen wichtigen Abschnitt im Transformationsprozess der demokratischen kurdischen Bewegung dar und unternahm bedeutsame Schritte zur Lösung bestehender Konflikte durch Demokratisierung. Diese Schritte erwiesen sich jedoch als unzureichend, um den Stillstand zu überwinden, der von der tief verwurzelten Politik der herrschenden Staaten herrührt, den Kurdinnen und Kurden jegliche Rechte zu verweigern.

Die zahlreichen Aufrufe des KADEK zum Dialog blieben trotz des vierjährigen einseitigen Waffenstillstands der Guerillakräfte seit 1999 unbeantwortet. Im August 2003 stellte der KADEK eine detaillierte Roadmap als einen konkreten und praktikablen Rahmen vor, in dem die die Kurd(inn)en betreffenden Missstände in den einzelnen Staaten zur Sprache kommen können - mit dem Ziel eines jeweils bilateralen Prozesses zwischen der Vertretung der Kurd(inn)en und den Regierungen der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens. Der KADEK rief gleichzeitig zur Koordination zwischen den bestehenden kurdischen Parteien auf. Ohne Zweifel hatte die vom KADEK eingenommene Haltung einen ermutigenden Einfluss auf den politischen Prozess, der zu rechtsstaatlichen Veränderungen in der Türkei führte, einschließlich der Abschaffung der Todesstrafe und der Aufhebung des

Verbots der kurdischen Sprache. Die Organisationsform eines Kongresses ermöglichte den Aufbau spezifischer Organisationen entsprechend der Bedürfnisse der Kurd(inn)en in den verschiedenen Ländern und förderte die Dezentralisierung durch die Möglichkeit autonomer politischer Arbeit in den entsprechenden Bereichen. Das Programm und die organisatorische Struktur des KADEK wurde jedoch den Anforderungen des politischen Kampfes für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft nicht gerecht. Reste des leninistischen Parteimodells sowie traditionelle dogmatische Denkstrukturen des Mittleren Ostens formten eine eingeebte und hierarchische Struktur, der das Einbeziehen neuer sozialer Gruppen und demokratischer Elemente nicht gelang.

Diese Mängel hatten einen nachteiligen Effekt auf das grundlegende Ziel des KADEK, einen Dialog zwischen den Schlüsselfiguren der kurdischen Frage im Mittleren Osten zu entwickeln. Bei aller Missbilligung der anhaltenden Bestrebungen der herrschenden regionalen Staaten und einiger internationaler Kräfte, den kurdischen Befreiungskampf durch einen klaren Missbrauch des Begriffs "Terrorismus" zu vernichten, ist sich der KADEK seiner eigenen Verantwortung für die Auflösung dieser Situation bewusst. Die substantielle demokratische Öffnung, die im Programm der Organisation zum Ausdruck kommt, spiegelte sich nur unzureichend in ihrer inneren Struktur wider. Die personelle Kontinuität auf der Führungsebene begünstigte die oberflächliche Auffassung, der KADEK sei lediglich die Fortsetzung der PKK. Dies wiederum verdarb die internationale Anerken-

nung und beeinflusste den anvisierten Demokratisierungsprozess negativ.

Die Politik der Staaten der Region beruht weiterhin auf der Nicht-Anerkennung der kurdischen Realität. Auch wenn dies mit internationaler Unterstützung der Politik als wichtigster Grund gesehen werden muss, dass bisher keine Vereinbarung erzielt werden konnte, ist es Aufgabe der kurdischen Bewegung eigene Schritte zu unternehmen, um eine Lösung zu ermöglichen. Die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten und die allgemeinen politischen Umstände geben uns bedeutende Möglichkeiten für eine Demokratisierung und die Lösung des kurdischen Konflikts. Diese Entwicklungen können zum Vorteil des kurdischen Volkes genutzt werden, wenn dessen organisierte Kräfte den Willen verkörpern, zu einer realistischen Lösung zu gelangen.

Aus diesen Gründen wird der Kongress für Frieden und Demokratie in Kurdistan aufgelöst, um den Weg für eine neue, demokratische Organisationsstruktur frei zu machen, die eine breitere Beteiligung erlaubt. Diese neue Struktur soll die Interessen des kurdischen Volkes vertreten; gemäß internationalen Kriterien und dem Streben nach demokratischer und rechtmäßiger Artikulation dienlich im Hinblick auf das Erreichen einer friedlichen Einigung mit den herrschenden Nationalstaaten. ♦

November 2003

KADEK
Kongra Azadî u Demokrasiya Kurdistan

Aufgaben der Demokratischen Einheitspartei PYD in Syrien

"Demokratisches Syrien, freies Kurdistan"

Von Firaz Baran, Mesopotamische Nachrichtenagentur MHA, Frankfurt

Der Vorsitzende der Demokratischen Einheitspartei PYD, Ali Muhammed, erklärte, dass mit Bekanntgabe der Gründung der Partei das kurdische Volk überall Feierlichkeiten veranstaltete: "Wir wurden freudig empfangen, sehnsüchtig und voller Hoffnung. Es wurden Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet, sogar in Cizre, Kubona, Afrin, Qamislo, Sam, Halep und vielen anderen Orten. Die Bevölkerung ist auf der Suche und diskutiert. Sie fragt sich, was sie für die Partei tun kann. Überall finden Sitzungen statt." Ali Muhammed erläuterte weiter, dass die Bevölkerung die Partei als ihr Vorbild sehe und dies als Anzeichen für den Erfolg gelte.

Ali Muhammed ergänzte, die arabischen Intellektuellen versuchten sie zu verstehen: "Sie lesen unsere Programme, sie diskutieren, manche fragen nach. Vorher wurden kurdische Vereine kaum unterstützt, heute heißt es: 'Diese Partei macht uns Hoffnung.' Unsere Partei wird nicht als nationalistisch gesehen." Mit arabischen Intellektuellen seien Podiumsdiskussionen veranstaltet worden und hätten Gemeinsamkeiten ergeben: "Diese Partei kann sich auch anderen Nationen öffnen. Wir können den Weg gemeinsam gehen. Bis jetzt konnten wir uns gegenseitig nicht verstehen, aber auch wenn die Partei führend ist in diesem Kampf um Demokratie, kann sie von anderen akzeptiert werden."

Zu den Reaktionen der Regierung erklärte Ali Muhammed, die Sicherheitskräfte von Bashar Al-Assads Baath-System hätten feiernde Studenten in Untersuchungshaft genommen, Menschen aus dem Volk verhaftet und verletzt, Razzien in Wohnungen durchgeführt und dort Hinweise und Dokumen-



te über die Partei gesucht. Die Baath-Regierung habe ihnen offiziell keine Antwort gegeben. Ali Muhammed weiter: "Wir haben die Partei gegründet, wir bestehen auf unseren Programmen und unserer Politik, wie werden dafür kämpfen."

Einige der vordringlichsten Gebote in Syrien seien die Zulassung der Meinungsfreiheit und der Übergang zur Demokratie, außerdem müssten politische Gefangene egal welcher Nation freigelassen werden. Ali Muhammed erläuterte, dass die Regierung die PYD als illegale Partei sehen würde. Ein demokratisches System und legale Parteien existierten nicht. Aber sie kämpften dafür, dass die Regierung sie akzeptiere und zum Mehrparteiensystem übergehe. Dafür schlug Ali Muhammed die Gründung einer Diskussionsplattform vor: "Dort müssen alle Probleme auf den Tisch kommen und realistisch behandelt werden. Auf dieser Plattform sollten alle Bevölkerungsgruppen und Glaubensrichtungen vertreten sein und deren Vorschläge von der Regierung beachtet werden."

"Keine Gewalt, sondern ein demokratischer Aufstand"

Ali Muhammed hob hervor, dass sie gegen jegliche Art von Gewalt seien, stattdessen organisierten sie demokratische Aktionen aller Art. "Wir werden die syrische Bevölkerung beeindrucken, wir werden die Jugend vorlassen. Kurdische Frauen haben ein großes Potenzial. Frauen stehen im Kampf für Demokratie immer im Vordergrund. Wir werden die vorhandenen Kräfte ausschöpfen", so Ali Muhammed. Sie würden die demokratischen Aktionen mit Demonstrationen, Kundgebungen und demokratischen Aufständen fortführen, die Grundlagen dafür seien schon vorhanden. Weiter: "Abdullah Öcalan lebte 18 Jahre hier. Er schaffte eine fortschrittliche Kultur und hinterließ bei den Kurdinnen und Kurden, bei den kurdischen und arabischen Intellektuellen eine große Wirkung. Er bewirkte Fortschritte bei der sozialen Revolution. Die Ansichten und Persönlichkeiten der Menschen sind nicht mehr die von vor 24 Jahren, es gibt die Revolution, die der kurdische Befreiungskampf mit sich brachte. Die kurdischen Menschen hier haben Bewusstsein und im sozialen und organisatorischen Bereich eine fortschrittliche Stufe erreicht. Sie sind in der Lage, in der Geschichte Syriens eine bedeutende Rolle zu übernehmen. Wir ziehen unsere Kraft aus der demokratischen Zivilisation und aus Mesopotamien." So wie sie selbst gegen Gewalt seien, lehnten sie auch Gewaltakte der Regierung ab. Die Menschen im Südwesten Kurdistans seien mit ihrem Potenzial und ihren Möglichkeiten bereit für den Freiheitskampf. In den letzten 4 Jahren habe man verschiedenste Taktiken gegen sie angewandt, Hunderte von

Menschen verhaftet, sie von ihren Überzeugungen abzubringen versucht, aber trotz allem hätten sie niemals in diesem Kampf aufgegeben.

Der Kampf um die Identität und um die Staatsangehörigkeit

Ali Muhammed wies darauf hin, dass in Syrien immer noch die kurdische Identität verleugnet werde. Sie würden dafür kämpfen, dass Syrien demokratisiert und die kurdische Identität akzeptiert werde: "Die kurdische Kultur und die kurdische Sprache müssen institutionalisiert werden. Tausende kurdische Familien werden wie Fremde gesehen. Sie haben keine Identität, kommen nicht aus Syrien, niemand weiß, woher." Solche Ignoranz habe in dieser Welt keine Chance, so Ali Muhammed. "Unsere Devise heißt ‚Demokratisches Syrien, freies Kurdistan‘. Syrische Politiker und Intellektuelle sind darauf aufmerksam geworden und befassen sich damit.

Sie fragen sich, was dieses Motto bedeutet. Wir hätten auch ‚unabhängiges Kurdistan‘ sagen können, wir haben aber ‚freies Kurdistan‘ gesagt. Die PYD ist den Fortschritten auf der Welt gewachsen. Wir empfehlen einen demokratischen Rahmen. Das erste Problem in Syrien ist das kurdische Problem und das hängt mit der Demokratisierung zusammen."

Ein undemokratisches Syrien kann seinen Zusammenhalt nicht verteidigen

Ali Muhammed erklärte weiter, dass es innerhalb Syriens Aufspaltungen gebe, die kurdische, alevitische, armenische, arabische Bevölkerung lebe jeweils für sich, es gäbe so gut wie keine gegenseitige Akzeptanz. "Die Einigung kann so nicht erfolgen, mit Gewalt erst recht nicht. Die Demokratisierung ist ein Muss." In Syrien müsse Bewegungen und Institutionen eine demokratische Rolle erlaubt werden. Angehörige der Baath-Regierung würden das ablehnen, aber der kurdische Anteil an der Demokratisierung werde eine Pionierfunktion haben. Nach den internationalen und regionalen Neuerungen werde es schwer sein, Syrien weiterhin nationalistisch zu

regieren: "Syrien kann mit diesem System den Entwicklungen nicht standhalten, bleibt international erfolglos, kann seinem eigenen Volk keine Lösungen für die Probleme bieten. Die syrischen Völker sehnen sich nach Demokratie. Syrien kann nicht mit dem alten repressiven System regiert werden, die PYD wird versuchen, den Hoffnungen des syrischen Volkes zu entsprechen."

Ali Muhammed appellierte an Assads Führung, Reformwege zu eröffnen: "Wir wollen Syrien nicht stürzen, glaubt uns. Wir sind Kurden von hier, die PYD ist eine syrische Partei. Wir sind Pioniere des fortschrittlichen Syriens, wir werden die Einheit Syriens schützen. Aber um diese Einheit zu erhalten, müssen den Völkern ihre Rechte gewährt und demokratische Reformen eingeleitet werden. Werden dem kurdischen Volk Akzeptanz und Identität verweigert, wie soll es sich in dieser Einheit wiederfinden? Deshalb sagen wir, das Alternativprogramm der PYD ist geeignet, aus dieser schwierigen Situation herauszufinden. Lasst uns die Einheit sichern!"

"Wir haben Tausende Gefallene"

Die Partei habe ein Vermächtnis übernommen, die Südwest-Kurdinnen und -Kurden hätten Glück mit ihrer Vergangenheit. Ali Muhammed zählte auf: "Erstens hat Abdullah Öcalan 18 Jahre hier gelebt und unter uns eine revolutionäre Kultur geschaffen, die von der PYD heute in Südwest-Kurdistan weitergegeben wird. Zweitens haben wir Tausende Gefallene zu verzeichnen, die sich für die Freiheit Kurdistans geopfert haben. Und drittens verfügen wir über die zum demokratischen Kampf bereit Seelen unseres Volkes, ihre Überzeugung und ihre Hoffnung."

Ali Muhammed richtete auch einen Appell an diejenigen, die Südwest-Kurdistan verlassen mussten: "Die PYD will allen kurdischen Menschen aus Südwest-Kurdistan, egal, wo auf der Welt sie sich befinden, eine Hoffnung sein. Sie sollen überall frei sein, wir werden dafür kämpfen, dass sie in ihr Land zurückkehren können." ♦

.....ISKU

Informationenstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr.117; 20357 Hamburg
Tel/Fax: 040/42102845; e.mail: isku@nadir.org

Nûçe erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Portokosten bei der ISKU-Informationenstelle Kurdistan e.V. bestellt werden. Auf Wunsch senden wir die **Nûçe** per e-mail als pdf-Datei zu. Die **Nûçe** und weitere Informationen sowie einen **täglichen Pressespiegel** findet Ihr im Internet unter **www.nadir.org/isku**

Nr. 82
29. November 2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nr. 81
27. November 2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

12.10.2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

12.10.2002

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Prozesspiegel 08 - 15. Dezember 2002 [33 Wochen]

Die Informationen in diesem Heft sind für alle Kurden in Kurdistan, Irak und Syrien, die sich für die Freiheit und die Demokratie in Kurdistan einsetzen, von Interesse. Die Informationen sind kostenlos und werden über das Internet und die E-Mail-Adresse isku@nadir.org verteilt.

Die Informationen in diesem Heft sind für alle Kurden in Kurdistan, Irak und Syrien, die sich für die Freiheit und die Demokratie in Kurdistan einsetzen, von Interesse. Die Informationen sind kostenlos und werden über das Internet und die E-Mail-Adresse isku@nadir.org verteilt.

Die Informationen in diesem Heft sind für alle Kurden in Kurdistan, Irak und Syrien, die sich für die Freiheit und die Demokratie in Kurdistan einsetzen, von Interesse. Die Informationen sind kostenlos und werden über das Internet und die E-Mail-Adresse isku@nadir.org verteilt.

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr.: 3968-506

Von der Volksbefreiungsarmee Kurdistans zu den Volksverteidigungskräften

Garant sein für eine freiheitliche Entwicklung

Von Nurdogan Aydogan, Özgür Politika

Neben der Umgestaltung von der ARGK (Artesa Rizgariya Gelê Kurdistan) zu den HPG (Heza Parastîna Gel) wandelten sich auch die Guerillas der HPG selbst. Sie machten große Fortschritte in Kunst und Kultur. Sie drehten in den letzten 4 Jahren 5 Filme. Vor 2 Jahren wurde die Musikgruppe Koma Mizgîn gegründet, die bis heute über 100 Musikstücke hervorbrachte. Auch die Theatergruppe Tiyatrapotamyä organisierte über 20 Bühnenauftritte. Die Guerillas nutzen ihre Freizeit. Sie entfernen täglich bis zu 300 Minen, auch die Ärzte der HPG dienen mit allen Mitteln der Bevölkerung.



Einheit der Volksverteidigungskräfte, HPG

Foto: Archiv

Die PKK eröffnete den Guerillakrieg am 15. August 1984 und beendete ihn mit einer Bekanntgabe auf ihrem 7. Kongress [Anfang 2000]. Die Guerilla erfuhr in der Vergangenheit bis zum heutigen Tage grundlegende Veränderungen. Es gab eine Neuentwicklung der Guerillaeinheiten in über 10 Gebieten auf militärischer, kultureller, politischer und publikativer Basis.

Die HPG sind die Garanten für Freiheit und Demokratie

Die PKK hat auf ihrem 7. Kongress das Ende ihres bewaffneten Kampfes beschlossen und ist zur legitimen Selbstverteidigung übergegangen. Dabei erlebte auch die Volksbefreiungsarmee ARGK den Umbau zu den Volksverteidigungskräften HPG. Die Mission der HPG soll Garant sein für eine demokratische und freiheitliche Entwicklung in der Region.

Die Guerillaeinheiten beurteilen die Jahre 1999 bis 2001 als Zeit der Diskussion für eine neue Strategie. In dieser Zeit wurde der 15-jährige Kampf abgeschlossen und die Vergangenheit der Kritik unterzogen. Die neue Strategie dieser Bewegung soll in der kommenden Zeit die gültige Vorgehensweise sein.

In der Zeit der Strategieänderung wurden dennoch Angriffe gegen die HPG durchgeführt, vor allem die Operationen der PUK [Patriotische Union Kurdistans] unter der Führung von Celal Talabani im September 2000. Die HPG-Guerillas verteidigten sich gegen deren Vernichtungsangriffe, dies versetzte der PUK einen schweren Schlag. Damit wurde die HPG-Guerilla in der Zeit der Umgestaltung gestärkt und veränderte somit auch die Lage in Südkurdistan. Eigentlich herrschte Waffenstill-

stand, doch unter der Bedrohung von außen verteidigten sich die HPG gemäß ihrer Linie der legitimen Selbstverteidigung.

Außerdem gab es nach der Entführung des damaligen PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan viele Ansichten zur Zukunft der Partei: "Öcalan ist gefangen, die Organisation löst sich auf.", "Die PKK wird auf ihrem 7. Kongress die Zerstreuung ihrer Organisation erleben.", "Einem Angriff des türkischen Militärs würde die Guerilla nicht standhalten. Der Kopf der PKK ist ab, nun ist der Rest dran.", "Iran, Türkei, Syrien sollen ihre Grenzen schließen und die PUK muss angreifen, so können wir die PKK vernichten." Solche Herangehensweisen blieben Theorie, und so wurde das Jahr 2001 beendet.

Wieso konzentriert sich ein starker Staat auf jemanden, dem das Rückgrat gebrochen ist?

Militär, Regierung, Journalisten aus der Türkei und internationale Kräfte, die sich in der Region auf ihre Profite stützten, verbreiteten, dass die Guerilla große Verluste erlitten hätte. Sie verbanden die Existenz der Guerilla nur mit Krieg, jetzt hatte diese sich außerhalb der Grenzen zurückgezogen. Es sollte vermittelt werden, dass es diese Kräfte nicht mehr gäbe, da zu der Zeit keine Operationen liefen. Das war Irreführung und Desinformation.

Denn die Guerilla allein hat den Krieg beendet. Die Kräfte haben sich außerhalb in ihre Stellungen zurückgezogen und verstärkt. Nach dem Aufruf von Abdullah Öcalan sind die Guerillaeinheiten über die Grenzen der Türkei verlegt worden und haben dort ihre Existenz gesichert, bis zu einer Erfüllung ihrer Forderungen.

Wir haben mit Berxwedan, einem Guerilla-Kommandanten der HPG, der 7 Jahre in Botan gekämpft hat, gesprochen und zu den Aussagen von Regierungsbeauftragten sowie Journalisten befragt. Er gab uns Antwort: "Die der Guerilla angeblich das Rückgrat gebro-



Militärische Ausbildung der HPG

Foto: Archiv

chen haben, wieso konzentrieren die sich mit ihrem Militär auf Kurdistan? Wieso zieht sich das Militär nicht zurück? Wieso werden über die Grenzen der Türkei Operationen durchgeführt? Wieso gibt es noch das Dorfschützersystem? Wieso konzentriert sich ein starker Staat auf jemanden, dem das Rückgrat gebrochen ist? Das bedeutet dann wohl, dass das Rückgrat der HPG-Guerilla nicht gebrochen ist. Dass sie die Guerilla für sich als Bedrohung

sehen. Das leugnen sie aber, weil sie in einer verzwickten Lage sind."

"Wenn die Guerillas kommen, hört der Streit auf"

Ali lebt eine Hälfte des Jahres in Mosul, die andere Hälfte verbringt er auf der Alm, um sein Einkommen als Schafhirte zu bestreiten. Wenn er Guerillas sieht, lässt er alles stehen und liegen, um ihnen sein Herz zu öffnen. Denn die Guerillas sind ein Teil seines Lebens, sagt er. Wir fragten: "Wieso?" "Bei allen lebensnotwendigen Dingen helfen sie uns. Auf der Alm leben die Familien und Klans wieder friedlich zusammen, seit die Guerillas da sind. Früher hat man sich bekämpft. Die Guerilla hilft uns bei der Organisation sowie Aufteilung der Alm, sodass alle zufrieden sein können und es nicht mehr zum Streit kommen kann."

Zusätzlich bringen die Guerillas Alis Kindern das Lesen und Schreiben bei. Da es keine Radios und Fernseher in den Zelten gibt, können die Bewohner/innen der Alm die Nachrichten aus der Welt nicht verfolgen. Die Guerillas sind deswegen ihre Nachrichtenquelle.

Manchmal werden am Tag 300 Minen entschärft

Minen stehen in Südkurdistan auf der Tagesordnung. Der größte Teil wurde während der Anfal-Offensive [1988]



Ärztliche Versorgung wird entwickelt

Foto: Archiv

und des Iran-Irak-Krieges gelegt. Über ein großes Gebiet verteilt lauern die schwarzen Minen lebensbedrohlich versteckt wie der Feind.

Eine Gruppe HPG-Guerillas ist damit beauftragt, Minen in Südkurdistan zu entfernen. Minenexperten in ihren Reihen entfernen Minen mit bloßer Hand, ohne auf technische Hilfsmittel zurückzugreifen. Grund dafür sind die finanziellen Probleme, diese Arbeiten werden unter diesen schwierigen Bedingungen von jeder Minengruppe ein Jahr lang ausgeführt.

So wird das Gebiet für die HPG-Guerillas und Hirten leichter begehbar, da es von den Minen gereinigt wird. Das ist

der Anfang für eine saubere Umwelt, sagen die Guerillas. Es kommt vor, dass am Tag 300 Minen entschärft werden. Internationale Organisationen erklären, dass die Entschärfung einer Mine sie 1500 \$ kosten würde. Das bedeutet, dass die Guerillas an manchen Tagen Arbeiten im Wert von 450.000 \$ ausführen könnten.

Unter den Ländern mit den meisten versteckten Minen belegt Kurdistan nach Afghanistan und Nicaragua den dritten Platz. Die Guerillas betonen auch, dass eine fähige und technisch versierte Organisation die Lösung für das Minenproblem sein könnte.

Neben den Untersuchungen der Dorfbewohner/innen geben sie auch Unterricht in Gesundheitsfragen und Medizin.

Die Untersuchungen werden mehrheitlich von Menschen aus den KDP-Gebieten [KDP: Kurdische Demokratische Partei] in Anspruch genommen, da dort die Ärzte auf Weisungen von Labors arbeiten und keine Medikamente ohne Untersuchungsergebnisse ausgeben dürfen. Diese lassen meist länger auf sich warten, als die Patient(inn)en darauf angewiesen sind.

Schlechter Umgang mit Medikamenten

In Südkurdistan wird oft nach finanzieller Leistungsfähigkeit untersucht und behandelt. In den Gebieten der KDP wurden Apotheken eröffnet und Medikamente jeglicher Art an alle verabreicht, was wiederum zu einer unangebrachten Umgangsweise mit Medikamenten führt und neue Krankheiten verursacht, wobei in den Apotheken auch kein medizinisches und pharmazeutisches Wissen herrscht. Die Ärzte in den HPG kümmern sich vor Ort um die Verletzten und versuchen so gut es geht Kranke zu heilen, sie versprechen aber nichts, was sie nicht halten können. Darum wird auch von der Bevölkerung immer wieder erwähnt, die Ärzte von den HPG seien ehrlich und vertrauenswürdig.

Durch Armut und fehlende Bildung werden oft Krankheiten verursacht. Dem Volk wird von den Ärzten nahe gelegt, nicht zu viele Kinder auf die Welt zu bringen, sondern mehr auf die Bildung der Kinder zu achten. Ergebnis solcher Bemühungen sind steigende Einschreibungszahlen an den Schulen. Es gab auch Versuche, mit internationalen Menschenrechtsorganisationen und Ärzthilfsorganisationen Beziehungen aufzubauen, aber bisher wurden keine Ergebnisse erzielt. ♦

Vorankündigung:



Mitte Dezember erscheint von der ISKU-Informationsstelle Kurdistan e.V. - und dem KURD-CHR (Kurdish Centre for Human Rights in Genf) eine Broschüre zur Problematik "Flucht und Rückkehr - kurdische Inlandsflüchtlinge in der Türkei."

Sie umfasst einen Überblick über die Dimension und die Folgen der Zwangsvertreibung. Als Weiteres werden die Initiativen und Probleme der Rückkehr erläutert.

Mit der Broschüre soll die Arbeit der Selbsthilfeorganisation "Sozialer Hilfs- und Kulturverein für Vertriebene" (Göc-Der) gewürdigt und unterstützt werden. Die Broschüre umfasst ca. 60 Seiten und wird für 4 Euro, die Göc-Der zu gute kommen, bei der Informationsstelle Kurdistan erhältlich sein.

ISKU
Schanzenstr.117
20357 Hamburg
Tel./Fax: 040 42102845
E-mail: isku@nadir.org

Hawirdor Perez

Dogan, der Verantwortliche einer Minengruppe, erklärt, dass am 36. Breitengrad Zehntausende Minen vergraben liegen. Die Entschärfung der Minen dient in erster Linie dem Schutz der Menschen und der Umwelt in der Region. Ihn regt es sehr auf, wenn Kinder beim Spielen durch Minen verstümmelt werden oder sogar sterben. Diese Minengruppe hat auch neue Pläne für die Zukunft. Sie wollen in der Region eine Organisation gründen, um dort die Bedrohung zu entfernen und so das Land zu schützen. Der Name dieser Organisation soll den Namen "Hawirdor Perez" tragen, was "Verteidigung der Umwelt" bedeutet, abgekürzt HAV-PAR. Ihr Symbol soll eine umgekehrte Tulpe darstellen.

Die Ärzte der Guerillaeinheit behandeln das Volk

Die HPG verfügen über Ärzte, die den Altbewohner(inne)n und Schafhirten Gesundheitsuntersuchungen anbieten. Auch unter schwierigen Bedingungen versuchen sie, mit ihrer Unterstützung dem Volk zur Seite zu stehen, so haben sie auch dessen Vertrauen gewonnen. Bei einem dieser Ärzte in Südkurdistan handelt es sich um Dr. Mahir. Er betont, dass sie von Zelt zu Zelt und von Dorf zu Dorf gehen und dort ihre Hilfe anbieten.

Von den 4 Ärzten der Gruppe sind 3 ausgebildete Ärzte. Der vierte Arzt hat sein Wissen in den Bergen gelernt.

Die Entscheidung für die Selbstbestimmung der Volksverteidigungskräfte

Der zweite Kongress der Volksverteidigungskräfte - HPG

Im Rahmen der legalen Selbstverteidigung und ihrer Linie: „Kampfbereitschaft zeigen!“ und mit dem Vorbild der Persönlichkeit des gefallenen Kommandanten Erdal entschieden sich die Volksverteidigungskräfte (HPG) auf ihrem 2. Kongress für ihre Eigenständigkeit.

Der neu gewählte HPG-Rat gab bekannt, dass zwischen dem 7. und dem 16. September 182 Delegierte und an die 200 Guerillas am 2. HPG-Kongress teilnahmen, der mit der Ehrbezeugung für das kürzlich verstorbene HPG-Führungsmitglied Engin Sincer (Erdal) und alle anderen bisher Gefallenen begann. Neben der aktuellen militärischen und politischen Lage wurde auch die künftige Organisation der HPG detailliert diskutiert.

Es wurde festgestellt, dass durch den Eingriff im Irak und in die Ordnung des Mittleren Ostens das Kurdistanproblem große Bedeutung gewonnen habe. In den letzten 4 Jahren sei die Apocu-Bewegung an einem wichtigen Wendepunkt angelangt, und vor allem die Versuche des türkischen Staates, den KADEK-Präsidenten Abdullah Öcalan und seine Verbesserungsvorschläge in regionalen und internationalen Bereichen mit auswegloser Politik zu ignorieren und zu leugnen, stellen ein großes Risiko für das Volk und seinen Freiheitskampf dar.

Besonders die Entwicklungen der letzten vier Jahre mit den Neuerungen im Mittleren Osten und dem höheren Kampfniveau des KADEK für das kurdische Volk machten es unumgänglich, militärische und politische Arbeiten zu trennen.

Eine moderne, demokratische und professionelle Armee

Neue Maßstäbe sollen in der Armee der Apocu-Bewegung, den HPG, auch den organisatorischen Bereich bestimm-

men, deshalb ergaben Diskussionen der HPG-Führung die Perspektive: Selbstbestimmung für die HPG. Beschlossen wurde auf dem Kongress ein neues Organisationsmodell. 41 Vorstandsmitglieder werden demokratisch gewählt, die sich einen Führungsrat und eine generelle Führung wählen. Die Wahlen wurden auf dem Kongress und den folgenden Vorstandsversammlungen sogleich durchgeführt und die Gewählten haben ihr neues Amt angetreten.

Als Ideologie dient die zivile demokratische politische Linie des Generalsekretärs Abdullah Öcalans, in militärischer Hinsicht ist eine in freien demokratischen Zügen bestimmte, moderne und professionelle Armee zu schaffen. Ziel ist eine überzeugte, willensstarke, aufopferungsvolle, disziplinierte, ideologisch und kulturell starke und demokratische Armee, die den neuesten Techniken gegenüber offen ist und ihnen begegnen kann.

Legale Verteidigung ist angebracht und legitim

Insbesondere diskutierte und entschied der Kongress Strategien und Taktiken und die Stärke der legalen Verteidigung. Er kam zu dem Schluss, jegliche Art der Gewalt, ob von Staat oder Organisationen verursacht, zu verurteilen und als Terrorismus zu werten. In diesem Zusammenhang müsse man in Nord- als auch in Süd-Kurdistan auf jede Art terroristischer Anschläge vorbereitet sein.

Die Hauptpflicht der HPG bestehe darin, den Generalsekretär Abdullah Öcalan und die kurdische Nation zu verteidigen. Falls die AKP-Regierung ihre zerstörerische Herangehensweise an Abdullah Öcalan nicht ändern sollte, werden die HPG den Verteidigungskrieg in ihren Gremien zum Entschluss und auf den Weg bringen.

Solange es Verleugnung gibt, wird es auch die HPG geben

Solange die Existenz und Freiheit des kurdischen Volkes, die Freiheit von Abdullah Öcalan und die nationale Würde nicht gesetzlich gesichert sind, werden weder individuelle Kriegsspiele noch „Reuegesetze“ noch militärische Angriffe es schaffen, die Freiheits-Guerilla in Kurdistan zu eliminieren. Es ist die Aufgabe der HPG, dem kurdischen Volk Existenz, Leben und Zukunft zu garantieren.

Jede Militante und jeder Militant ist verpflichtet, die Linien der legalen Selbstverteidigung, der demokratischen Zivilisation und der Persönlichkeit von Engin Sincer (Erdal) zu verteidigen und sich zur Lebensaufgabe zu machen. Ziel ist eine dem 21. Jahrhundert gerecht werdende, beharrliche, glaubwürdige, demokratische, disziplinierte und unbesiegbare Guerilla mit freien Persönlichkeiten. Die HPG sind der festen Überzeugung, Abdullah Öcalan, ihren Gefallenen und ihrem Volk mit einem Sieg gegenüberzutreten.

Die Jugend zur Guerilla, die Frauenarmee YJA neben die HPG

Die HPG fordern die Jugend auf, für ein freies Leben in den freien Bergen, der Guerilla beizutreten. Die Jugend wird im kurdischen Befreiungskampfkampf als einer der dynamischen Schwerpunkte gesehen.

Eine weitere wichtige Grundlage für den Sieg sind die Frauen. So beschloss der Kongress die Gründung der Frauenarmee YJA neben den HPG.

Der Kongress endete mit der Parole: „Lasst uns in der Apocu-Linie beständig sein und den Sieg sichern.“ ♦

Erklärung des Besuchsboykotts Abdullah Öcalans

Aufruf zu Frieden und Demokratie

Von Abdullah Öcalan, Imrali, Oktober 2003

Abdullah Öcalan gab diese bis heute letzte Erklärung im Oktober 2003 ab, um seine Haltung gegenüber der jetzigen Phase darzulegen. Seine Kontaktmöglichkeiten mit seinen Anwälten wurden von anfänglich zwei Stunden auf eine Stunde pro Woche reduziert und später auf eine Stunde alle 14 Tage. Zwischendurch wurden die Kontakte von Seiten des türkischen Staates für Monate unterbrochen. Meistens mit der Begründung der schlechten Wetterverhältnisse, die eine Überfahrt auf die Gefängnisinsel Imrali nicht erlauben würden. Von Beginn an halten diese Einschränkungen und die Isolation ihm gegenüber an. Er sagt jetzt selber, dass dies zu akzeptieren nicht richtig war, aber es für den Frieden getan worden ist.

Im Rahmen ihrer militärischen Intervention im Irak sind die USA auf im Islam begründete Probleme gestoßen, die auch von Israel geteilt werden. Verständlicherweise wendet sich Israel gegen die despotische Auslegung des Islam. So war auch ich zu jeder Zeit gegen derartige Auswüchse. Seit der Herrschaft der Omajjaden [Kalifendynastie] fand der Islam seine despotische Anwendung entsprechend der Kultur der Yesiden [Name mehrerer omajjadischer Kalifen, spez. Jesid I. (680-683), berüchtigt als Tyrann, Ungläubiger und Mörder des Prophetenenkels Hüseyin]. Deren Ursprung ist in Byzanz und bei den Sassaniden [pers. Königsdynastie, 226-651] zu suchen. Die Osmanen führten diese Kultur fort, deshalb unterstützten die Juden auch Mustafa Kemal



Oktober 2003 in Van

Foto: DIHA

Atatürk. Dessen säkulare Orientierung nährte ihre Hoffnungen auf die Errichtung eines Staates Israel, wofür ihnen die Überwindung der oben beschriebenen Strömung als nützlich erschien.

Nach der Ermordung des Propheten Hüseyin wurde der Islam seinem Wesen entfremdet. (In meiner Beschwerde vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof habe ich die Hintergründe dafür behandelt. [auf Deutsch erschienen als: Gilgameschs Erben – Von Sumer zur demokratischen Zivilisation, 2 Bände]) Heute stellt er eine Strömung dar in der Tradition der klassischen Diktatur mittelöstlicher Prägung und der Kalifendynastie der Omajjaden. Gleichzeitig ist er Ausdruck einer seit den Pharaonen überlieferten Herrschaft. Im Namen des Islam wurden das Judentum, die Turkmenen der Steppe, das Alevitentum, die Anhänger von Bektas sowie

die Armenier durch die Osmanen ausgebeutet. Aber auch die arabischen Völker wurden von der despotischen Variante des Islam erdrückt. Als sich die Schiiten im Irak organisierten, leistete der despotische Islam dagegen erbitterten Widerstand, was wiederum zur kulturellen Entfremdung zwischen den sunnitischen und den anderen Glaubensrichtungen führte. Für dieses Denken zahlen die Kurdinnen und Kurden schon seit 12 Jahrhunderten den höchsten Preis; hierin ist der eigentliche Grund für ihre Rückständigkeit zu suchen. Dieses Dilemma konnte auch die Türkische Republik nicht lösen.

Israel verfolgt eine Lösung zu eigenen Bedingungen mit dem Ziel der Öffnung des Mittleren Ostens. Dieses Ziel teile ich, doch lässt es sich nicht mit Gewalt bewerkstelligen. Das jüdische Volk ist ein Teil des Mittleren Ostens, es hat wie das palästinensische auch seinen Platz in der dortigen Kultur, es sollte heute jedoch in einem demokratischen Rahmen eingebettet sein.

Seit hundert Jahren fügen Zionismus und arabischer Nationalismus den Völkern großen Schaden zu. So glaube ich, dass der Vorstoß von Shimon Peres einen großen Beitrag für das friedliche Zusammenleben leistete. Seine Linie sollte ernst genommen und für den Frieden im Mittleren Osten und eine demokratische Einheit der Völker genutzt werden. So wie vom Zionismus und arabischen Nationalismus sollte man auch vom türkischen und schiitischen Nationalismus Abstand nehmen. Ich habe schon mehrmals die historischen Grundlagen und die Notwendigkeit der Bildung einer demokratischen Föderation des Mittleren Ostens erörtert, die sich gegen jede Art von Nationalismus

und Konkurrenz zwischen den Völkern wendet. Für die Verwirklichung dieses Vorhabens sind die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten als ein Ergebnis festgefahrener Konstellationen und die Veränderungen im Irak als Gelegenheit zu betrachten. Die daraus resultierenden demokratischen Möglichkeiten müssen von allen adäquat genutzt werden. Dies bietet auch den Kurdinnen und Kurden eine Gelegenheit zur Veränderung.

In der Vergangenheit bestand ein islamisches Projekt von Afghanistan bis zur Ägäis. Nun wurde der Irak als Bindeglied herausgerissen. Die schiitische Herrschaft im Iran und der arabische Nationalismus werden jedoch ebenso als Hindernisse wahrgenommen, sie stellen Überbleibsel des Despotismus dar. Dieser Zustand soll in der Türkei mit Erdogan überwunden werden, es ist ein Projekt Israels und seiner Verbündeten. Dabei wird von einem weichen bzw. moderaten demokratischen Islam gesprochen. Inwieweit sich dies positiv auswirken wird, bleibt abzuwarten. Auch weiß ich nicht, wie weit die Beschlusslage für eine Umsetzung dieses Projektes gediehen ist, da in der AKP [Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei] auch die politischen Vertreter der Hisbollah vertreten sind. Jedoch ist ersichtlich, dass man angesichts des Iraks der AKP eine solche Rolle übertragen will.

Indes hat sich Erdogan mit dem Empfang von achteinhalb Milliarden Dollar verpflichtet. Auf diese Weise gerät die Türkei in einen neuen Prozess. So, wie die jüdische Lobby in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts mit der Unterstützung Mustafa Kemal Atatürks zur Grundsteinlegung Israels beigetragen hat, so sind heute Israel und seine Verbündeten an einer Stärkung Erdogans interessiert. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Kurdinnen und Kurden.

Ein Vertreter des israelischen Außenministeriums bezeichnete Erdogan jüngst als Vertreter des heutigen Kemalismus. Wenn Erdogan als Vertreter des heutigen Kemalismus feilgeboten wird, so müssen sich die Türkei und die Kemalisten ernsthaft damit auseinandersetzen.

Erdogans Aufstieg erscheint mir in diesem Zusammenhang von Bedeutung, da er mit dem Bekenntnis zum demokratischen Islam antrat. Ob er sich einen modernisierten Kemalismus angeeignet hat, ist nicht klar. Der Kemalismus entwickelte sich in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts mit dem türkisch-kurdischen Bündnis, aus dem die Kurd(inn)en später jedoch ausgeschlossen wurden. Ihre Sprache und Kultur wurden einer Assimilation unterworfen, die einem Völkermord gleichkam.

Die Entstehung der AKP weist dazu Parallelen auf. Wenn jedoch die AKP mit einem demokratischen Verständnis vom Islam angetreten ist, so muss sie ernst genommen werden. Sollte Erdogan die kurdische Frage und anderweitige Probleme der Türkei demokratisch lösen sowie die Tradition des Islam im Rahmen der Demokratie umsetzen wollen, dann kann wirklich eine Demokratisierung des Islam möglich werden. Bisher bemüht sich die AKP nur um ein derartiges Erscheinungsbild. Eine wirklich ernsthafte Auseinandersetzung mit den Demokratieproblemen hat nicht stattgefunden. Nur wenn die AKP dazu eine ehrliche Haltung einnimmt, kann ein modernisierter Kemalismus mit islamischem Antlitz eine Lösung darstellen.

Frei von Vorurteilen werden wir die Praxis der AKP beobachten. Dabei wird sich herausstellen, ob sie eine Partei der Erneuerung oder des Rückschritts ist. In den nächsten Tagen wird sich zeigen, welche Rolle die AKP in der Türkei und im Mittleren Osten übernehmen wird. Wir wollen Erdogan nicht schon vorweg verleumden, wie das die Familie Uzan [oligarchischer Wirtschaftsclan] getan hat.

Die Probleme der Kurd(inn)en betreffen die gesamte Türkei, es ist ein Demokratieproblem. Deshalb muss eine wirkliche Demokratie ins Auge gefasst werden. So ist zu fragen, ob die AKP ein Produkt der Demokratisierung dieses Landes oder ein Produkt internationaler Kräfte ist. Das weiß nicht einmal die AKP selbst. Sie wird in Kürze ihren Parteikongress abhalten. Im Falle einer demokratischen Praxis kann sie mit unserer Unterstützung rechnen.

Bisher jedoch interveniert sie an Universitäten und Gerichten, wobei sie dem

ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen versucht. Außerdem schmiedet sie rückwärtsgewandte Bündnisse im Mittleren Osten, was nicht einmal im Sinne des Kemalismus liegen kann.

In gewissem Sinne lässt sich der Kemalismus auch als eine Form antiimperialistischer Befreiung der Völker deuten, gegen eine massive Einwirkung von außen zum Zeitpunkt seines Entstehens. Türkische und kurdische Kräfte leisteten gemeinsam – auf freiwilliger Basis und deshalb in freier Einheit – Widerstand gegen den Imperialismus. In Anbetracht der Reden von Mustafa Kemal in Izmit aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts lässt sich das Wesen des Kemalismus nicht anders begreifen. Eine andere Interpretation wäre irreführend. Heute jedoch berufen sich viele auf Mustafa Kemal, wobei sie dennoch nur Lügen verbreiten.

Um nach ihrer Ausgrenzung im Osmanischen Reich ihr türkisches Selbstbewusstsein zu stärken, kreierte Mustafa Kemal die Losung: „Glücklich kann sich schätzen, wer von sich sagen kann, ich bin Türke.“ Dies bedeutete jedoch nicht, dass sich die kurdische Bevölkerung als Türken bezeichnen müssten, vielmehr sei das Dasein als Türke oder Türkin keine Schande.

In der Anfangszeit der Republik ging Mustafa Kemal mit übertriebener Härte gegen die damaligen Aufstände vor. Das gab er später selbst zu, bestätigte auch sein Nachfolger İnönü in seinen Reden. Demnach sei dies nur geschehen, um die Republik vor imperialistisch unterstützten Aufständen zu schützen. Heute jedoch will die kurdische Bevölkerung aktiver Bestandteil der Republik sein.

Die geistige Elite der Türkei hingegen versucht Mustafa Kemal nach eigenem Gusto zu deuten, mit dem Ergebnis, dass vielerorts Unwahrheiten über Mustafa Kemal verbreitet werden. Deshalb ist es zu verurteilen, wenn Erdogan den wieder aktuell gewordenen Kemalismus in gleicher Weise interpretiert.

Mustafa Kemal war ein inkonsequenter Revolutionär. Er allein setzte die osmanische Frage auf die Tagesordnung, wobei er die Schaffung einer begrenzten Demokratie in Angriff nahm, aber nicht zu Ende führen konnte. Das hätte die kurdische Aufgabe sein

müssen. So kam es zu den bekannten Aufständen, die zusammen mit der Etablierung der Oligarchie zu der noch heute andauernden Leugnungspolitik führten. Die PKK ist wiederum ein Produkt dieser despotischen Politik. Die Kurdinnen und Kurden haben auf ihre Weise versucht, das Problem zu lösen, indem sie die Defizite des Kemalismus in der Praxis ausgleichen wollten. So war ich immer der Auffassung, dass ihnen die Aufgabe zufällt, ihre Selbstbestimmung aus eigener Kraft zu erringen.

Ich begrüße die Auffassungen von Dogan Avcioğlu [Forscher und Schriftsteller zur türkischen Geschichte], die er in seinem vierbändigen Werk vertritt. Er ist ein wirklicher Kemalst. Auch Hasan Cemal [Kolumnist der Tageszeitung Milliyet] kann als wahrer Kemalst bezeichnet werden. Deniz Baykal [Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei CHP] hingegen ist weit von dem Kemalismus entfernt, den die CHP in ihren Gründungsjahren vertrat. Auch die MHP [Nationalistische Bewegungspartei] und die DYP [Partei des Rechten Weges] sind bemüht, ihre inhaltliche

Leere mit willkürlichen Interpretationen zu füllen. Der auf radikaler säkularer Sichtweise beruhende Kemalismus und die Linie der AKP schließen einander aus. In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts erfuhr der Kemalismus eine empfindliche Niederlage. Dogan Avcioğlu und Madanoğlu [bis zum Militärputsch 1960 türkischer General, Zusammenarbeit m. D. Avcioğlu] suchten nach einem Ausweg. Wären sie erfolgreich gewesen, hätte sich die kurdische Frage nicht derart kompliziert. Nach 1980 wurde ein republikanischer Nationalismus vertreten, der sich an einer ethnisch türkischen Ausrichtung und am sunnitischen Islam orientierte.

Der Kemalismus muss schon richtig dargestellt werden. Mustafa Kemal hatte die türkisch-kurdische Einheit vertreten. Das Modell für seine Republik fand er in der französischen Revolution. Der nationale Begriff von der Türkei kann alle Völker – inklusive einer einheitlichen türkisch-kurdischen Einheit – einschließen, kann also türkische und kurdische Bevölkerung gemeinsam vertreten. Wenn diese sich gleichsam darin

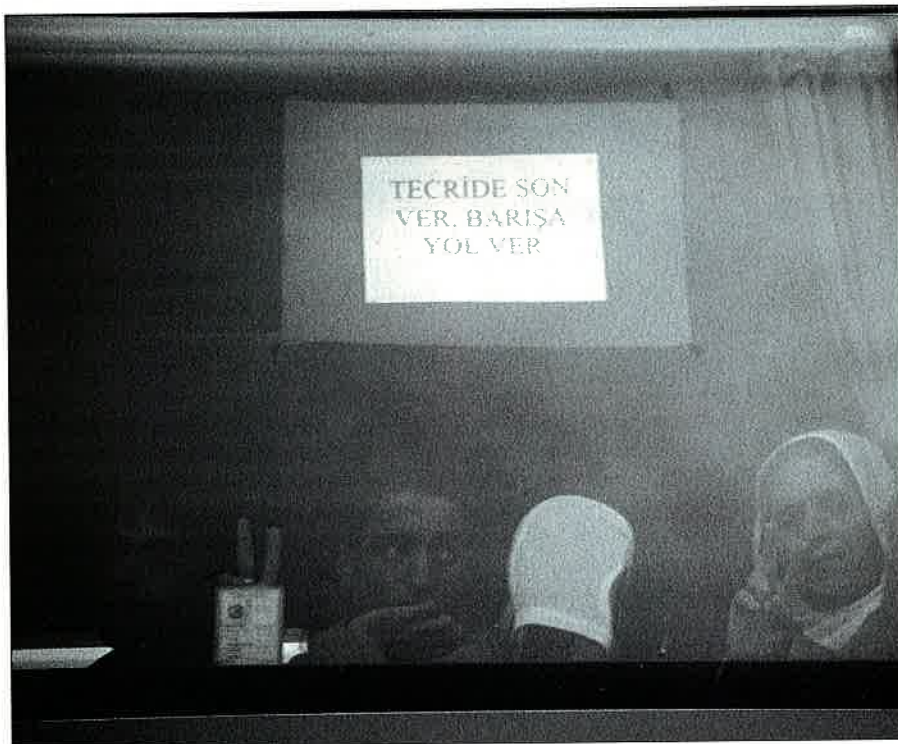
artikulieren können, gibt es keinen Grund mehr davor zurückzuschrecken. Bestes Beispiel hierfür ist das Modell der amerikanischen Nation. Für die Türkei jedoch kann der Begriff „türkische Nation“ nicht gelten, das würde Chauvinismus und Separatismus nähren. Türkischer Chauvinismus bzw. ein Nationalverständnis, das nur den türkischen Anteil kennt, führt zu einem Nationalismus, der sich letztendlich gegen sich selbst richtet. Dieser schloss auch die kurdische Seite aus, was sie sich äußeren Beziehungen zuwenden ließ. Erst so entstand die Gefahr einer Spaltung der Türkei.

In Anbetracht der Kulturen und Sprachen, welche sich seit der Zeit der Hethiter bis heute in Anatolien entwickelt haben, könnte durchaus im Rahmen der Nation „Türkei“ ein neues Modell gefunden werden, gleichsam dem eines fruchtbaren Gartens. Wenn jedoch nur eine Farbe gelten soll, wäre dies nichts anderes als Faschismus.

Wird der Kemalismus auf erstere Weise ausgelegt, bzw. sollte sich Erdogan an einem demokratischen Islam orientieren, werden wir das zu würdigen wissen. Sollte er jedoch die kurdische Freiheit nicht anerkennen und die Probleme nicht grundsätzlich mit demokratischen Methoden lösen wollen, so können wir uns nicht damit einverstanden erklären.

Die CHP hingegen ist konservativ. Sie ist eine reaktionäre und nationalistische Partei, die der Demokratie ausweicht. Deshalb schlage ich für die Türkei die Bildung eines demokratischen Bündnisses vor. Die einzige politische Alternative ist die Einheit der demokratischen Kräfte. Demnach müssen sich alle progressiven Kräfte aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich und dem Spektrum der politischen Parteien und der Wirtschaft zu einem Block zusammenschließen. Beispiel hierfür könnte das Olivenzweig-Bündnis aus Italien sein.

Die AKP scheint eine vorübergehende Erscheinung zu sein. Wenn jedoch die demokratischen Kräfte der Türkei nicht ihre Rolle spielen, wird sie noch weitere fünf bis zehn Jahre an der Macht bleiben. Deshalb müssen die DEHAP und alle demokratischen Kräfte ihre Aufgaben erfüllen. Von der CHP



„Der Isolation ein Ende, dem Frieden einen Weg bereiten“
Tausende machten sich auf den Weg nach Gemlik um gegen die Isolation zu protestieren

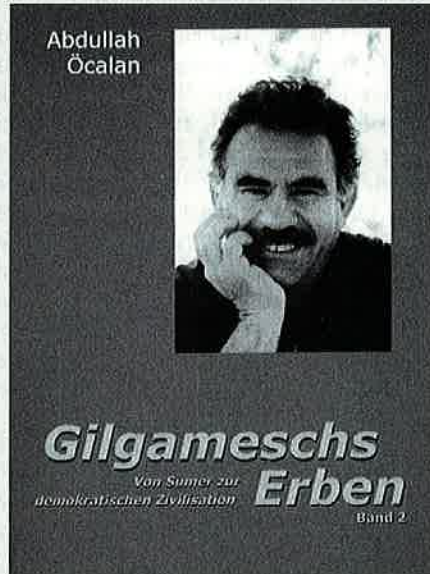
Foto: DIHA

ist nichts zu erwarten, die so genannte Linke hat bisher von der Demokratie wenig begriffen. Sie behindert vielmehr die Demokratisierung der Türkei, was auch ein Grund für die Auslieferung des Landes an die AKP war. Nur ein demokratischer Block kann die Türkei vor dem Schuldensumpf retten und eine ökonomische und politische Stabilisierung gewährleisten. Die kurdische Seite wäre hierbei zur Übernahme einer aktiven Rolle bereit; wir müssen wie schon 1920 bei den Verhandlungen zur nationalen Befreiung der Türkei auch heute bei den Verhandlungen zur demokratischen Befreiung der Türkei unseren Platz einnehmen.

Die USA und Europa sind zum Angriff übergegangen. Die Völker des Mittleren Ostens sind in einer derart bemitleidenswerten Lage, dass sie nicht einmal zu einem Bündnis fähig sind. Deshalb müssen sich in der Türkei alle demokratischen und patriotischen Kräfte zu einem demokratischen Bündnis zusammenschließen, da sonst die AKP ihren Platz einnehmen wird.

Sollte die AKP nicht der Demokratie dienen, werden wir ihr gegenüber in schärfster Opposition treten. Wenn sie nicht schleunigst zu einer demokratischen Praxis finden sollte, werden wir eine Situation erleben, wie sie Anfang des letzten Jahrhunderts zum Zerfall des Osmanischen Reichs führte. Das ist eine objektive Feststellung. So, wie im Irak die Grundlage für einen kurdischen Staat vorhanden ist – und dieser Schritt wird kommen – werden sich auch die Verhältnisse in Nord-Kurdistan ändern. Das wird sich wiederum massiv auf die Türkei auswirken. Wenn das also als gefährlich angesehen wird, wie könnte dem vorgebeugt werden? Mit einer türkisch-kurdischen freiheitlichen Gemeinschaft, mit demokratischen Verhandlungen. Wenn in der Türkei die demokratische, freiheitliche Einheit verwirklicht wird, macht das den Weg frei für ähnliche Lösungen in allen Gebieten. Die kurdische Frage wird so ohne Separation gelöst werden. Dies bedeutet letztendlich einen Kompromiss für die demokratische Befreiung. Deshalb muss von Leugnung und Vernichtung der kurdischen Existenz Abstand genommen werden.

NEUERSCHEINUNG!!!



Abdullah Öcalan

Gilgameschs Erben

Von Sumer zur demokratischen Zivilisation

Band II

Paperback / 363 Seiten
19,80 €

Aus dem Türkischen von Oliver Kontny und John Tobisch-Haupt

Atlantik Verlag

In jedem gut sortierten Buchhandel oder direkt bei Atlantik
www.atlantik-verlag.de
atlantik@brainlift.de zu bestellen

Aus der Ankündigung des Atlantik-Verlages:

Nach dem Irak-Krieg steht Kurdistan im Zentrum der Neuordnung des Mittleren Ostens.

Der in der Türkei inhaftierte ehemalige Vorsitzende der inzwischen aufgelösten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan, legt mit seiner Streitschrift ein geschichtsphilosophisches und zivilisationskritisches Werk vor.

Um die Frage beantworten zu können, warum das kurdische Volk zu allen Zeiten zum Spielball wechselnder Mächte im Mittleren Osten gemacht wurde, geht er zurück bis in die Anfänge der menschlichen Zivilisation. Der unausweichlich erscheinenden Polarisierung zwischen neoliberaler Globalisierung und rückwärts gewandten Ideologien setzt er die Perspektive einer grenzübergreifenden kulturellen Renaissance des Mittleren Ostens entgegen. Als Alternative zu dem offen proklamierten »Kampf der Kulturen« entwickelt Öcalan die Vision einer Synthese der Zivilisationen, die nur von der Basis der Völker und Gesellschaften her wachsen kann.

Herausgegeben von:

Internationale Initiative
"Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"
Pf.: 100511, D-50445 Köln
Tel: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 139 30 71
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
Url: www.freedom-for-ocalan.com

Ich habe in Europa und in Südkurdistan gegen das primitive Nationalismusverständnis gekämpft, das hat mich nach Imrali gebracht. Ebenso meine Idee der freien Einheit und der Geschwisterlichkeit der Völker, d. h., weil ich die Existenz des Imperialismus und die Basis, auf die er sich stützt, geschwächt habe. Griechenland hat mich an die USA ausgeliefert, Israel hat geholfen. Dieser Plan wurde gegen die Türkei durchgeführt, sie war es nicht, die mich hierher gebracht hat. Ich lasse diesen Plan ins Leere laufen.

Deshalb ist meine Gesundheit von Bedeutung. Damit zu spielen schadet auch dem türkischen Volk. Die Türkei wird keinen Gewinn daraus ziehen, wenn meinen Gesundheitsproblemen nicht vorgebeugt wird und meine politische und rechtliche Isolation anhält.

Jeden Tag höre ich aus dem Radio: „Liefert mir den KADEK aus.“ Diese Bestrebung der Türkei ist sehr gefährlich, der eigentliche Grund für ihr Sèvres-Syndrom. Der KADEK sollte nicht zum Feind gemacht werden und nach einer vierjährigen Phase nicht erneut gegen die Türkei antreten müssen, sondern im Rahmen des demokratischen Verständnisses und eines gerechten Friedens zum Kommen eingeladen werden. Es ist an der Zeit, einen achtzigjährigen Fehler zu korrigieren. Im Falle eines solchen Appells wird sich der KADEK an der demokratisch-politischen Einheit beteiligen, wenn nicht, bin ich der Erste, der interveniert. Aber eine Auffassung, wonach Vorstand und Mitglieder getrennt behandelt, der Kopf abgerissen und der Körper zerstückelt werden soll, ist grausam und zeugt von fehlendem Demokratieverständnis. Ich bin gegen diese Haltung. Wird davon kein Abstand genommen und der gegenwärtigen Politik kein Einhalt geboten, wird der KADEK seine Linie umsetzen. Geht die Türkei mit den USA gegen die Guerilla vor, wird diese sich in der gesamten Türkei ausbreiten. Nicht nur in den Bergen und in den Dörfern, sondern auch in den Städten, überall, wo sie hingelangt, wird sich die Guerilla festsetzen. Ich bin dann nicht dafür verantwortlich, denn ich habe akzeptable Vorschläge unterbreitet und zur rechten Zeit gewarnt. Der KADEK wird viel

stärker als je zuvor Widerstand leisten, um seine Existenz zu sichern, um nicht liquidiert zu werden und um seine Würde zu schützen.

Der Grund für meine resolutionsartige Erklärung ist, meine Haltung gegenüber der heutigen Phase darzulegen. Wie bekannt, wurde meine Besuchszeit von anfänglich zwei Stunden auf eine Stunde pro Woche reduziert und später auf eine Stunde alle 14 Tage. Ende des letzten Jahres wurde mein Besuchsrecht für 3 Monate unterbrochen. Von Beginn an halten diese Einschränkungen und die Isolation an. Diese zu akzeptieren war von Anfang an nicht richtig, aber wir taten es für den Frieden und haben sie somit nicht problematisiert.

Meine Isolationssituation widerspricht auch den Vorschriften, besagen die Berichte des Europäischen Anti-Folter-Komitees (CPT). Ich hatte schon erklärt, dass die USA und die Türkei sich über ein Bündnis gegen mich verständigt haben, an dem in gewisser Weise auch Europarat und IWF beteiligt sind. Wegen dieser gegen mich gerichteten Politik komme ich zu dem Schluss, dass ich meine Auffassungen zwangsläufig klar darlegen muss. An meiner bisherigen Haltung festzuhalten würde nur der demokratischen Phase, die wir zu entwickeln versuchen, und dem kurdischen Volk schaden und der Preis wäre sehr hoch. Meine Situation ähnelt der Arafats, der erklärte: „Meine Ausweisung bedeutet die Ausweisung des palästinensischen Volkes. Wenn es mich auch das Leben kostet, werde ich wie jeder Palästinenser Widerstand leisten.“

Die Isolation gegen mich ist in erster Linie eine Isolation gegen das kurdische Volk, das türkische Volk und seine demokratischen Kräfte, gleichzeitig gegen alle Gefangenen. Die gegen meine Person gerichtete Politik stellt auch die Verweigerung jeglicher politischer und juristischer Möglichkeiten dar. Die Regierung ist hierfür verantwortlich und alle im In- und Ausland, die die AKP an die Regierung gebracht haben, sind – wissentlich oder unwissentlich – mitverantwortlich für die angewandte Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk in meiner Person.

Ich habe im Vorfeld in einem Brief die Aufmerksamkeit des damaligen Ministerpräsidenten Abdullah Gül auf die Veränderung des Status quo und einen raschen Übergang zu einer friedlichen Atmosphäre gelenkt. Darin habe ich unterstrichen, dass der seit annähernd fünf Jahren anhaltende einseitige Waffenstillstand unbedingt genutzt werden sollte. Ich habe verantwortlich gehandelt und die Guerilla nach außerhalb der türkischen Grenzen verlegt, für den Frieden und für die Entwicklung eines demokratischen Systems in der Türkei. „Ihr habt wenig Erfahrungen, ihr seid neu, euer Geschichtswissen mag unzureichend sein, aber ihr solltet wissen, dass das Hauptproblem der Türkei die Demokratisierung ist“, habe ich geschrieben. Wir waren selbstlos, wir haben verschiedene Opfer gebracht, wir haben eine konstruktive Haltung gezeigt, wir haben für eine friedliche demokratische Lösung genügend Zeit eingeräumt und waren geduldig. Aber mit keinem Schritt wurden diese Bemühungen honoriert. Daher haben wir gesagt, dass unter diesen Umständen der einseitige Waffenstillstand nicht weiter aufrechterhalten werden kann. Wir haben sie daran erinnert, dass unsere Haltung ihnen zur Macht verholfen hat. Diesen Brief hatte ich am 30. November 2002 geschrieben. Sie haben bislang nicht darauf geantwortet. Es ist anzunehmen, dass sie es gegenwärtig genießen, sich problemlos an der Macht zu halten. Deshalb zeigen sie sich gegenüber den Hauptproblemen der Türkei äußerst verantwortungslos.

Anstelle von Abdullah Gül wurde Erdogan Ministerpräsident. Während eines Staatsbesuchs in Moskau wurde er von einem unserer Sympathisanten auf die kurdische Frage angesprochen. Erdogan antwortete: „Wenn Sie nicht daran denken, haben Sie auch kein solches Problem. Meine Frau ist ebenfalls aus Siirt [eine kurdische Stadt].“ Er hat die kurdische Frage und die großen Probleme des türkischen Volkes mit Mann-Frau-Beziehungen gleichgestellt und mit billigen islamischen Brüderlichkeitsprüchen abgewehrt.

Der Kernpunkt des Demokratisierungsproblems der Türkei ist die kurdische Frage. Nicht nur die Kurd(inn)en,

auch die Angestellten und die Arbeiter/innen haben ernste Probleme, ebenso wie das Alevitentum, die Universitäten und das Rechtssystem. All diese Probleme sind mit der Demokratisierung lösbar. Die AKP legt ihren Schwerpunkt auf die Wirtschaft und denkt erfolgreich zu sein, wenn die Schulden gezahlt werden. Auch der IWF und die internationalen Kräfte erklären die Türkei in diesem Sinne für erfolgreich. Dem habe ich nicht zu widersprechen, aber ich weiß nicht, welches ökonomische Bild sich bietet, wenn aufgrund verweigerter Schritte in der kurdischen Frage eine Phase der Spannung eintritt.

Erfolg heißt für mich, wenn in der Türkei ein demokratischer Mechanismus mitsamt seinen Institutionen und Organisationen geschaffen ist. Die Annäherungsweise und die Praxis der Regierung sind vorübergehenden Charakters, um bei der EU Eindruck zu schinden. Die Anpassungsgesetze dienen zur Rettung der gegenwärtigen Situation und um Zeit zu gewinnen. Auch wenn einige zur Rede stehende Direkti-

ven veröffentlicht werden, haben sie doch keinerlei Bedeutung. Nicht einmal Schulen sind zugelassen. Es ist wie eine Beleidigung des kurdischen Volkes.

Das Kurdische hat mindestens ebenso viel Recht gelernt zu werden wie das Türkische. Das Türkische kann – auch wenn es nicht die Muttersprache ist – gelehrt werden, dagegen haben wir keine Einwände. Weiterhin gibt es noch immer kein Recht auf kurdisches Fernsehen und Radio. Es ist die Rede davon, im Fernsehen zu bestimmten Zeiten Sendungen mit Untertiteln zu senden, aber jede Minute davon einer strengen Kontrolle zu unterwerfen. Außer Musik und Nachrichten soll nichts ausgestrahlt werden. Das ist kein Recht auf Fernsehen und Radio. Eine solche Haltung ist beleidigend; unmöglich, sie als einen Schritt nach vorn verkaufen zu können. Erkennt die Europäische Union dies als einen solchen an, verspottet sie die Kurd(inn)en ebenfalls. Eine solche Medienpolitik hat nichts mit Freiheit zu tun und ist inakzeptabel.

Gegen Besucher eines Festivals [Redner/innen und Sänger eines kurdischen Kulturfestivals am 13.09.2003 in Gelsenkirchen] wurde bei ihrer Rückkehr [in die Türkei] ein Verfahren eröffnet. Die Haltung gegen ein Festival, auf dem sogar türkische Lieder gesungen wurden, offenbart das Demokratieverständnis. Es ist ein klares Eingeständnis der Unduldsamkeit gegenüber dem kurdischen Volk. Auch gegenüber den Universitäten, in den Gesetzen des YÖK („Komitee des Hohen Bildungswesens“), zeigen sich ähnliche Probleme. Die Unzulänglichkeiten des Rechtssystems sind ebenfalls offensichtlich und die Verantwortlichen des Rechtssystems, wie die Richter, bringen das auch jedes Jahr zur Sprache. Mit jedem Tag wird deutlicher, dass eine freiheitliche Annäherungsweise nicht besteht. Die aus einem Mangel an demokratischen, kulturellen und Menschenrechten resultierenden Probleme der Kurd(inn)en liegen auf der Hand und sind bislang ungelöst, werden nicht einmal anerkannt.

International Initiative Briefings:

Seit 6 Wochen keine Nachricht von Öcalan - Öcalan-Anwältin kritisiert die passive Haltung Europas

Schon 6 Wochen dauert die Protestaktion Abdullah Öcalans gegen seine schweren Isolationshaftbedingungen an. Dieser hatte bis auf weiteres die Besuche seiner Anwälte ausgesetzt, bis eine merkliche Verbesserung seiner Haftbedingungen einträte.

So ist der Gesundheitszustand des Kurdenführers durch die fünfjährige Isolationshaft stark geschädigt. In wiederholten Appellen an das Anti-Folter-Komitee des Europarates (CPT) forderten die Öcalan-Anwältin eine erneute Untersuchung der Haftbedingungen ihres Mandanten und die Entsendung einer internationalen unabhängigen Ärztkommission. Diese blieben jedoch bisher ungehört.

In einem Gespräch mit der pro-kurdischen Nachrichtenagentur MHA kritisierte die Öcalananwältin Aysel Tugluk die passive Haltung des Komitees. Trotz mehrmaliger Gespräche und langer Briefwechsel sei bisher nichts geschehen. Vielmehr würde sich das Anti-Folter-Komitee ausschließlich auf eine beobachtende Rolle beschränken.

Indes sorgt die oben genannte Situation Öcalans für Spannungen innerhalb der kurdischen Bevölkerung der Türkei. Häufig kommt es bei Protestaktionen zu Zusammenstößen mit den türkischen Sicherheitskräften. Erst am vergangenen Wochenende versammelten sich in der ost-türkischen Stadt Van 15.000 Kurden, um gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans zu protestieren. Eine Eskalation der Situation wird nicht ausgeschlossen, da am 1. Dezember 2003 der einseitig verkündete Waffenstillstand der kurdischen Rebellen definitiv endet.

06. November 2003

weitere Informationen:

Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan"

PF: 100511, D-50445 Koeln

Tel: 0221 130 15 59 Fax: 0221 139 30 71

E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com

Url: www.freedom-for-ocalan.com Köln

Den Kurdinnen und Kurden hilft weder türkischer Chauvinismus noch kurdischer Nationalismus. Das Vergehen des türkischen gegenüber dem kurdischen Nationalismus wurde veröffentlicht, aber das spielt keine Rolle. Wir [die PKK] sind als Produkt solcher Phasen und der negativen Annäherungen des Staates entstanden. Vielleicht haben wir uns vor dem Jahr 2000 nicht vollständig von nationalistischen Tendenzen befreit, inzwischen haben wir uns völlig gewandelt. Ich habe versucht, die demokratische Umwandlung der PKK zu realisieren; diese erfolgte mit dem KADEK. Mit aller Offenheit hat der KADEK sich der demokratischen Lösung angepasst – ohne in Separatismus und Gewalt zu verfallen. Der KADEK wird sich ohnehin bald auflösen und die demokratische Umwandlungsphase noch weiter vorantreiben. Sie wird sich mit dem Kurdischen Volkskongress (KKG) entwickeln, der neuen demokratischen Vision, ein bedeutender Fortschritt bei der demokratischen Lösung und bei der Umwandlung des Mittleren Ostens. Sowohl das kurdische Volk als auch all seine Gesprächspartner/innen müssen sich der demokratischen Tendenz des KKG sorgfältig annähern und sie richtig bewerten.

Der KKG wird seinen demokratischen Kampf innerhalb einer demokratischen Struktur fortführen. Ich will, dass ihm alle Kurdinnen und Kurden ihr Ohr schenken. Meine Wahl ist das Zusammenleben mit dem türkischen Volk; die demokratische Einheit ist in der Türkei das Richtige. Wenn diese sich nicht entwickelt, werden die Kurd(inn)en allein mit ihrem Widerstand ihre demokratische Befreiung erringen und wissen, wie sie ihr Schicksal selbst bestimmen und gewinnen.

Meine Anwältinnen und Anwälte sind meine juristischen und politischen Vertreter/innen. Sie sollten in den Medien meine Ansichten dem türkischen Volk vermitteln. Sie sollten meine Gedanken während der Imrali-Phase darlegen und erläutern können, dass ihr Mandant für den Frieden ist. Er will nicht nur die Lösung der kurdischen Frage, sondern auch die wirtschaftliche und politische Stabilität der Türkei. Das Einzige, woran er denkt, ist die Einheit und Gesamtheit



Für die Freiheit von Öcalan

Foto: DIHA

der Türkei, dem dient die Lösung der kurdischen Frage. Die Medien sollten der Türkei ihre Dienste leisten, indem sie meinen Anwalt(inn)en die Möglichkeit einräumen, meine Gedanken detailliert darzulegen. Werden die Probleme nicht gelöst, bleiben nur noch zwei Monate bis zum Ausbruch des Guerillakrieges. Wir haben eigentlich im September einen Schritt erwartet, aber dieser blieb aus. Ein Monat ist nun so vergangen. Das kurdische Volk möchte die demokratische Lösung erreichen, die es mit der Kampagne „Demokratische Lösung für den Frieden“ entwickelt. Wenn keine Schritte in Richtung einer Lösung unternommen werden, wird zwangsläufig ein harter Guerillakrieg beginnen, dieses Mal langjährig und zerstörerisch.

Die USA werden nicht wie angenommen gegen die Guerilla vorgehen können, da bin ich mir sicher, auch der Iran und Syrien nicht. Ich bin derjenige, der diese Bewegung am besten kennt. Sie wird unter allen Bedingungen Widerstand leisten, USA, Iran und Syrien werden ihr nichts anhaben können. Die Kriegsstrategie der Guerilla wird keine erfolgreichen Angriffe auf sie zulassen,

im Gegenteil, die Angreifer werden mit Schwierigkeiten konfrontiert sein und außer neuen Problemen nichts erreichen. Sie werden vielleicht Kriegsverletzte und Kranke an die Türkei ausliefern, das ist aber auch alles.

Ich klage die Regierung vor dem Volk an. Gegenüber meinen fünfjährigen Bemühungen für den Frieden wurde die Isolation noch weiter verschärft. Die Besuchszeiten wurden auf eine Stunde alle 2 Wochen reduziert, meine Gesundheitsprobleme halten an. Die Haftbedingungen in Imrali sind auf die Zerstörung meiner Person ausgerichtet. Eine klare Absage an die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik ist notwendig, ansonsten wird der Übergang zur Kriegsphase sehr rasch verlaufen. Wenn keine Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternommen werden und meine Situation ungelöst bleibt, werden militärische Auseinandersetzungen unumgänglich. Die Türkei wird eine solche Entwicklung nicht tragen können. Sie wird zur Verschärfung der Probleme und zum Verlust von 10, ja sogar von 100 Jahren führen.

Das türkische Volk sollte die Regierung dazu aufrufen, mit ihrer bisherigen Verantwortungslosigkeit und mangelnden Ernsthaftigkeit Schluss zu machen, denn es wird den größten Schaden durch einen Krieg davontragen. Die Freiheit des kurdischen Volkes wird in keiner Weise dem türkischen Volk schaden, sie werden gemeinsam an Stärke gewinnen. Das war in der Geschichte immer so. Ein in dieser Zeit erreichbares türkisch-kurdisches Bündnis wird als eigentliche Strategie für die Türkei der ganzen Bevölkerung nutzen. Das wird ihr gegenüber durch den gedankenlosen türkischen Nationalismus und die kurdische Feindschaft verheimlicht. Die Türkei ist an einem Scheideweg angelangt. Entweder wird sie die kurdische Frage auf demokratischem Wege lösen und einen Aufschwung erleben oder die Probleme werden noch weiter vertieft werden und in allen Bereichen große Schwierigkeiten bereiten. Die Zeit ist knapp. Deshalb müssen mit dem kurdischen Volk zusammen demokratische Aktivitäten entwickelt und ein Krieg verhindert werden. Die Freiheit des kurdischen Volkes ist die Freiheit aller, die

ökonomische Befreiung hängt von der Anerkennung der akzeptablen Rechte des kurdischen Volkes ab. Die zum Frieden ausgestreckte Hand des kurdischen Volkes muss ergriffen und mit ihm zusammen in Geschwisterlichkeit die Türkei zu einer gemeinsamen Heimat gemacht werden. Es ist möglich, mit dem demokratischen Kampf diese schöne Türkei zu erschaffen. Es sollte keine Zweifel geben, wir sind bereit zu zeigen, dass wir die wahren Patriot(inn)en der Türkei sind. Auch das kurdische Volk hat gegenüber dem türkischen bislang keinerlei Feindschaft entwickelt, wir haben das nicht zugelassen, auch in den Zeiten des Krieges nicht. Es ist unser Recht zu erwarten, dass diese unsere Haltung mit Verständnis aufgenommen und respektiert wird. Aus diesem Grunde erwarten wir vom türkischen Volk und seinen demokratischen Kräften, sich gemeinsam mit dem kurdischen Volk an der demokratischen Lösungskampagne zu beteiligen und sie zu unterstützen.

Alle Gewerkschaften, zivilen Gesellschaftsorganisationen und demokratischen Kräfte sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag zur Lösung des Hauptproblems der Türkei, der kurdischen Frage, leisten. Der Fahrplan der bevorstehenden zwei Monate sollte daran ausgerichtet werden. Die Ausweglosigkeit der kurdischen Frage setzt den Irak und die wirtschaftlichen Probleme auf die Tagesordnung, die fremdbestimmt bleiben und die Türkei immer hinterherlaufen lassen wird, solange diese die kurdische Frage nicht löst. Unsere akzeptablen Lösungsvorschläge sind als richtige und gültige Antwort auf die Forderung nach einer demokratischen Türkei und auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verstehen. Auf dieser Grundlage erwarten wir, dass die Kampagne des kurdischen Volkes „Demokratische Lösung für den Frieden“ sowie die Bemühungen, den Krieg zu verhindern, gestärkt und unterstützt werden. Die Verantwortung, den Krieg zu verhindern, müsste am ehesten die türkische Bevölkerung übernehmen. Wir denken, dass mit einer solchen Haltung und Anstrengung das kurdische Volk von Kriegs- oder ähnlichen Optionen abgehalten werden kann.

Auf dieser Grundlage meine Vorschläge an das kurdische Volk: Ihr müsst im Rahmen eurer Kampagne „Demokratische Lösung für den Frieden“ euer demokratisches Anliegen wirksam darlegen. Ihr solltet eure demokratischen Reaktionen zeigen, die aus den fehlenden universellen Rechten auf Sprache, Kultur und Identität sowie den fehlenden Menschenrechten resultieren. Die auf drei Etappen angelegte Roadmap des KADEK kann nur mit eurer wirksamen demokratischen Mitwirkung umgesetzt werden.

Im Folgenden lege ich die 10 Punkte meiner Lösungsvorschläge, welche ich mehrfach der Öffentlichkeit präsentiert habe, in erster Linie den Vertreter(inn)en des Staates, den demokratischen Kräften der Türkei und euch erneut vor. Diese 10 Punkte ergänze ich durch die Forderung nach Aufhebung des in Imrali errichteten Systems, das für meine Person die Isolation und darüber hinaus den Zerfall des kurdischen Volkes bedeutet.

1 - Diese Isolation ist inakzeptabel. Das gegen mich angewandte und meinen Verfall bezweckende Imrali-System muss beendet werden. Unabhängig davon, wo ich gefangen gehalten werde, muss eine Besuchszeit von mindestens 2 Stunden in der Woche gewährleistet werden. Der Briefverkehr darf in keiner Weise eingeschränkt werden. Es muss gewährleistet werden, dass ich uneingeschränkt schreiben und meine Schriften veröffentlichen kann. Auch sollen keine Einschränkungen bei den mir zukommenden Publikationen vorgenommen werden.

2 - Die kurdische Frage muss als Hauptfaktor der Demokratisierung behandelt werden. Die kurdische Identität sollte in den Gesetzen und in der Verfassung garantiert und die kurdische Bevölkerung als Staatsbürger/innen der Republik angesehen werden, die einen laizistischen, demokratischen und sozial-rechtlichen Staat darstellt.

3 - Sprache und Kultur sollten rechtlich garantiert werden. Es darf keinerlei Einschränkung der Radio-, Fernseh- und Pressefreiheit geben. Wie türkischsprachige

Radio- und Fernsehsendungen sollten auch kurdische und Sendungen in anderen Sprachen an dieselben gesetzlichen Bestimmungen gebunden sein. Für die kulturellen Tätigkeiten muss dasselbe rechtliche Procedere in Gang gesetzt werden.

4 - In der schulischen Grundbildung sollte Kurdisch als Bildungssprache anerkannt werden. Alle, die wollen, sollten die Möglichkeit haben, ihre Kinder in solchen Schulen unterrichten zu lassen. In den Gymnasien sollten kurdische Kultur, Sprache und Literatur in das Unterrichtsprogramm aufgenommen werden. Diese können als Wahlfächer angeboten werden. An den Hochschulen sollten Seminare/Institute für kurdische Sprache, Literatur, Kultur und Geschichte eingerichtet werden.

5 - Alle Behinderungen der Gedanken- und Organisationsfreiheit müssen beseitigt und jegliche freie politische Betätigung vollständig gewährleistet werden.

6 - Das Parteien- und Wahlgesetz sollte demokratisiert werden. Die Beteiligung des kurdischen Volkes und aller demokratischen Kräfte an der demokratischen Politik muss gewährleistet sein.

7 - Ein demokratisches Gesetz über die regionale Verwaltung sollte verabschiedet und somit die Demokratie gestärkt werden.

8 - Das Dorfschützersystem sowie alle rechtswidrigen Banden innerhalb des Staates sind unverzüglich aufzulösen.

9 - Die Rückkehr der Dorfbevölkerung, die während des Krieges unter Zwang vertrieben wurde, muss gewährleistet werden. Hierfür sind die notwendigen Vorkehrungen in Verwaltung und Gesetzgebung sowie auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu treffen. Des Weiteren sollte eine wirtschaftliche Aufbauoffensive begonnen werden mit wirtschaftsbelebenden und die Ökonomie des kurdischen Volkes fördernden Maßnahmen.

10 - Ein Gesetz über gesellschaftlichen Frieden und Demokratiebeteiligung

sollte verabschiedet werden, das den Guerillaangehörigen, den in den Gefängnissen Inhaftierten und allen, die gezwungen waren, ins Ausland zu fliehen, die uneingeschränkte Beteiligung am demokratischen politischen Leben ermöglicht.

11 - Werden keine Schritte zur Demokratisierung der Türkei und zur Lösung der kurdischen Frage unternommen, sollte die legitime Selbstverteidigung des kurdischen Volkes zur Erlangung seiner Rechte und Freiheiten als universelles Recht anerkannt und als Mittel gegen Verleugnung und Vernichtung genutzt werden. Dieses Recht sollte gegen alle, die mit Vernichtungsabsichten gegen den Freiheitskampf vorgehen – seien es Iran, Syrien, die USA oder ein anderer Staat – angewandt werden.

Dies sind die natürlichen und hauptsächlichlichen Rechte des kurdischen Volkes, für die es seit 30 Jahren gekämpft hat und auch in Zukunft kämpfen wird. Sie können von niemandem, von keiner Kraft, verweigert oder als unwichtig betrachtet werden.

Die Regierung muss die Rechte der Kurdinnen und Kurden sehr ernst nehmen. Wenn sie dies nicht tut und keine Lösung entwickelt, werden diese ihre demokratischen Rechte im Rahmen des in der Verfassung eingeräumten Widerstandsrechtes nutzen. Andernfalls wird keine Kurdin und kein Kurde von sich als würdigem Menschen sprechen können. Sie müssen mit Hilfe dieses Widerstandsrechtes der Regierung ihre Identitäts- und kulturellen Rechte mit wirklichen Massenaktionen abringen und sichern. Die Türkei ist am Scheideweg angelangt und die politische Lage hat sich verändert. Aus diesem Grunde müssen die alten Aktionsformen überwunden und in neuer Qualität der Wille des kurdischen Volkes durchgesetzt werden.

Ab heute werde ich nicht mehr zu den Besuchszeiten erscheinen. Der Europarat sollte zu diesem Thema aktiviert werden. Wenn der Justizminister das Recht und die Menschenrechte achtet, muss er sofort die Isolation aufheben und die Haftbedingungen verbessern. Das Anti-Folter-Komitee (CPT) sollte

all seinen Prinzipien nachkommen. Die Fortführung der Besuchsgespräche ohne die oben benannten Verbesserungen würde die Akzeptanz der Vernichtungs- und Verleugnungspolitik bedeuten. Wenn der Frieden entwickelt, der Lösungsweg beschritten und die Isolation aufgehoben werden, können die AnwaltInnen erneut kommen. Ohne diese Veränderungen die Gespräche fortzuführen würde bedeuten, der demokratischen Kampfphase zu schaden. Auch wenn ich sterben sollte, ist dies meine Haltung. Das Treffen mit den Anwalt(inn)en unter diesen Bedingungen hat keinen Wert für das Erreichen von Frieden und Demokratie. Noch gewichtiger ist, dass dieser Zustand die Entwicklung der demokratischen Lösungsphase erschwert.

Wird ein Abkommen getroffen, können die AnwaltInnen kommen. Ich werde hier ausharren, ich kann es ertragen, habe mich sowieso daran gewöhnt. Passiert es nicht, ist es auch nicht von Bedeutung. Der KADEK und die Kurd(inn)en sollen ihren Kampf richtig und wirksam führen und ihre Rechte zu erreichen wissen und mich nicht mit allem belasten. Die Demokratie- und Friedensphase erlaubt die Fortführung der Gespräche in der gewohnten Form nicht. Es würde die aktuelle Situation als Normalzustand legitimieren. Deshalb ist die Einstellung der Gespräche richtig und wird sich positiv auswirken. Für die Demokratie und den Frieden ist die derzeitige Haltung nötig. Es ist kein Aufruf zum Aufstand und auch keine Kriegser-

klärung. Meine Lage macht dies auch nicht möglich. Die Entscheidung über Frieden oder Krieg soll das kurdische Volk treffen, weder der Staat noch der KADEK sollten mich in dieser Sache zwingen.

Mein Gesundheitszustand hängt nicht vom hiesigen Personal und den Verantwortlichen ab. Sie haben keinerlei Einfluss. Ich will mich auch nicht beklagen. Mein Problem ist das Imrali-System. Zum Schluss: Die Entwicklung hat aus kurdischer Sicht eine kritische Phase erreicht. Es ist eine lebenswichtige Notwendigkeit, dass das Volk seinen Willen so energisch wie möglich äußert, um diese Phase zum eigenen Vorteil zu entwickeln und eine demokratische Lösung zu erzielen. Das kurdische Volk hat mit den Volksaufständen der Vergangenheit eine große Kampferfahrung gewonnen. Mein fester Glaube ist, dass es mit einer erneuten demokratischen Offensive Freiheit und Demokratie erlangen wird. Auf dieser Grundlage rufe ich das kurdische Volk dazu auf, sich für Demokratie und Freiheit zu erheben und die Türkei zu demokratisieren und Kurdistan zu befreien. Ich grüße im Vorfeld alle, die sich an der Kampagne „Demokratische Lösung für den Frieden“ beteiligen und wünsche viel Erfolg. ♦

(Die Erklärung wurde redaktionell überarbeitet und stark gekürzt.)



“Es gibt kein Leben ohne den Vorsitzenden”

Foto: DIHA

DEHAP, Demokratik Halk Partisi - Demokratische Volkspartei

Die DEHAP steht auf der Seite der demokratischen Lösung

Von Fayik Yagizay, DEHAP-Europasprecher

Die Demokratische Volkspartei (DEHAP) wurde 1997 in der Türkei legal gegründet und tritt u. a. für Frieden, Freiheit, Gleichberechtigung, Pluralismus, Beteiligung, gesellschaftliche Veränderung und Erneuerung ein. Die DEHAP nimmt die Demokratie wahr und ist eine Volkspartei. Sie ist der Überzeugung, dass die ethnische und kulturelle Herkunft und die religiöse Überzeugung als Reichtum des Volkes zu begreifen sind. In der Türkei, im Mittleren Osten und allgemein weltweit sind friedliche, demokratische Lösungen auf der Ebene des Dialogs anzustreben. Die DEHAP geht davon aus, dass den auf der Welt existierenden unlöslichen Problemen und der fehlenden Meinungsfreiheit unterdrückerische und antidemokratische Systeme zugrunde liegen.

Eines der Probleme der Türkei ist die kurdische Frage. Die DEHAP glaubt an ihre notwendige politische, demokratische und friedliche Lösung mithilfe des Dialogs und innerhalb der türkischen Grenzen. Die DEHAP steht auf der Seite jener Türkei, die innerhalb der Türkei das Kurdistanproblem löst und mit der kurdischen Bevölkerung und den Staaten ihrer Nachbarschaft in Frieden lebt. Die DEHAP würde die Türkei bei ihren Bemühungen um Aufnahme in die Europäische Union unterstützen, wenn die türkische Regierung Veränderungen und Erneuerungen gemäß den Kopenhagener Kriterien durchführen würde.

Die DEHAP hat 1999 die Teilnahme als Kandidatin bei der Parlamentswahl in der Türkei erreicht und somit nicht mehr die HADEP unterstützt. Bei der Wahl am 3. November 2000 hat sie 2 Millionen Stimmen erhalten, d. h.

6,22 %, und in 13 Städten den ersten Platz erzielt (nur in kurdischen Städten, da sie sich als einzige Partei für die Lösung des kurdischen Problems in der Türkei einsetzt). Trotz des Gewinns von 54 Sitzen hat sie die allgemeine 10 %-Hürde der Türkei nicht erreicht, deshalb konnte sie keine Abgeordneten in das türkische Parlament entsenden. Mit der Teilnahme von 500.000 Menschen am kurdischen Newroz-Fest wurden Wahlkampf und Wahlergebnisse gefeiert. Nach dem Verbot der Demokratischen Partei des Volkes (HADEP) durch den Obersten Gerichtshof wechselten 36 HADEP-Bürgermeister zusammen zur DEHAP. Die Organisation und die Arbeiten der HADEP waren zum überwiegenden Teil von Freiwilligen ausgeführt worden. Beim Internationalen Sozialforum war die HADEP zu ihrer Zeit Beobachterin gewesen, und beim letzten Kongress des Internationalen Sozialforums wurde die DEHAP einstimmig zum Mitglied gewählt.

Die DEHAP stellt eine führende Kraft dar bei den demokratischen Aufgaben in der Türkei und bei der Mobilisierung ihrer Anhängerschaft. Aus diesem Grund wurde die DEHAP von der türkischen Regierung immer wieder bedroht und Repressionen ausgesetzt. Es hat keinen Tag gegeben, an dem die türkische Polizei keine Razzien in den Büros der DEHAP durchgeführt und Partei- oder Vorstandsmitglieder verhaftet hat. Zurzeit sind Hunderte DEHAP-Angehörige wegen ihrer legalen demokratischen Arbeit in türkischen Gefängnissen inhaftiert. Der frühere DEHAP-Präsident Mehmet Abbasoglu und der ehemalige Generalsekretär Nurettin Sönmez wurden wegen angeblicher Wahlkorruption verhaftet und ins



Adana: 20.000 demonstrieren für eine demokratische Lösung
Foto: DIHA

Gefängnis gesteckt. Die Arbeiten der DEHAP werden immer wieder durch die Türkei behindert.

Im Endeffekt spiegelt die Situation der DEHAP die realen Verhältnisse wider. Besonders für die Freiheit und Demokratie der unterdrückten Völker setzt sie sich ein und arbeitet an deren Verwirklichung. Mehr als 20 Millionen Kurdinnen und Kurden leben in der Türkei und werden von den anderen türkischen Parteien verleugnet, ihnen wird das Gefühl gegeben, als gebe es sie nicht. So ist die DEHAP die einzige Partei, die sich mit dieser Situation auseinandersetzt und gegen ihre Unterdrückung arbeitet. Eines der größten Probleme in der Türkei bildet die Kurdistanfrage. Wenn es nicht gelöst wird, bleibt der Türkei die Europäische Union versperrt und Frieden in den kurdischen Gebieten aus. Sollte diese Frage aber gelöst werden, könnte die Türkei in ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht zu den modernsten und entwickeltesten Staaten gehören. ♦

Die Kampagne für Frieden und eine demokratische Lösung

Serhildan für eine demokratische Lösung

Von Eva Erle

Seit Anfang Oktober häufen sich im türkischen Teil Kurdistans die großen und kleinen Demonstrationen und Kundgebungen, die friedlichen und einige militante Aktionen. Was zu anderen Zeiten Titelschlagzeilen europäischer Zeitungen wert gewesen wäre, hat zurzeit offensichtlich aus politischen Gründen keinen Nachrichtenwert - obwohl ein Schulboykott, Molotowcocktails und Straßenblockaden sonst immer eine Meldung wert sind. So entwickelt sich weitgehend unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit eine Volksaufstandsbewegung in Kurdistan.

Am 18. September meldete die Dicle-Nachrichtenagentur, dass der KADEK-Präsidialrat eine Kampagne ab dem 20. September unter dem Motto: "Frieden und demokratische Lösung" beginnen würde. Im Zentrum dieser Kampagne steht die Forderung nach Verlegung von Abdullah Öcalan an einen Ort mit besseren gesundheitlichen Bedingungen. Die ersten Reaktionen waren sehr unterschiedlich: so startete KON-KURD, die Föderation kurdischer Vereine in Europa unter einem ähnlichen Motto ("Demokratische Lösung für Frieden") eine eigene Kampagne, um die drohende Kriegsgefahr einzudämmen. Die türkischen Sicherheitskreise liessen etwa zur gleichen Zeit kurdische Politiker und einen Musiker, die am kurdischen Kulturfestival in Gelsenkirchen teilgenommen hatten, festnehmen, sicherlich kein Schritt in Richtung demokratische Lösung. Auf einer Kundgebung der Koordination "Nein zum Krieg" mit 5.000 Teilnehmern fand die Kampagne Zustimmung.

Der Kampagnenstart für die Türkei wurde für den ersten Oktober festgelegt. Bis zum 1. Dezember soll es jeden Mittwoch und Samstag öffentliche Aktionen geben und weiße Fahnen an Wohn- und Geschäftshäusern aufgehängt werden.

Der Auftakt

Kurz vorher wurde bekannt, dass Abdullah Öcalan die weiteren Kontakte zu seinen Angehörigen und Anwälten verweigert, solange sich an seinen Haftbedingungen nichts verbessert. Es gab kleinere Aktionen Anfang Oktober in Amed (Diyarbakir), Siirt, Mardin, und Urfa.

In der Nacht zum 8. Oktober wurden in Qoserê (Mardin) Flugblätter verteilt, und zwar von Mitgliedern der HPG, den Volksverteidigungskräften, also bewaffneten Einheiten. Die Flugblätter riefen zur Teilnahme an der Kampagne auf, niemand solle am 9. Oktober das Haus verlassen, die Kinder sollten nicht zur Schule gehen, die Läden geschlossen bleiben. Der 9. Oktober ist der Tag, an dem Abdullah Öcalan 1999 Syrien verließ und nach Europa ging. Die Flugblätter zeigten fast sofortige Wirkung: Am Mittag desselben Tages versammelten sich ca. 1000 Menschen zu Demonstrationen in Richtung AKP-Parteibüro; sie wurden von der Polizei mit Schlagstöcken angegriffen. Es gab mindestens fünf Festnahmen. Auch in



Demonstration in Izmir im Rahmen der Kampagne "Frieden und demokratische Lösung" Überall tauchen die Plakate auf: "Seine Gesundheit ist unsere Gesundheit..."

Foto: DIHA

Adana-Ceyhan und Mersin wurden 30 Menschen, Mitglieder der Demokratischen Volkspartei, DEHAP, und der Freiheitspartei, Özgür Partisi, festgenommen, als sie versuchten, eine Presseerklärung zur Lösung der kurdischen Frage auf friedlichem Wege und für eine Verbesserung der Haftbedingungen Öcalans abzugeben.

Die Demonstrationen und Aktionen zum 9. Oktober wurden häufig angegriffen. Es gab eine Ladenschlussaktion in mehreren Städten, eine Kundgebung in Adana mit 500 Teilnehmer(inne)n, die mit Tränengas durch die Polizei angegriffen wurde, Protestmärsche in Batman, Mardin, Diyarbakir und Siirt. Die Aktionen in den letzten beiden Städten wurden teilweise mit Panzerwagen angegriffen, und die Teilnehmer/innen setzten sich mit Steinen und Stöcken zur Wehr. In Istanbul gab es eine Kundgebung und zwei Verkehrssperren mithilfe von Molotow-Coctails, darunter litt auch eine 4-6-spurige Hauptstraße im Bereich Taksim-Platz.

Am gleichen Tag beschloss das türkische Parlament die Entsendung von Truppen in den Irak, die USA begrüßten das Engagement der Türkei, aber der irakische Regierungsrat und alle kurdischen Parteien sprachen sich dagegen aus.

Aktion und Reaktion

Auf welche Karte sie setzte, zeigte die türkische Armee in der dritten Woche der Kampagne. In der Region Dersim (Tunceli) begannen Militäreinheiten mit einer neuen Operation unter Beteiligung von so genannten "Abschwörern". Bei einem Angriff in Ovacik kamen vier Mitglieder des KADEK ums Leben. Der Angriff weitete sich auf die zivilgesellschaftliche Ebene aus: Wegen angeblicher Unterstützung wurden am 15. Oktober drei Personen, unter anderem der örtliche DEHAP-Kreisvorsitzende, festgenommen, wegen "Unterstützung und Hilfeleistung für Illegale". Bereits am 14. Oktober führten die Volksverteidigungskräfte HPG in einer anderen Region, in Hakkari/Semdinli einen Vergeltungsschlag auf einen Militärposten durch, der zehn Soldaten das Leben kostete.

Ebenfalls am 14. Oktober, während in der Provinzhauptstadt Mardin ein Verfahren gegen 405 Soldaten und Offiziere wegen Vergewaltigung einer Frau in den Jahren 1993 und 1994 stattfand, wurde das Dorf Kovali von Soldaten der türkischen Armee angegriffen. Dabei wurden zwei Personen schwer, drei weitere leicht verletzt. Auf der Fahrt ins Krankenhaus wurden sie und ihre Verwandten später massiv bedroht und geschlagen, damit sie nicht erzählen, woher die Verletzungen stammen. Einer der schwer Verletzten starb vier

die Operation der türkischen Streitkräfte in Amed und Umgebung nicht an. Augenzeugen zufolge soll die Operation, die am 13. Oktober in den Bergen von Bestaaman, Mahmûdan und Gorçin und im Zentrum von Çewlik begonnen hat und bis zum 22. Oktober andauerte, zu Ende gegangen sein.

Als die Einheiten der türkischen Armee sich in der Gegend von Piranê zurückzogen, gerieten sie nachts gegen 24 Uhr in ein Gefecht mit Kräften der Kaserne Singirak. Nach Augenzeugenberichten kamen dabei ein Soldat und



Izmir Oktober 2003

Foto: DIHA

Tage später. Die militärische Antwort der HPG folgte am 23. Oktober mit einem Angriff auf eine Polizeieinrichtung in Mardin. Zwei Polizisten, darunter der Chef, starben.

Zu Beginn von Militäroperationen in Dicle/Diyarbakir wurde ein bewaffneter Angriff gegen ein Kommandanturfahrzeug der Sicherheitsbehörden verübt. Daraufhin wurde das gesamte Stadtzentrum abgeriegelt, durchsucht und zeitweilig der Strom abgeschaltet.

Die Nervosität der türkischen Truppen spiegelt sich in der folgenden Meldung wider: "Soweit bekannt ist, dauert

ein Offizier ums Leben. Bei diesem Gefecht, das 45 Minuten dauerte, soll ein Helikopter abgestürzt sein."

Der Mittwoch der zweiten Kampagnenwoche war wieder von öffentlichen Aktionen geprägt, wie z. B. der Kundgebung von Frauen in Amed und einer zweiminütigen "Licht aus"-Aktion, bei der die Stadt kurzzeitig im Dunkel versank.

Zur gleichen Zeit befand das Staatssicherheitsgericht in Ankara am 8. Verhandlungstag des neu aufgerollten Verfahrens gegen die früheren DEP-Abge-

ordneten um Leyla Zana, dass eine Freilassung nicht in Frage käme. Eine Woche später lancierte die Europaausgabe der Hürriyet den Vorschlag, im Tausch für die Freiheit von Frau Zana den KADEK auf die Terrorliste der EU zu setzen, was von den Angeklagten mit der Bewertung beantwortet wurde, das sei ein weiterer Beweis, dass die Staatssicherheitsgerichte keine unabhängige Institution der Justiz, sondern eine politische Institution darstellen würden.

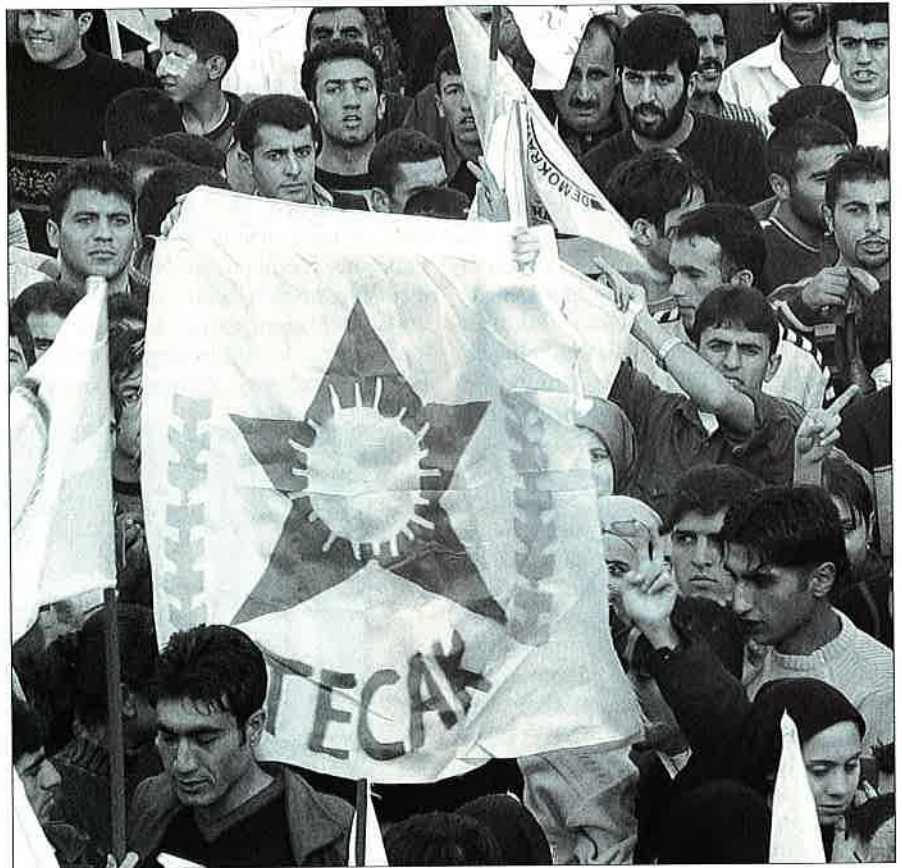
Am Samstag der zweiten Kampagnenwoche wurde eine Podiumsdiskussion der Frauenplattform Urfa von der Polizei gestürmt und die Teilnehmer/innen festgenommen.

Krieg und Frieden

Das könnte das Motto der dritten Woche der Kampagne gewesen sein. Krieg! war das Motto der Polizeieinheiten und der Armee. Wie in Zeiten des offiziell ausgerufenen Ausnahmezustandes wurden Lebensmitteltransporte in die Dörfer im Kreis Lice behindert. Es gab Angriffe auf die Mittwochskundgebung in Amed, wo nach Stürmung der Kundgebung auch das Büro der DEHAP durchsucht wurde, und in Siirt, wo 20 Frauen festgenommen und zehn Frauen verletzt wurden.

Frieden! hieß es von diesen Kundgebungen, aus Izmir, Batman, Van, Sirnak und nicht zuletzt Istanbul; dort kehrten die Friedensmütter zu ihrem bekannten Platz vor dem Galatasaray-Gymnasium zurück. Sie wollen diese Aktion zukünftig jeden Mittwoch durchführen. Auch das Wochenende dieser Woche war sehr bewegt: In einem Wohnviertel von Amed demonstrierten Kinder für das Leben Öcalans, im Zentrum waren Frauen auf der Straße, es gab Kundgebungen in Van, Nusaybin, Batman, Riha, Sirnak und Cizre. Die meisten Kundgebungen fanden in den Wohnvierteln statt, es wurden Parolen gerufen und teilweise Feuer entzündet.

Die Antwort auf die Kundgebungen lautete wieder Krieg! In Amed wurden gegen eine Kundgebung kurdischer Jugendlicher Tränengas und Schlagstöcke eingesetzt, es gab Auseinandersetzungen mit der Polizei in Istanbul, in Izmir und auch in Van, wobei acht Kin-



November 2003: Demonstration in Adana - die Fahne der Jugendorganisation

Foto: DIHA

der festgenommen wurden. Die Demonstrant(inn)en wehrten sich teilweise mit Molotow-Cocktails, wie in Izmir und in Antep.

Die gefährlichen Namen

In der vierten Woche der Kampagne war kein Einlenken der staatlichen Stellen zu erkennen: Auf einer öffentlichen Aktion in Amed, bei der 500 Menschen forderten, ihre Namen in kurdische Namen zu ändern, nahm die Polizei nach einem Schlagstockeinsatz fast 200 Menschen fest. Die Kundgebung der Friedensmütter vor dem Galatasaray-Gymnasium wurde nicht erlaubt und es gab dreizehn Festnahmen.

Einen Beitrag zum Frieden besonderer Art leisteten die acht Dorfschützer aus dem Kreis Siirt, die ihre Waffen abgaben als Beitrag für den Frieden.

Großkundgebung in Van

Das Ende der vierten Kampagnenwoche sah 15.000 Menschen auf einer Kundgebung der DEHAP-Jugend von Van. In mehreren Demonstrationen kamen die Teilnehmer/innen auf den Kundgebungsplatz. Sie forderten die Aufhebung der Isolation von Abdullah Öcalan, Frieden, Bildung in ihrer Muttersprache. In seiner Rede forderte der Vorsitzende der DEHAP Van die AKP auf, ihre Politik der Vernichtung und Verleugnung der Kurd(inn)en zu beenden. Als nach Ende der Kundgebung die Teilnehmer/innen in Richtung Stadtzentrum liefen, fuhr die Polizei mit Panzern auf. Im darauf folgenden Polizeieinsatz wurden viele Menschen verletzt.

Aktionen der Gefangenen

Seit Anfang Oktober befinden sich 170 Gefangene von PJA und KADEK

in den türkischen Gefängnissen in einem unbefristeten Hungerstreik. Sie treten damit für eine politische demokratische Lösung und für den Frieden ein. Zu Beginn der fünften Woche der Kampagne veröffentlichten nun im Namen aller insgesamt 5.000 PJA- und KADEK-Gefangenen Vertreter/innen eine Erklärung zur aktuellen Situation und zu zukünftigen Aktionen der Gefangenen. Sie riefen auf, den Hungerstreik fortzuführen und vom 5. November bis 1. Dezember aus Protest gegen die Politik der AKP, die durch Verleumdung und Vernichtung in einen neuen Bürgerkrieg führe, keine Besuche zu empfangen und Krankenhausbesuche sowie Telefonate abzulehnen.

Außerhalb des Gefängnisses gab es vielfältige Aktionen: In vier Schulen und zwei Universitäten in Wan und Culemêrg (Hakkari) boykottierten die Schüler/innen und Student(inn)en den Besuch der Einrichtungen. Auch in Nisêbin (Nusaybin) boykottierten Schüler/innen dreier Schulen den Unterricht. In der gleichen Stadt zündeten Jugendliche einen LKW, der Dorfschützern gehörte, einen Militärwagen und einen Trafo an. In Adana wurden Parolen an

die Wände geschrieben, in Amed gab es eine Verkehrsblockade mit Parolen wie "Immer wieder Volksaufstand, unser Vorsitzender ist Apo". Großen Beifall fand die Aktion von 150 Frauen in Culemêrg, die mit dem Verteilen von Blumen die Aufhebung der Isolation Öcalans forderten. Ihre Gruppe verdoppelte sich innerhalb kurzer Zeit und sie verteilten 5.000 Blumen.

Die Angehörigen Öcalans wollten den Justizminister treffen und beantworteten die Ablehnung ihres Antrages mit einem öffentlichen Sitzstreik gemeinsam mit den Friedensmüttern. In Urfa, Batman und Siirt gab es nach dem Freitagsgebet stumme Protestmärsche.

Die Militäroperationen in der Region Dersim wurden wieder verstärkt. Auch in anderen Regionen verstärkte das Militär seine Aktivitäten: Im Dorf Yeralan bei Mus eröffneten Soldaten das Feuer, dabei wurde ein Dorfbewohner getötet, zwei verletzt.

Die Woche endete am Freitag, dem 8. November, mit einem Massenprozess in Bingöl, bei dem 125 Frauen angeklagt waren, weil sie gegen das Versammlungsrecht verstoßen hätten. Sie hatten im Juni eine Kampagne für einen run-

den Tisch zum Dialog begonnen und waren alle in Bingöl festgenommen worden. Das Gericht hatte sich nicht auf 125 Angeklagte eingerichtet und so wurde unter sehr beengten Verhältnissen verhandelt und schließlich verurteilt.

Bis jetzt sieht es noch nicht so aus, als ob sich die AKP-Regierung und die grauen Eminenzen in der Armee freiwillig hin zu einer demokratischen Lösung bewegen würden. Wenn wir aber die hier nur kurz dargestellten Aktionen für eine demokratische Lösung, für die Verbesserung der Haftbedingungen von Abdullah Öcalan und für einen dauerhaften Frieden betrachten, wird die Dimension dieser Bewegung deutlich. Sie wird nicht wirkungslos bleiben und sie verdient unsere Unterstützung, mindestens unsere Anteilnahme und Beachtung.

(Die hier genannten Nachrichten wurden entweder von der Dicle-Nachrichtenagentur oder von Rojev, einem kurdischsprachigen Nachrichtenserver, veröffentlicht. Die deutschen Übersetzungen sind tagesaktuell auf der Homepage der Informationsstelle Kurdistan nachzulesen.) ♦



Amed/Diyarbakir: 10.000 demonstrieren im Rahmen der Kampagne

Foto: DIHA

Das türkische Dilemma oder: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Reformen im Alltag nicht spürbar

Briefings der Internationalen Initiative "Freiheit für Öcalan - Frieden in Kurdistan"

Nun ist es amtlich. Die Europäische Kommission hat ihren Fortschrittsbericht der Beitrittsländer veröffentlicht. Darunter auch den zur Türkei. So habe diese zwar Fortschritte auf dem Weg der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien gemacht, jene würden sich jedoch im Alltag der Türkei nur wenig bemerkbar machen. Daran anschließend wird die Türkei aufgefordert, den verabschiedeten Reformen auch Taten folgen zu lassen. Hier aber zeigt sich das Ausmaß des türkischen Dilemmas. Zwar wurden in Windeseile Gesetzesänderungen vorgenommen, die u. a. auch den Kurden mehr kulturelle Freiheiten zugestehen, bei der praktischen Umsetzung aber kommt der Reformeifer schnell zum Erliegen. Sowohl die allmächtigen Militärs als auch die traditionell kemalistisch eingestellte Bürokratie des Landes stehen weitgehenden Reformen skeptisch gegenüber. Dies hat zur Folge, dass die Reformen zur Zeit nur auf dem Papier existieren. Immer noch ist die Menschenrechtssituation katastrophal. Nach wie vor werden einfachste demokratische Forderungen der Opposition repressiv unterdrückt. Von einem Umdenken ist nur wenig zu spüren.

Die EU aber beschränkt sich auf ihre Beobachterposition. Der alleinige Glaube an die evolutionär wirkenden Dynamiken, die von den Kopenhagener Kriterien ausgehen, als Allheilmittel für die Probleme eines Beitrittslandes geht im Fall der Türkei an der Wirklichkeit vorbei. So ist die kurdische Frage nicht ein Problem unter vielen. Vielmehr stellt sie für die Türkei das Hauptproblem dar. Weiterhin schwelt ein Konflikt, der bisher über 40.000 Menschen das Leben kostete und Leid über Millionen brachte. Eine Lösung steht immer noch aus.

Die Lösung eines Problems ist aber nur dann möglich, wenn es erkannt und explizit benannt wird. Dies gilt sowohl für die Konfliktparteien als auch für die Erweiterungsstrategen der EU. Davor ist die EU-Kommission in ihrem aktuellen Bericht erneut zurückgeschreckt. Ihre Rolle bleibt wenig konstruktiv. Die Wahrung von Sicherheit und Stabilität an den derzeitigen Außengrenzen der EU ist nicht die alleinige Aufgabe der Beitrittskandidaten. Eine aktivere Rolle der EU ist durchaus geboten. Insbesondere dann, wenn der türkisch-kurdische Konflikt erneut auf eine Eskalation zusteuert.

Die Haftsituation des Kurdenführers Öcalan sorgt indes für weitere Spannungen innerhalb der kurdischen Bevölkerung der Türkei. Häufig kommt es bei Protestaktionen zu Zusammenstößen mit den türkischen Sicherheitskräften. Erst am vergangenen Wochenende versammelten sich in der ost-türkischen

Stadt Van 15.000 Kurden, um gegen die Isolationshaft Abdullah Öcalans zu protestieren. Seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 wird Abdullah Öcalan unter erschwerten Bedingungen auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali gefangen gehalten. Seine Gesundheit ist durch die Isolationshaft stark angegriffen.

Die zunehmenden Zusammenstöße zwischen kurdischen Rebellen und türkischem Militär zeigen, dass die bisherige Waffenruhe äußerst fragil ist. Diese steht derzeit zur Disposition, da am 1. Dezember 2003 ein einseitig verkündeter Waffenstillstand der kurdischen Seite definitiv endet. Sollte der türkische Staat auch weiterhin keine wirklichen Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternehmen, wird ein erneuter Krieg immer wahrscheinlicher. Ob sich dieser mit dem alleinigen Vertrauen in die Kopenhagener Kriterien verhindern lässt, ist mehr als fraglich. ♦



Demonstration der Studierenden in Ankara gegen den reaktionären Hochschulrat

Foto: DIHA

Menschenrechtsbericht des IHD Istanbul für August-Oktober

aus DIHA, Dicle-Nachrichtenagentur, vom 17.11.2003

Der Vierteljahresbericht des IHD Istanbul für die Monate August, September, Oktober wurde im November herausgegeben. Demnach wurden während der Kampagne für die Ver-

besserung der Haftbedingungen beim IHD gemeldet. Abdullah Öcalans und seiner Gesundheit 1744 Personen festgenommen, davon 117 Kinder. 78 Personen haben sich wegen erlittener Folter



Menschenrechtsbilanz für die Monate August-Oktober 2003

Festnahmen

Festgenommene Frauen	508
Festgenommene Männer	1119
Festgenommene Kinder	117
Zusammen	1744 Personen

Gefängnisse

Verhaftungen	76
Strafaufhebung für Inhaftierte	9
Gefangene, die sich an unseren Verein gewendet haben	26
Meldungen über schlechte Behandlung in den Gefängnissen	3

Gemeldete Folterungen, Misshandlungen und Gewaltanwendungen

Personen, die sich an unseren Verein gewendet haben	78
Gefolterte Frauen	32
Gefolterte Männer	39
Gefolterte Kinder	7
Personen, die Ihre erlittene Folter in den Medien veröffentlicht haben	2

Vorwurf des Verschwindenlassens

Dem Verein gemeldete Verschwundene	7
------------------------------------	---

Recht auf Leben

Tote durch Schüsse der Polizei	1
Verletzte durch Schüsse der Polizei	3
Tote durch Angriffe von unbekanntem Tätern	13
Verletzte Sicherheitsbeamte durch Angriffe	1
Verletzte durch Angriffe	14
Selbstanzündung als Protest	1
Tote durch Arbeitsunfälle	3
Verletzte durch Arbeitsunfälle	6

Verletzung des Presserechts und der Meinungsfreiheit

Beschlagnahmte Bücher	2
Beschlagnahmte Zeitungen und Zeitschriften	23
Schließung von Kultureinrichtungen	1
Schließung von Zeitungen und Zeitschriften	1
Herausgabeverbot der Zeitschriften in Tagen	15
Behinderungen von Internet-Seiten	2
Angriffe auf Pressemitarbeiter	8
Verbotene Plakate	2
Behinderung von Versammlungen	2
Gefängnisstrafen wegen Meinungsvergehen	31 Jahre 11 Mon.
Geldstrafen wegen Meinungsvergehen	1 Jahr 8 Mon. und 15 Mrd. TL
Kurdische Namensfrage	3

Soziale und ökonomische Rechte

Personen, die sich wegen der Verletzung sozialer und ökonomischer Rechte an unseren Verein gewendet haben	15
---	----

Beschneidung der Reisefreiheit außerhalb der Grenzen

Personen, die sich an unseren Verein gewendet haben	16
Getötete Flüchtlinge	23

Bombenanschläge

Bombenanschläge auf Firmen, Banken, Fahrzeuge, Parteibüros	7
--	---

IHD Istanbul

Die Realität der PKK

Der 27. November 1978

Von Sehmus Güzel

Die PKK ist in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts aufgrund der revolutionären Entwicklungen und der Bedingungen für die Menschen in Kurdistan gegründet worden. Eigentlich wollte die PKK die höchste Stufe der Menschheitsgeschichte des Mittleren Ostens vertreten. Aber seit ihrer Gründung ist die Realität der PKK nicht richtig verstanden worden. Ein Grund dafür ist, dass die PKK sich den Weltmächten unterwerfen sollte, dies aber mit ihrer Ideologie nicht vereinbar war. Ein weiterer Grund war die Unfähigkeit einiger Organisationsmitglieder. Dies konnte während des 15-jährigen bewaffneten Kampfes und bei der Strategieänderung vor einigen Jahren nicht richtig verstanden oder vermittelt werden.

Die PKK-Bewegung wurde mit der Aufnahme ihrer Aktivitäten in der Westtürkei nicht nur mit der Gegnerschaft der türkischen Regierung konfrontiert. Auch ideologische und politische Angriffe der kurdischen und türkischen Linken blieben ihr nicht erspart. Für die türkische Regierung war die PKK eine veraltete Bewegung, für die linken Organisationen jedoch eine anarchistische, kurdisch nationalistische, abenteuerlustige - Dörfler, die keine Chance im Leben haben. Später, als die PKK ihre Strategie geändert hatte, wurde sie mit weiteren Beschuldigungen konfrontiert. Einige erkannten darin eine militärische Niederlage und Schwächung, andere sahen, dass mit der Entführung des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan eine Strategieänderung der Bewegung in dieser schwierigen Situation notwendig war. Egal, was getan wurde, die Welt wurde mit der Realität der PKK konfrontiert. Es ist eine Tatsache, dass das kurdische Problem ein internationa-

les geworden ist. Nach dem Friedensvertrag von Lausanne wollte niemand das kurdische Problem wahrhaben, mit der Gründung der PKK nach einigen Jahrzehnten ist es verständlich geworden.

Um die Gründe zu verstehen, müssen die Bedingungen in dieser Zeit betrachtet werden

Die Geschichte des kurdischen Volkes beschreibt eine tausende Jahre währende Zeit der Unterdrückung durch Araber, Römer, Hellenen, Perser und türkische Osmanen. Dies war auch zugleich das Ende der kurdischen Eigenständigkeit und Historie, ein schweres Schicksal für ein Volk. In der kurdischen Geschichte fanden von Zeit zu Zeit immer wieder Aufstände statt, und trotz des Widerstands war die kurdische herrschende Klasse mit ihrem beschränkten lokalen Stammescharakter nur auf ihre Vorteile bedacht und erfuhr Niederlagen.

Das kurdische Volk wurde im Verlauf seiner Geschichte gespalten und gebrochen und letztendlich nach dem Abkommen von Lausanne auf vier große Teile aufgeteilt. In dieser Konstellation lebt es schon 80 Jahre unter der Herrschaft der Türkei, Syriens, des Iraks und Irans.

Weil die PKK-Bewegung diese Realität an die Öffentlichkeit brachte, erfuhr sie heftige Reaktionen. Die Leugnung des kurdischen Volkes wird auch von den Weltmächten geteilt, was radikale Maßnahmen und Bewegungen der PKK hervorrief. Vor allem die Leugnungs- und Assimilationspolitik der türkischen Regierung wurde von kurdischer Seite beantwortet.



Abdullah Öcalan

Foto: Archiv

Auch wenn die PKK in dieser modernen Welt aus der marxistisch-leninistischen Ideologie hervorgegangen ist, liegen ihre Grundlagen doch in den sozialen und ökonomischen Bedingungen Kurdistans.

Kurdistan ist ein Land, in dem in den 50er Jahren ein klassisches Unterdrückungssystem herrschte mit feudalen Verhältnissen im Agrarbereich.

Die Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei wirkte sich um 1950 auch bis Kurdistan aus, veränderte wie nicht anders zu erwarten die sozialen und ökonomischen Verhältnisse und erschütterte das Land. Aber mit der Entwicklung des Kapitalismus in Kurdistan wurden der Arbeiterklasse im

Osten neue Tore geöffnet. In diesen Jahren gab die Kompradorenklasse in Kurdistan den Ton an. Sie wurde durch ihre Zusammenarbeit mit der Türkei geboren, handelte deshalb unterdrückend und antidemokratisch. Die kurdische Gesellschaft fiel durch Verrat, Mangel an Persönlichkeit und die Verleugnung ihrer Geschichte in die Hand fremder Besatzungskräfte, diese Abhängigkeit hielt auch in der Zeit der Republik weiter an. Gegen diese Unterdrückung

und Verleugnung der kurdischen Geschichte führte die PKK ihre bewaffneten Aktionen gegen die Vertreter des Großgrundbesitzes aus.

Die PKK wurde am 27. November 1978 durch eine Gruppe von Vorkämpfern gegründet und hat in den Anfangsjahren Lenins bolschewistisches Parteimodell übernommen. Ein Grund dafür war die fehlende Organisationserfahrung der kurdischen Gesellschaft, ein weiterer die Aneignung der sozialisti-

schen Ideologie. Die PKK ist auch unter dem Einfluss des nationalen Freiheitskampfes in Vietnam und seines militärischen Strategen Giap gegründet worden. Die Anfangsphase des bewaffneten Kampfes 1984 konnte nur mithilfe einer Strategie einen langen Volkskampf überstehen. Überhaupt hat die PKK wie auch andere linke Gruppierungen unter dogmatischen Einwirkungen gelitten, doch im Unterschied zu den anderen Organisationen in weit geringerem

Symbolische Rückkehr ins Dorf Fîs Friedensbäume am Gründungsort der PKK gepflanzt

Die Zweigstelle Amed des Sozialen Hilfs- und Kulturvereins für Vertriebene (Göç-Der) und Mitglieder der Demokratischen Plattform aus Amed organisierten eine symbolische Rückkehr in das vor einigen Jahren zwangsgeräumte Dorf Fîs im Kreis Lice. Im Dorf Fîs, dem Gründungsort der PKK, pflanzten sie Friedensbäume.

Der Vertreter des Bürgermeisters von Amed, Mehdîn Guler, der Vorsitzende der DEHAP von Amed, Firat Anli, Mitglieder der Demokratischen Plattform von Amed und viele Mitglieder demokratischer und ziviler Organisationen, insgesamt etwa 1000 Personen, versammelten sich im Dorf Fîs.

Die Menschen, die symbolisch zurückkehrten, wurden von den Familien, die bereits nach ihrer Vertreibung zurückkehren konnten, auf dem Weg empfangen. Um die zerstörten Häuser des Dorfes wurden Friedensbäume gepflanzt.

Der Vorsitzende der Zweigstelle Amed von Göç-Der, Serdar Talay, sprach nach dem Pflanzen der Bäume. Er betonte, dass eine Gewährleistung der Rückkehr in die Dörfer auf rechtlicher Grundlage notwendig sei. „Es ist notwendig für die Dorfrückkehrer, dass das Dorfschützersystem aufgelöst, die Gegend von Minen gesäubert und den willkürlichen Maßnahmen der Sicherheitskräfte ein Ende bereitet wird.“ Wichtig sei, dass die Türkei einen dauerhaften Frieden erreicht und die kurdische Frage mit demokratischen Reformen gelöst werde.



Talay kritisierte die AKP-Regierung, sie hätte keine klare Linie in ihrer Politik für die Dorfrückkehr.

„Wir werden in die entleerten Dörfer zurückkehren“

Der Vorsitzende der DEHAP Amed, Firat Anli, sagte, dass eine große Last auf das Dorf Fîs in dem 15 Jahre andauernden Krieg gelegt wurde. Man werde auch in die anderen entleerten Dörfer zurückkehren und es werde auf diesem Boden ein neues Leben ohne Unterdrückung geben. Dafür müsse die Politik der Vernichtung und Verleugnung aufgegeben werden.

Die Menschen, die sich an der symbolischen Rückkehr beteiligten, riefen

Parolen wie: „Es lebe Apo“, „Nein zum Krieg, Frieden jetzt“.

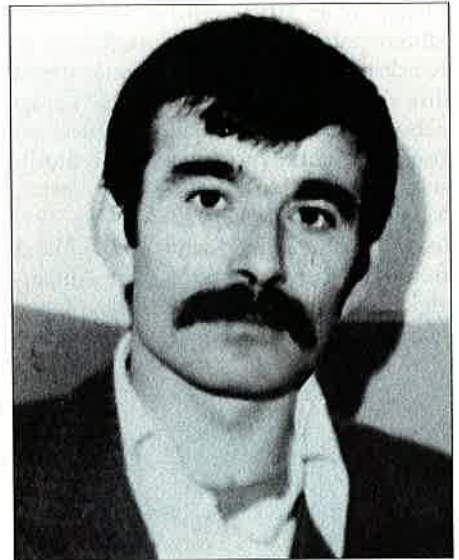
Die Dorfbewohner von Fîs sagten zu ihren Gästen, dass sie weder Essen noch Hilfe vom Staat wollen, sondern Gerechtigkeit, Frieden und auf diesem Stückchen Erde Tage in Freiheit erleben.

Während des Besuchs wurden kurdische Lieder gesungen und Gedichte vorgetragen.

Nach der Veranstaltung versuchten Soldaten die Rede Talays zu beschlagnahmen und nahmen ihn mit zur Gendarmeriestation. Ohne die Rede zu bekommen ließen sie Talay später frei. Geschlossen kehrten sie nach Amed zurück. Quelle: DIHA, 2.11.2003

Maße. Mit diesen Eigenschaften verfügt sie seit ihrer Gründung über Rückhalt in der Bevölkerung. PKK-Gründer Abdullah Öcalan spielt mit seinem Volkscharakter eine wichtige Rolle, er ist überzeugt von Völkerfreundschaft und Geschwisterlichkeit. Die PKK wurde 1978 illegal gegründet, aber die Bedingungen dieser Zeit ermöglichten erst nach einem Jahr die Bekanntgabe. Ihre Ideologie richtete sich gegen Imperialismus, Unterdrückung und feudale Verhältnisse. Unterstützung von außen wurde nicht abgewiesen, aber man wollte eigene Kräfte mobilisieren. Mit dem Sturz des sozialistischen Systems in den 90er Jahren kippte das nationale, militärische und politische Gleichgewicht und eine Strategieänderung wurde in Erwägung gezogen. Außerdem fand eine rasche Entwicklung von Wissenschaft und Technik mit grundlegenden Veränderungen statt und überholte die theoretischen Vorarbeiten. Auch die PKK hat viele Jahre diesen Wandel nicht wahrhaben wollen. Mit Abdullah Öcalans Arbeiten wurde die veränderte Situation analysiert und im Jahr 2000 die Strategie geändert. Der KADEK war das Ergebnis. Die PKK hat am 2. August 1999 nach langem Krieg einen Waffenstill-

stand ausgerufen, um einen strategischen demokratisch-politischen Kampf führen zu können, und gab dies mit ihrem 7. Kongress bekannt. Diese Veränderungen schafften trotzdem keine umfassende Demokratie in der Türkei und auch das kurdische Problem wurde wieder nicht gelöst. Hätte man die Guerilla aufgelöst, wäre dies bei dem Verhalten der türkischen Regierung einem politischen Selbstmord gleichgekommen. Die Entwicklung der PKK wurde von vielen als falscher Schritt angesehen. Der KADEK hat das Erbe der PKK angetreten. Doch er verfügt über eine andere Ideologie, die einer Zeitgenössischen Demokratischen Zivilisation. Während die PKK ein freies unab-



Kemal Pir

Foto: Archiv



Haki Karer

Foto: Archiv

Demokratie in der Türkei, im Iran, Irak, Syrien und Freiheit in Kurdistan bedeuten. Aus diesen Gründen hat der KADEK grundsätzliche Reformen in der Organisation durchgeführt. Wie der Name schon sagt, ist der KADEK (Freiheits- und Demokratie-Kongress Kurdistans) ein Kongress.

Dass die PKK nach 25 Jahren Organisation in einen Kongress umgewandelt wurde, ist als großer Erfolg zu werten, es heißt auch, dass die PKK-Bewegung sich erneuert und verändert hat. Viele dachten, dass sich nach der Entführung von Abdullah Öcalan die PKK auflösen würde; sie haben sich geirrt - wie in den Gründungsjahren. Wenn die Veränderungen aber nicht stattgefunden hätten, wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit zur Auflösung gekommen.

Mit diesem Überblick über 25 Jahre Geschichte der PKK können nicht alle Details berücksichtigt werden, aber die wichtigsten Veränderungen wurden benannt. Nach 25 Jahren der PKK kann diese Realität besser erfasst und in der Zukunft noch besser verstanden werden. ♦

hängiges Kurdistan außerhalb des jetzigen Territoriums der Türkei vertrat, ist die Option des KADEK eine demokratische Entwicklung in den bestehenden Grenzen aller vier Teile Kurdistans.

Die Zeitgenössische Demokratische Zivilisation ist die Verbindung zwischen den Ideologien der westlichen und der östlichen Kultur. Dass der Sozialismus nicht abgelehnt wurde, bedeutet aber nicht gleich (real)sozialistisch. Demokratie ist ein erfolgreiches System, das sich entwickelt, bei der Demokratisierung des Islam, des Sozialismus und desgleichen. Die Verwirklichung dieses Systems im Mittleren Osten würde



Agit - Mahsum Korkmaz Foto: Archiv

4. Europa-Konferenz der Partei der Freien Frau, PJA

Die patriarchale Kultur wird überwunden

Aus der türkischsprachigen Frauenzeitschrift Jina Serbilind

An alle Frauen und unsere Bevölkerung, die im 21. Jahrhundert auf der Architektur der demokratisch-ökologischen Gesellschaft einen Vertrag abschließen wollen!

In der Zeit vom 20. bis zum 27. Juli 2003 fand die 4. Europa-Konferenz der Partei der freien Frau, PJA, mit 128 Delegierten, an der unter anderem eine Gruppe Männer teilnahm, statt.

Inmitten des herrschenden Systems, das in der Geschichte der Kolonisation eine wichtige Rolle gespielt hat, erkannten wir die Kraft unseres Projekts für ein neues Leben und die Wirksamkeit unserer Prinzipien und Kriterien. Auf dieser Konferenz präsentierten uns Mütter, die ebenfalls als Delegierte an der Konferenz teilnahmen, ihre Lebenserfahrungen und ihre Hoffnung darauf, dass die Zukunft von Frauenhänden geschaffen wird. Auf einfache Weise kritisierten sie unser Verhalten, das diesen Erwartungen nicht entsprach. Die Lebendigkeit bei allen Diskussionen, die Suche nach Lösungswegen, ohne sich zu beschweren oder zu beklagen, die große Konzentration und Vorschläge wie auch die innere Haltung der Mütter und Frauen gaben der Konferenz eine besondere Prägung und machten sie zu einer wahren Basiskonferenz.

Wir haben verstanden, dass es für den Menschen unserer Zeit unabdingbar ist, eine Welt zu schaffen, in der keine Hierarchien existieren sowie ein Gleichgewicht zwischen Gesellschaft, Mensch und Natur besteht und ideellen Werten neue Bedeutungen zugemessen werden. Wir erkannten, dass die Überwindung der Aufteilung der Menschen in 'Unterdrückende und Unterdrückte, Herren-



Frauenaktion in Amed/Diyarbakir

Foto: DIHA

Gott-Sklaven' letztendlich eine unumstößliche Notwendigkeit ist.

Wir diskutierten unsere Strategie zur Erschaffung einer komplett neuen Gesellschaft. Gegen den sich in der Offensive befindlichen Imperialismus muss der Kampf um globale Demokratie, Ökologie und Freiheit entwickelt werden. Ansonsten wird die Menschheit großen Gefahren ausgesetzt sein, wie es heute schon an den Beispielen wie Armut, Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung erkennbar ist. Das patriarchale System unserer Welt trägt immer

mehr dazu bei, die Menschen ihrem Freiheitssinn zu entfremden. Dies wurde im großen Rahmen diskutiert. Festgehalten wurde die Notwendigkeit der Rekonstruktion des Lebens aus weiblicher Sicht: für die Überwindung des patriarchalen Geistes, der seit 5000 Jahren unsere Welt formt. Um die Entwicklung der Menschen und um Gleichheit zwischen den Geschlechtern zu erreichen. Damit alle Farben in der Natur und in der Gesellschaft Einfluss auf den gesellschaftlichen Willen ausüben können und die Ausbeutung der

Erde ein Ende findet. Aus diesem Grund handelt es sich bei der Erschaffung der demokratischen und ökologischen Gesellschaft durch Frauen und Männer als freie und gleiche Individuen um die Garantie für die Zukunft der Menschheit.

Die demokratische Zivilgesellschaft, in der die patriarchale Kultur überwunden und die Freiheit der Frauen garantiert wird, wird auch zugleich der Nährboden für die Entwicklung der geistigen und ethischen Revolution werden.

Als eine der wichtigsten Prinzipien für die Neuordnung der Gesellschaft und sozialer Beziehungen haben wir auf unserer Konferenz beschlossen, Entwicklungen, die in der Institution der Familie die Willenskraft des Individuums brechen und abhängig machen und den Kampf um die Freiheit verhindern, zu überwinden. Außerdem legten wir uns darauf fest, Gemeinschaften auf der Grundlage von gegenseitiger Liebe und Respekt, gestützt auf eine freie Partnerschaft, anzuerkennen. Wir verurteilten Auffassungen, die die Sexualität der Frau innerhalb der Familie als Dienstleistung und Pflicht und im Hinblick auf den Mann als Mittel zur Zukunftssicherung bewerten. Wir verurteilten diese Auffassungen, da in solchen Verhältnissen jegliche Gefühle abgetötet werden und die Schöpfungsenergie des Menschen ausgebeutet wird und nur noch zu triebhaften Abhängigkeiten führt. Maßnahmen gegen ein falsches Verständnis von Ehre, bei dem es sich um ein Produkt des patriarchalen Systems handelt, wurden getroffen. Es wurde festgelegt, welche Haltung wir gegenüber Massakern an Frauen unter dem Begriff der "Ehrenmorde", anderen rückständigen gesellschaftlichen Kriterien wie Brautgeldern, Zwangsverheiratung von Kindern und Beschneidungen von Mädchen einnehmen werden.

In diesem Sinne werden Seminare nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer veranstaltet und somit die Realisierung des Neuen Lebensprojektes innerhalb der Familie angegangen werden. Wenn individuelle oder auch gesellschaftliche Probleme in der Familie durch demokratische und gerechte Methoden gelöst werden, wird eine

Basis geschaffen, auf der sich jede und jeder auszudrücken lernt, ohne unterdrückt zu werden. Auf dieser Grundlage kann auch die Verantwortung eines gemeinsamen Lebens von allen getragen werden. So wird auch vorgebeugt, dass Frauen und Jugendliche, als die dynamische Kraft unserer Gesellschaft, im europäischen System untergehen.

Weiterhin wurde beschlossen, unseren Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag und das Projekt für ein freies Leben zu realisieren und dadurch ein breiteres Spektrum anzusprechen und umfangreicher zu werden. Wir wollen alle Probleme von Frauen lösen, indem wir die Frau zur Lösungskraft machen. Es ist uns wichtig, unsere Erfahrungen und Überlegungen bei der Organisation der Frauen den Menschen an der Basis weiterzugeben. Deshalb beschlossen wir, in allen unseren Institutionen eine demokratische Leitung zu installieren, die die Macht und den Willen der Basis verkörpert.

Wir kamen zu dem Schluss, dass aus der Perspektive des 3. zivilgesellschaftlichen Sektors eine Föderation benötigt wird, die verschiedene Institutionen, Vereine, Initiativen, Büros u. ä. sowie Frauen aus verschiedensten Kulturen in sich aufnimmt. Auf diese Weise würde sich die Arbeitskraft der Frauen in Institutionen konkretisieren, vergrößern und vertiefen. Wir sind uns darüber bewusst, dass Bewegungen, die in der Geschichte große Werte schufen, weggeschmolzen sind, weil sie sich nicht institutionalisierten und nicht zu einem System wurden. All unsere Institutionen haben die Aufgabe, zu Häusern der Freiheit zu werden, in denen sich Frauen professionalisieren, auf das Leben vorbereitet und ihre Energie aufgedeckt wird. Es ist von großer Wichtigkeit, dass sich die Frauen bei der Erschaffung des demokratisch-ökologischen Gesellschaftsmodells für die Institutionen einsetzen, sie unterstützen und ihren Platz hierbei auch selber einnehmen.

Mit der Begeisterung und Entschlossenheit, dem Erfolg so nah wie noch nie zu sein, grüßen wir unser gesamtes Volk mit der Wärme unserer Herzen und unserer Sehnsucht nach Freiheit im Namen aller Delegierten.

Einige Konferenzbeschlüsse:

■ Mit dem Ziel, die demokratisch-ökologische Gesellschaft ins Leben zu rufen, beschließen wir die Neuorganisation aller Arbeitsbereiche und Institutionen auf horizontaler Ebene im Sinne der durch unsere Konferenz erlangten Perspektiven.

■ Die Gründung von Komitees bestehend aus 3-5 Personen auf regionaler Ebene innerhalb der Frauenvereine mit der Aufgabe, Lösungen für Probleme zu entwickeln, die Frauen innerhalb der Gesellschaft erfahren.

■ Schreib- und Lesekurse in kurdischer Sprache für Frauen und Kinder.

■ Die Verurteilung der Logik, die Sexualität in der Familie als einen von der Frau zu leistenden Dienst und Pflicht und Mittel zur Familienerhaltung versteht, die Schöpfungskraft des Menschen verbraucht und die Beziehung zu einer auf Triebe gestützten Abhängigkeit umwandelt.

■ Die Verurteilung des Verständnisses, dass sich Frauen im Sinne von feudalen Ehrennormen entwickeln. Entwicklung eines Bewusstseins, welches Anerkennung in Freiheit und Gleichberechtigung findet.

■ Anstelle von feudalen und traditionellen Annäherungen und Methoden bei der Lösung von gesellschaftlichen und v. a. familiären Problemen beschließen wir, unsere Freiheitslinie zur Grundlage von Problemlösungen zu machen. Es werden Versammlungen, Seminare und verschiedene Aktivitäten zur Demokratisierung der Familie organisiert. ♦

29. Juli 2003

Die Teilnehmer/innen der
4. PJA-Europakonferenz

Sema Serhat verbrannte sich in Göteborg aus Protest gegen die Isolation

Wenn wir gemeinsam gegen die Unterdrücker aufstehen ...

Fatos Saglamgöz (Sema Serhat) wurde 1970 in Urfa-Viransehir als Tochter türkischer Eltern geboren. Sie studierte an der Uludag-Universität. Ihr Bruder Mehmet Saglamgöz trat 1990 der Guerilla bei. Als sich die YCK [Kurdische Jugendvereinigung] an der Uludag-Universität organisierte, trat sie dem Verband bei. Später ging sie in die Berge und kam als Guerillera in die Gebiete Amed, Dersim und Erzurum. Wegen der medizinischen Ver-

sorgung einer Kriegsverletzung ging sie 1996 in die Metropole der Türkei. Ihr Krankenhausaufenthalt führte zur Verhaftung durch die türkische Polizei. Nach 8 Monaten wurde sie freigelassen, weil es nicht gelang ihre wahre Identität nachzuweisen. Seit 1998 ist sie an den Arbeiten der PJA-Organisation in Europa beteiligt und wurde in deren Vorstand gewählt.

Aus Protest an der anhaltenden Isolationshaft gegenüber Abdullah Öcalan

verbrannte sich Fatma Saglamgöz am 11. November 2003 auf dem Gustaf-Adolf-Platz in Göteborg. Sie hinterließ einen Abschiedsbrief an Abdullah Öcalan und einen an die kurdische und türkische Bevölkerung, in dem sie sich auf Ronahî und Berivan berief, zwei Frauen, die sich 1994 aus Protest gegen die anhaltende Unterdrückung gegenüber Kurdinnen und Kurden in Mannheim verbrannten. ♦

Abschiedsbrief von Sema an das kurdische und türkische Volk

Wir leben in einer für uns wichtigen Zeit mit zwei unterschiedlichen Wegen, die wir gehen können - als zwei Völker geschwisterlich Seite an Seite in einem gemeinsamen Kampf gegen die, die uns seit Jahren unterdrücken und uns ihre Form der Religion, Sprache und Kultur

aufgezwängt haben. Gegen die, die den Reichtum des Miteinanders aufgeben und uns selbst wegen unserer letzten Brotkrümel angreifen. Die, die sich jeden Tag bereichern und ihre Kinder auf internationale Schulen schicken, unsere Kinder jedoch in einen Krieg gegen das kurdische Volk treiben.

Oder es wird kein Ende geben mit der Unterdrückung, wie uns der Konflikt in Israel/Palästina zeigt, zwei Völker, die in Freundschaft miteinander leben könnten, sich aber von den Regierungen gegenseitig ausspielen lassen und den Krieg bevorzugen.

Die jetzige Zeit vergleiche ich mit der Zeit, als das Osmanische Reich gestürzt wurde. In der damaligen Zeit haben die Kurdinnen und Kurden ebenfalls gegen die Besatzer gekämpft und der Türkischen Republik zum Sieg verholfen. Damit wurden die Grundlagen für den ersten Volkskongress in Kurdistan in Erzurum/Sivas gelegt.

Ich glaube, dass sich die Kurd(inn)en seit 1999 enorm verändert haben. Wenn wir gemeinsam gegen die Unterdrücker aufstehen, können wir in nächster Zeit unserem Ziel einer demokratischen Tür-

kei näher kommen. Ich freue mich, dass vor allem Frauen und Kinder auf die Straßen strömen um zu protestieren. Dabei muss uns immer bewusst sein, dass Abdullah Öcalan nicht bei uns sein kann. Ich kann mich nicht daran gewöhnen, ohne den Ehrenvorsitzenden zu sein. In dieser Situation zu leben bedeutet ohne ihn zu leben. Abdullah Öcalan setzt seinen Protest dagegen, jetzt sind wir an der Reihe. Diese Epoche ist die der Volksinitiative und des freien Menschen. Ich sehe mich dazu berufen, die Botschaft des Friedens zwischen dem kurdischen und dem türkischen Volk zu sein. Meine letzten Worte sind "Biji serok Apo" und ich wünsche mir, dass diese Parole auf den Straßen und Plätzen nie verstummt. Mein Land ist Amed, das ich zu einer Festung der Demokratie erbauen werde. Mein Platz ist neben den Freund(inn)en in den Bergen. Ich begrüße Euch mit Achtung und dem Leben der Apocus. Ich wünsche allen viel Erfolg. Wir werden uns bei den Aufständen wiedertreffen.

11. November 2003
SEMA SERHAT



Yangsig Hu aus Südkorea besuchte die Hevals

Es ist ein revolutionärer Schritt, dass Frauen in der Guerilla sind

Interview der südkurdischen Frauenzeitschrift "Tanrica Zilan" mit dem Journalisten Yangsig Hu

Tanrica Zilan: Wann und wie haben Sie die Kurd(inn)en erstmals kennen gelernt?

Yangsig Hu: Vor ca. 10 Jahren, als ich in England arbeitete, waren in Deutschland Konflikte mit der PKK an der Tagesordnung. Im Rahmen dieser Konflikte gab es ein Interview mit einem höheren Mitglied der PKK in der BBC. In diesem Interview hörte ich zum ersten Mal den Namen PKK. Als ich als Journalist in Athen arbeitete und all die Aktionen sah und den Protest der kurdischen Bevölkerung wegen der Entführung von Herrn Abdullah Öcalan, hatte ich das Bedürfnis; sie näher zu erforschen. Am Anfang dachte ich, es wäre eine gewöhnliche Minderheit, die für ihre Unabhängigkeit kämpft. Ich wusste natürlich nicht, dass das kurdische Volk ein Volk von 40 Millionen Menschen ist. Dazu kam noch, dass ich die Planungen der Türkei für Bauarbeiten in Hasankeyf mitbekam, und ich verspürte das Bedürfnis, in die Türkei zu gehen, um dieses näher zu erforschen. So ging ich in das PKK- Büro in Athen und lernte einige Menschen kennen. Einige von diesen Menschen waren in der Guerilla gewesen und kamen aus den Bergen. Ich konnte sehen, dass sie sehr gut geschult und anders als alle anderen Menschen waren. Sie konnten sich in jeder Hinsicht selber kontrollieren. Als ich die Photos der Guerilleras sah, war ich sehr überrascht. Wegen all dieser Gründe wollte ich selber auch in die Berge, um dies selber zu sehen.

Was war für Sie das Ungewöhnlichste an den Kurdinnen und Kurden?

Was mich sehr geschockt hat, war, dass das kurdische Volk größer ist, als

ich wusste. Als ich zum ersten Mal hörte, dass es 40 Millionen sind, konnte ich meinen Ohren nicht glauben. Ich dachte mir: "40 Millionen? Kein Volk von 1-2 Millionen, sondern 40 Millionen. Wie kommt es denn dann, dass dieses Volk keinen eigenen Staat hat?"

Als unser Vorsitzender, Herr Abdullah Öcalan, entführt und an die Türkei ausgeliefert wurde, haben die Kurd(inn)en sehr viele Aktionen durchgeführt. Als Sie diese Aktionen sahen, was dachten Sie da?

All die Menschen, die da lebten, waren über die Entführung entsetzt. Sogar die Griech(inn)en fühlten sich sehr schlecht, weil Griechenland das kurdische Volk verraten hatte. Eigentlich war es ein politischer Schritt, aber im Kern war es gegen die Menschlichkeit. Es war nicht nur die Verhaftung eines Menschen. Abdullah Öcalan war der Vorsitzende des kurdischen Volkes und er war international bekannt.

Wie bewerten Sie diese Art der Verbundenheit einer Bevölkerung mit ihrem Vorsitzenden? Glauben Sie, dass das etwas mit der Realität des Mittleren Ostens zu tun hat, oder besitzt das kurdische Volk in diesem Fall eine Besonderheit?

Der Mittlere Osten ist ein sehr ungewöhnliches Gebiet. In Frankreich, in Europa und in vielen anderen Ländern ist viel zu viel Blut geflossen, um die Demokratie errichten zu können. Im Mittleren Osten jedoch wurde die Demokratie von den Engländern und den Franzosen errichtet. Diese beiden Mächte haben die Region kolonialisiert und haben die Demokratie im Rahmen ihrer Profite entwickeln lassen. Im End-



Yangsig Hu im Interview

Foto: Archiv

effekt haben sie es nicht geschafft und mussten die Region verlassen. Ihren Platz jedoch haben die Diktatur und die Monarchie eingenommen. Daher kämpfen die Menschen hier immer noch darum, diesen Systemen ein Ende zu setzen. Der "Führer" ist in dieser Region alles. In dieser Region steht nicht die Bevölkerung sondern der "Führer" an vorderster Stelle. Daher glaube ich, dass die kurdische Bewegung, also der KADEK, das Demokratieverständnis der in dieser Region lebenden Menschen ändern wird. Die jungen Guerillas hier in den Bergen diskutieren auf eine freie Art und können ihre eigene Meinung frei äußern. Diese große Bewegung wird großen Einfluss auf die Menschen hier haben.

Meinen Sie, dass diese Demokratiebewegung auch Lösungen für den Westen und mit der Zeit für die ganze Menschheit anbieten kann?

Sollten alle Menschen, die hier in dieser Region leben, an diese Bewegung glauben und sie akzeptieren, so wird das

ein bedeutender Anfang sein. Die Diktatur in der Türkei ist ein Teil der Diktatur des Mittleren Ostens. Syrien, Irak, Iran und die Türkei arbeiten in diesem Punkt zusammen. All diese Regime üben gemeinsam starken Druck auf die kurdische Bevölkerung aus, dabei natürlich auch auf ihre eigene. Diese Bewegung kämpft gegen diese Diktaturen. Sie versucht mit ihren Ideen, mit ihrer Ideologie diesen Regimen ein Ende zu setzen und somit natürlich auch in den Köpfen der Menschen eine Revolution der Gedanken zu entwickeln. Daher werden alle Menschen dieser Region für sich einen Schluss ziehen. In der Monarchie von Saudi-Arabien zum Beispiel hat der König die ganze Macht. Und vom König wird die Macht an den Sohn weitergegeben. Das ist ein ernsthaftes Problem. Es ist antidemokratisch. Ich glaube, dass diese Bewegung Situationen wie zum Beispiel die gegenwärtige im Mittleren Osten ändern wird. Es ist eine Charaktereigenschaft des kurdischen Volkes, dass es friedensliebend ist. Ich glaube, dass diese Realität eine große Welle von Entwicklungen mit sich bringen wird, wie man sie in keinem anderen Jahrhundert gesehen hat.

Die KDP und die PUK sehen sich auch als kurdische Organisationen. Warum haben Sie nicht die, sondern den KADEK gewählt?

Auch bevor ich hierher kam, schrieb ich über die kurdische Frage, verfolgte die diesbezüglichen Entwicklungen und beobachtete die Beziehungen der KDP, der PUK und des KADEK zueinander. Barzani und Talabani überraschen viele Menschen auf dieser Welt. Trotzdem beide aus unterschiedlichen Organisationen sind, denken alle, dass die beiden gleich sind. Diese beiden Menschen verschaffen sich nur Macht durch die kurdische Bevölkerung. Ich wusste, dass es eine Zusammenarbeit der KDP und der Türkei gegen die PKK und gegen die in der Türkei lebenden Kurd(inn)en gibt. Dies ist gegen die kurdische Bevölkerung gerichtet. Daher kann ich das, was Barzani macht, nicht akzeptieren. Das Gleiche gilt für die PUK. In der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, nicht gegeneinander zu kämpfen, sondern

sich gemeinsam für die kurdische Bevölkerung einzusetzen.

In welchen Punkten finden Sie den KADEK anders?

Das kurdische Volk ist zwischen vier Staaten, Syrien, Iran, Irak und der Türkei, aufgeteilt und lebt innerhalb der Grenzen dieser Länder. Ist es denn in solch einer Situation noch möglich, sich in viele Parteien zu teilen und gegeneinander zu kämpfen? Bis heute hat die PKK, die ja heute KADEK heißt, sehr viele positive Schritte gemacht. Der KADEK hat die Menschen, die in diesen Ländern leben, vereint. Ich denke, dass der KADEK eine höhere politische Kapazität besitzt. Der KADEK hat die Möglichkeiten, viele Menschen, darunter auch die KDP und die PUK, zu vereinen. Durch Dialoge, Gespräche und gemeinsame Treffen können Resultate wie der Frieden geschaffen werden. Um das zu schaffen, ist jedoch ein Faktor von besonderer Wichtigkeit: Der KADEK sollte Akzeptanz durch die kurdische Bevölkerung bekommen. Und die hat er auch.

Sie haben auch andere Völker kennen gelernt, die einen Befreiungskampf führen. Wenn Sie diese mit dem kurdischen Volk vergleichen, was für Unterschiede sehen Sie?

Die Palästinenser/innen haben einige Rechte. Sie dürfen in ihrer Sprache schreiben, sie können Schulungen in der eigenen Muttersprache bekommen, sie haben eigene TV-Stationen und eigene Zeitungen. Sie haben sogar ihre eigenen Polizisten. Außerdem kenne ich noch Makedonien. Als der albanische Aufstand in Makedonien anging, ging ich dorthin. Sie hatten auch sehr viele Rechte. Die Kurd(inn)en jedoch haben überhaupt keine Rechte. Wenn Sie Kurdin oder Kurde sind, haben Sie nicht das Recht, kurdisch zu sprechen oder Unterricht in der eigenen Sprache zu bekommen. Gleichzeitig haben Sie natürlich auch nicht das Recht auf Fernsehen, Radio oder Zeitungen in der eigenen Sprache. Sie können keine Organisationen, Vereine und Initiativen gründen. Sie sind nirgends vertreten. Die Personen, die Sie selber gewählt haben, werden verhaftet. Die Kurd(inn)en sind als Volk und als kultureller Wert nirgends in der Welt bekannt.

- Bestellschein -

Hiermit bestelle ich den Kurdistan Report für sechs Ausgaben. Wenn ich den Kurdistan Report nicht mit der vorletzten Ausgabe kündige, verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr. Das Abonnement kostet für sechs Ausgaben 15,- Euro plus Portokosten. Die Bezahlung erfolgt per Rechnung.

Den Bestellschein bitte senden an:
Kurdistan Report
c/o ISKU
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
oder einfach eine E-mail an:
k.report@gmx.de

Ich bestelle den Kurdistan Report an folgende Adresse:

 Name

 Vorname

 Straße

 PLZ/Wohnort

 Tel./Fax

 E-mail

 Datum und Unterschrift

Was hat Sie in der Freien Frauenakademie am meisten beeindruckt?

Bevor ich hierher kam, sah ich die Photos von Guerilleras. Die Photos haben mich wirklich sehr schockiert. Eine Frau als Guerilla, in der Hand eine Waffe und sie steht auf der Spitze eines Berges. So etwas ist normalerweise im Mittleren Osten sehr ungewöhnlich. Die Frauen aus dem Mittleren Osten können die Welt nur hinter einem Tuch betrachten. Dieses Tuch abzulegen wäre eine Revolution für die Frauen. Immer noch dürfen die Frauen nicht aus dem Haus, ohne dass die "Männer im Haus" ihr Einverständnis dafür gegeben haben. Es wäre eine Revolution, alleine aus dem Haus zu gehen und draußen spazieren zu gehen. Es ist auch eine Revolution, wenn sie Organisationen gründen, um ihre Rechte zu verteidigen. Beim Aufbau eines neuen Systems im Irak beauftragt man auch Frauen. Ich denke, dass dies eine Art Show ist. Denn auch als die USA Afghanistan besetzt haben, hat man dasselbe gesagt. Auch damals hat man gesagt, dass die Frauen das Recht haben sollten, frei und ohne Burka rausgehen zu können. Eigentlich war das ja auch etwas Gutes. Jedoch war das Ziel ein anderes. Es wurde nicht gemacht, damit es eine endgültige Befreiung gibt. Unter solchen Umständen ist es etwas Unglaubliches, dass Frauen in die Berge steigen. Hier reden die Frauen und Män-

ner miteinander. Unter ihnen sind vielleicht sogar Frauen, die ihr ganzes Leben lang mit noch keinem Mann von Angesicht zu Angesicht gesprochen haben. Vielleicht war sogar alles für diese Frauen verboten gewesen. Hier jedoch können sie frei mit Männern diskutieren. Meiner Meinung nach wird hier ein neues Frauen-Modell entworfen. Sie wissen sehr viel über andere Menschen. Sie können unabhängig und auf eigene Weise denken. Somit werden sie unabhängig. Dies ist der wichtigste Punkt. Als ich in Kurdistan war und die Frauen sah, dachte ich mir schon, dass es eine revolutionäre Tat für sich ist, dass Frauen zur Guerilla gehen. Und in Wirklichkeit ist es auch ein revolutionärer Schritt für die Frau, in die Guerilla einzutreten. Im Mittleren Osten, wo die meisten Menschen arabischer Herkunft und islamischen Glaubens sind, ist es eine Revolution für sich, dass Frauen in die Berge gehen oder ihr Haus verlassen.

Was meinen Sie, warum diese Frauen ihre Häuser verlassen und Guerillas geworden sind?

Ich denke nicht, dass alle Frauen wirklich aus ideologischen Gründen diesen Schritt getan haben. Sie waren ständig einem Druck ausgesetzt. Als Frau haben Sie nur Druck erlebt. Es ist ein wichtiger Faktor, dass ein Mensch von den normalen Menschenrechten ausge-

schlossen wird und somit ständig in Gefahr lebt. Einige, vielleicht sogar die meisten, waren mit der Gefahr konfrontiert, von den türkischen Polizisten vergewaltigt oder sogar getötet zu werden. In die Berge zu gehen und Guerilla zu werden, bedeutet Widerstand gegen die Operationen des Militärs und die Angriffe der türkischen Polizei. Dies ist etwas sehr Wichtiges. Für Frauen bedeutet das Widerstand gegenüber Gefahr. Es gibt auch Intellektuelle, die aus Europa oder anderen Ländern in die Berge gegangen sind. In diesen Fällen spielt die Ideologie einen sehr wichtigen Punkt. Sie schließen sich aufgrund der Idee an, ein neues Leben zu erschaffen.

Haben diese Frauen das gefunden, was sie suchten?

In den Bergen ist das Leben wirklich schwer. Jedoch sind sie hier frei. Es gibt keinen, der Druck ausübt. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt. Hier wird eine neue Kultur aufgebaut. Sie diskutieren täglich darüber, wie die Frauenbefreiung Fuß fassen kann und wie der Kampf aussehen sollte. Die Frauen wissen, dass es nur dann eine Revolution ist, wenn sie frei sind und es eine Gleichheit zwischen Mann und Frau in der Praxis und im Denken gibt. Hierbei jedoch wird das Wort "gleich" anders interpretiert. Gleich zu sein heißt nicht, dass ein Geschlecht Herrschaft dem anderen gegenüber ausübt.

Ich kann aber auch sehen, dass alle hier bedingt durch die gegenwärtige politische Situation sehr nervös sind. Es wird diskutiert, dass es viele Entwicklungen gibt und aufgrund dieser die Friedensphase ein Ende haben könnte. Es wird davon geredet, dass der bewaffnete Kampf erneut aufflammen könnte. Ich habe mit ihnen geredet und gesehen, dass sie vorbereitet sind. Sie sind gut ausgebildet. Und bereit für jeden möglichen Angriff.

Wie bewerten Sie die Schulungen in dieser Akademie?

Allem voran denke ich, dass die wichtigste Ausbildung in den Bergen die Ausbildung für das Laufen ist. In den Bergen zu marschieren entwickelt die



Winter in den Bergen

Foto: Archiv

Eigendisziplin. Wenn man zu Beginn in die Berge kommt, kann man nicht marschieren, man kommt außer Atem. Nach 1-2 Jahren jedoch lernt man, wie der Atem trainiert wird, man gewöhnt sich daran. Die Harmonie mit der Natur ist sehr wichtig. Der Einklang mit der Natur stellt den Zusammenhang zur Ökologie her. Normalerweise versteht man unter Schulung, dass man lernt und lehrt. Hier jedoch ist die Schulung das Teilen von allem, was du hast. Hier gibt es keine/n wirkliche/n Lehrer/in. Weil alle Lehrer/innen sind und Schüler/innen. Und das ist etwas anderes.

Was mochten Sie an den Bergen am meisten?

Natürlich die Grundregel des Lebens. Das Lebensprinzip ist hier sehr einfach: Du hast nur so und so viele Möglichkeiten, am Leben zu bleiben. Mehr und Extras gibt es nicht. Das ist etwas Schönes. Wenn alle so leben würden, gäbe es keine Hungersnot auf der Welt oder würde niemand Hungers sterben. Wenn alle wie hier teilen würden, wäre die Welt anders. Der Charakter von Guerillas ist sehr hart; sie haben Waffen, weil sie eben Soldat(inn)en sind. Aber eigentlich sind sie sehr weich, fein und schön und sie lachen immer. Hier ist es besser als in den Städten. Diesen Aspekt mochte ich am meisten. Ich wollte auch wie einer von der Guerilla sein. Weil ich nicht ein "anderer" sein wollte, habe ich direkt, nachdem ich kam, Guerillakleidung angezogen. Hätte ich das nicht gemacht, hätte ich vielleicht eine andere Atmosphäre geschaffen. Und somit hätte ich vielleicht nicht die Möglichkeit, wie die anderen Guerillas, natürlich und gelassen zu reden. Ich hätte mir niemals gedacht, dass die Guerilla in den Bergen Strom erzeugen könnte. Ihr benutzt Eure eigene Kapazität und Euer eigenes Wissen um sie zu erzeugen. Und Ihr habt so saubere Toiletten. Alle diese Sachen zeigen mir Folgendes: zu leben in den Bergen. Zu leben unter allen Umständen. Statt wie irgendein wildes Geschöpf der Natur zu leben, versucht Ihr, Möglichkeiten für ein menschenwürdiges Leben zu schaffen. Das ist etwas sehr Wichtiges.

Und was hat Ihnen überhaupt nicht gefallen?

Das Ungeziefer, die Fliegen, die Spinnen. Öfters konnte ich wegen Attacken dieser Tierchen nicht schlafen. Letztens bin ich auch wieder so aufgewacht. Anschließend ging ich hin und setzte mich auf einen großen Stein und enttäuscht fragte ich mich: "Warum bin ich hierher gekommen? Was mache ich hier?" - "Du wirst geschult, aber du bist traurig. Aber gegen solche Schwierigkeiten hast du zu kämpfen. Ansonsten kannst du nur noch die Berge verlassen."

Und dann noch das Essen. Egal was kommt, du isst es. Natürlich gibt es in den Bergen nicht so viel zu trinken. Du kannst nur Tee und Wasser trinken. Ich bin daran gewöhnt, unterschiedliche Sachen zu trinken: Coca Cola, Wein oder andere Sachen. Jedoch gab es hier nur Tee und Wasser. Hier vergaß ich die anderen Sachen und gewöhnte mich an Tee und Wasser. Ich hatte hier die Möglichkeit, mit vielen Guerillas zu diskutieren. Als ich mit ihnen diskutierte, dachte ich: "Vielleicht werde ich diesen Menschen nie wieder sehen. Aufgrund des Krieges, aufgrund des Ortes. Vielleicht wird dieser Mensch in einigen Jahren nicht mehr am Leben sein." Dass ich hier die Möglichkeit hatte Guerillas zu sehen, kennen zu lernen und mit ihnen zu sprechen, hat mich auf der einen Seite sehr glücklich gemacht, auf der anderen Seite auch sehr traurig.

Ich weiß, dass das, was Ihr tut, richtig ist, ich sehe es. Und es ist etwas Schönes, das "Richtige" in die Praxis umzusetzen. Sie sind hier, weil sie Druck, Gewalt und Folter durch die türkische Polizei, die Armee erfahren und gesehen haben. Sollte all dies ein Ende haben, werden auch diese Menschen von den Bergen herunterkommen. Sie haben nicht vor, hier hoch auf den Bergen, alleine wie Buddhisten, ihr Leben lang zu leben. Sie sind Guerillas und denken nur an die Menschen, die all diesen Terror der türkischen Regierung miterleben müssen. Sie suchen Wege, um diese Menschen zu befreien, indem das System geändert wird. Der wahre Grund, warum sie hier sind, ist der. ♦

Jiyanekê din – ein anderes Leben

Zwei Jahre bei der kurdischen Frauenarmee

Anja Flach



Mehr als zwei Jahre – von 1995 bis 1997 – war Anja Flach als Internationalistin in den Bergen Kurdistans und hat dort das Leben der Guerillaeinheiten der kurdischen Befreiungsbewegung kennen gelernt und geteilt. Mitten in einem Krieg gegen die zweitgrößte Armee der NATO wird sie Augenzeugin und Teilnehmerin des noch immer andauernden Versuchs, ein anderes Leben aufzubauen – ein Leben, das für das unter Jahrhunderten Krieg, Unterdrückung und Verleugnung leidende kurdische Volk ebenso eine menschenwürdige Perspektive bietet wie für die zerstörten Beziehungen zwischen Männern und Frauen und für die einzelnen Protagonist(inn)en dieses Kampfes.

Die Tagebuchaufzeichnungen dieser Zeit hat sie zu einem Buch verarbeitet, das zugleich den Alltag und die politische Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung Mitte der 90er Jahre beschreibt und die subjektiven Erfahrungen, Erkenntnisse und Schwierigkeiten dokumentiert, die der Weg von den europäischen Metropolen in die Strukturen einer kämpfenden Befreiungsbewegung bereithält.

Paperback, 288 Seiten, 10 Euro
ISBN 3-931885-49-6

Zu bestellen bei der:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr.117
20357 Hamburg
Tel./Fax.: 040 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
www.nadir.org/isku

Freilich ist das nicht die Mauer von Jericho ...

Vor allem - die Mauer muss fallen!

Von Uri Avnery, israelischer Journalist, Schriftsteller und Friedensaktivist

Auch in Deutschland war sie ein großes Hindernis, eine Kombination von Mauern und Zäunen, Wachtürmen und Schießanlagen, "Todeszonen" und Patrouillenwegen. Sie teilte das Land, zerstörte die Landschaft und trennte Eltern von ihren Kindern. Ein Furcht erregendes Monster, das Ekel und Abscheu erregt, ein Symbol für Macht und Endgültigkeit.

Der Slogan "First of all - the Wall must fall!" war spontan entstanden, als wir gegenüber der Mauer in Kalkilja standen, an der Stelle, wo sie zum Sperrzaun wird und nach Osten weitergeht, bis tief hinein in palästinensisches Gebiet. Auf der andern Seite der Mauer demonstrierten die Palästinenser. Wir suchten nach einem griffigen Reim, den wir durchs Megaphon rufen konnten. Gemeinsam fanden wir die sieben Worte, die die ganze Botschaft in sich tragen.

Freilich ist das nicht die Mauer von Jericho, die mit Trompetenschall zerstört werden konnte. Die Leute, die dieses Hindernis bauen, wollen, dass es für alle Ewigkeit besteht, genauso wie das "vereinigte" Jerusalem die "ewige Hauptstadt Israels" ist. Die israelische Rechte hat keine Vorstellung einer Zeitepoche, die weniger ist als Ewigkeit. Aber auch unter den israelischen Linken sind Leute, die glauben, dass die Mauer eine "nicht umkehrbare" Situation schaffe. Nicht ich. Denn ich erinnere mich an andere "nicht umkehrbare" Situationen und auch an andere "Ewigkeiten".

Unsere Mauer wird häufig mit der Berliner Mauer verglichen - optisch und politisch betrachtet, ist das ein vernünftiger



Uri Avnery Foto: www.uri-avnery.de

vergleich. Nicht nur weil die "Berliner Mauer" eine urbane Monstrosität war. Sie war ein Abschnitt des deutschen Teils des Eisernen Vorhangs, der Deutschland in zwei Teile teilte, und der sich im Norden von der Ostsee bis an die tschechische Grenze im Süden erstreckte, beinahe 1000 km - etwa so wie die geplante Länge von Sharons Monster.

Auch in Deutschland war sie ein großes Hindernis, eine Kombination von Mauern und Zäunen, Wachtürmen und Schießanlagen, "Todeszonen" und Patrouillenwegen. Sie teilte das Land, zerstörte die Landschaft und trennte Eltern von ihren Kindern. Ein Furcht erregendes Monster, das Ekel und

Abscheu erregt, ein Symbol für Macht und Endgültigkeit.

Ganz besonders Endgültigkeit. Jeder, der die Mauer sah, empfand, dass dies in der deutschen Geschichte ein Punkt ohne Rückkehr war, dass die Trennung ewig war, dass es keinen Sinn hatte, gegen sie anzukämpfen. Tatsächlich gründeten ernsthafte Politiker ihre Politik auf die Permanenz der Mauer. Linke wie Rechte fanden sich mit dieser Tatsache ab. Kein ernsthafter Kommentator stellte sie in Frage. Die Situation war "irreversibel".

Und dann - eines Tages - geschah es eben wie ein vollkommen nicht voraussehender Vulkanausbruch. Die schreckliche Mauer verschwand - fast wie von alleine. Ein kommunistischer Minister versprach sich, die Polizei zögerte einen Augenblick lang, eine Menschenmenge versammelte sich - und das "Unumkehrbare" wurde ausgesprochen "umkehrbar". Die Situation hatte sich geändert - so wie die schrecklichen Ungeheuer der Dinosaurier von der Erde verschwanden.

(Kurze Zeit vor dem Mauerfall fuhr ich von Westdeutschland nach Berlin. Ich musste eine DDR-Grenzstation passieren. Die Vopos mit versteinerten Gesichtern gaben grobe Befehle: "Ihren Pass! Setzen Sie sich! Warten Sie!" Kein "bitte! Danke! Entschuldigen Sie!" So wie die Nazis in Hollywoodfilmen. Die gleiche Uniform, die gleiche Schirmmütze. Das gleiche Benehmen, alles genauso. Ein paar Tage nach dem Mauerfall passierte ich die Grenze wieder. Dieselben Polizisten standen da, aber sie waren nicht wiederzuerkennen. Sie hatten ein breites Lächeln aufgesetzt, unbegrenzte Höflichkeit: "Bitte, Herr Avnery! Danke, Herr Avnery! Würden

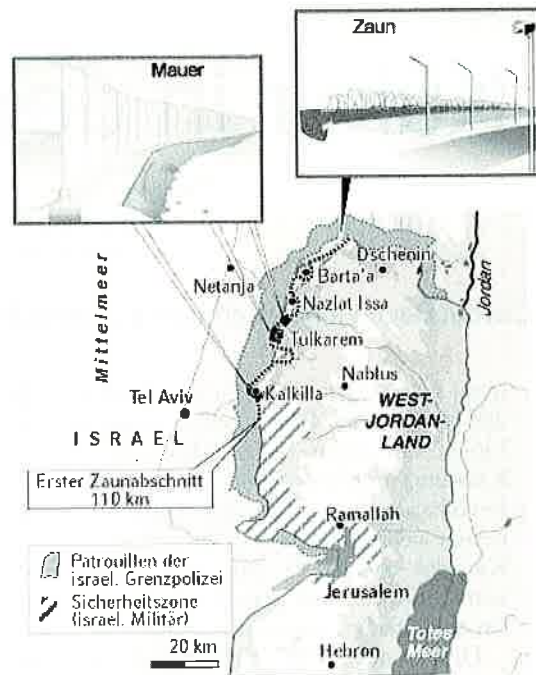
Sie, bitte,...! Nur einen Augenblick!" Offensichtlich sind nicht nur Mauern eine veränderbare Größe, sondern auch die Menschen.)

Da gibt es natürlich einen bedeutenden Unterschied zwischen der deutschen und der israelischen Mauer. Ostdeutschland hatte eine Grenze, die durch ein internationales Abkommen (zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten) festgelegt war. Die Mauer war ganz auf dieser Grenzlinie gebaut worden. Ihr Verlauf war selbstverständlich.

Aber hier gibt es kein Abkommen, keine Grenze, kein selbstverständlicher Verlauf. Alles wird von anonymen Planern bestimmt. Man kann sie sich gut vorstellen, wie sie in ihren Büros mit Klimaanlage vor den ausgebreiteten Landkarten sitzen. Eine sehr spezielle Landkarte, weil sie nur jüdische Siedlungen und die (dazu gehörenden) sog. Umgehungsstraßen zeigt. Die palästinensischen Städte und Dörfer erscheinen überhaupt nicht, als ob die ethnische Reinigung, die so viele in Israel (auch in der Sharon-Regierung) herbeiwünschen, schon geschehen sei.

Was macht die Mauer so speziell: sie ist unmenslich. Die Planer haben die Existenz der (nicht-jüdischen) Menschen vollkommen ignoriert. Sie berücksichtigen die Hügel und Täler, die Siedlungen und Umgehungsstraßen. Doch ignorieren sie total palästinensische Stadtteile und Dörfer, ihre Einwohner und ihre Felder. Als ob sie nicht existieren.

Und so steht die Mauer zwischen den Kindern und ihrer Schule, zwischen den Studenten und ihrer Universität, zwischen Patienten und ihrem Arzt, zwischen Eltern und ihren Kindern, zwischen Dörfern und ihren Brunnen, zwischen den Bauern und ihren Feldern. Wie ein riesiger, gepanzerter Bulldozer, der krachend durch ein Dorf rollt und alles, was auf seinem Weg liegt, ohne zu zögern, zermalmt und zerstört. So zerschneidet die Mauer Tausende von dünnen Fäden, aus denen das Gefüge des täglichen Lebens der Menschen besteht, so als ob sie nicht da wären.



Für die Planer existiert dieses Leben einfach nicht. Das Land hat keine Nicht-Juden. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts handeln sie entsprechend dem zionistischen Slogan, der Ende des 19. Jahrhunderts kursierte: "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land."

Tatsächlich wurzelt die Idee der Mauer tief im zionistischen Bewusstsein und hat es schon von Anfang an begleitet. In seinem Buch "Der Judenstaat", das die moderne zionistische Bewegung ins Leben rief, hatte Theodor Herzl bereits geschrieben: "Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen." Mehr als hundert Jahre später drückt Sharons Mauer genau diese Zielsetzung aus.

Außenseiter werden dies nicht verstehen. Yasser Arafat erzählte mir in der vergangenen Woche, dass Abu Mazen bei seinem Besuch kürzlich in den USA Präsident Bush den Plan dieser Mauer gezeigt habe. Bush war geschockt. Er schwenkte die Karte vor dem Vizepräsidenten Dick Cheney und rief aus: "Was ist dies? Wo ist der palästinensische Staat?"

Allein durch seine Existenz scheint die Mauer Macht auszudrücken. Sie ver-

kündet: "Wir sind mächtig. Wir können tun, was wir wollen. Wir werden die Palästinenser in kleine Enklaven einsperren und sie von der Welt abschneiden." Aber das ist nur Schein. In Wirklichkeit drückt die Mauer alte jüdische Ängste aus. Im Mittelalter umgaben sich die Juden mit Mauern, um sich sicherer zu fühlen - lange bevor sie gezwungen waren, in Ghettos zu leben.

Ein Staat, der sich selbst mit einer Mauer umgibt, ist nichts anderes als ein Ghetto-Staat. Ein starkes Ghetto, natürlich, ein bewaffnetes Ghetto, ein Ghetto, das jeden in der Nachbarschaft in Angst und Schrecken versetzt, aber - trotz allem ein Ghetto, das sich nur hinter Mauern, Stacheldraht und Wachtürmen sicher fühlt.

Wir können keinen Frieden erreichen, bevor wir nicht die Ghettomentalität überwunden haben. Und vor allem - die Mauer muss fallen! ♦

Quelle: <http://www.uri-avnery.de> (30.08.2003)

Aus dem Englischen: Ellen Rohlf

Uri Avnery ist Gründer der Bewegung Gush Shalom. Der Publizist und langjährige Knesset-Abgeordnete Avnery, 1923 in Beckum geboren und 1933 nach Palästina ausgewandert, gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Gestalten der israelischen Politik. Er ist durch seine kämpferisch-kritische Begleitung der offiziellen israelischen Regierungspolitik weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt geworden. Für sein Engagement für den Frieden im Nahen Osten sind ihm zahlreiche Auszeichnungen zuerkannt worden, unter anderen der Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück (1995), der Aachener Friedenspreis (1997), der Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte (1997), der Alternative Nobelpreis (2001), der Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg (Mai 2002) sowie der Lew-Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte im November 2003 in Köln.

Kunst und Kultur in der Türkei

Dieses Gespräch mit dem Musiker Cevdet Bagca führte Fahri Kilinc, Journalistin bei Özgür Politika

Es gibt türkische Künstler, die die kubanische Nationalhymne umgeschrieben und unter ihrem Namen weiterverkauft haben. Iranische, irakische und syrische Melodien wurden durch Vertauschen der Instrumente ohne Mühen in ein türkisches Musikstück umgewandelt. Dennoch sind es mehr kurdische Werke, die betroffen sind.

Vor einiger Zeit brachte Cevdet Bagca das Album "Simurg" heraus. Bei Musikliebhaber(inne)n fand es großen Anklang. Auch sein zweites Album ist in Arbeit und wird demnächst erscheinen. In einem Interview betonte er unter anderem, dass die Türkei die Kunst und Kultur unterdrückt und zurzeit die Mittel noch nicht vorhanden sind, um sich als Einzelperson gegen die Unterdrückung zu stellen. Er wünscht sich eine Organisation, in der Künstler/innen im Mittelpunkt stehen.

Mit Cevdet Bagca führte Özgür Politika ein Gespräch über die Kunst, Gesellschaft und Musikproduktion.

Die Künstler/innen in der Türkei werden mit Verboten konfrontiert. Wie bewerten Sie das?

In einem Land in dem ein Kleidungs-gesetz existiert, kann es für Kunst keine freie Atmosphäre geben. Noch immer tragen alle in diesem Land eine Uniform. Von Interesse ist aber, dass weder Künstler/innen noch Intellektuelle dem etwas entgegengesetzt oder ihre Mei-

nung geäußert haben. Für die Freiheit der Kunst eines Landes muss in erster Linie etwas gegen das Vorschreiben der Kleidung unternommen werden. Die Bevölkerung muss von den Uniformen befreit werden. Dieser Arbeit sollten die Künstler nachgehen. Mit dem Tragen von Uniformen will man den Menschen ein einheitliches Aussehen aufdrängen.

Dies ist auch in der Entwicklung von Kunst und Kultur zu sehen. Den Menschen wird z. B. seit 10 Jahren das Hören gleichartiger Musik aufgedrängt. Rock, Pop und Arabeske sind weit entwickelt worden. Auffallend ist, dass diese Art von Musik zu einer Zeit emporgestiegen ist, als auch die rechten Parteien Erfolge verzeichneten.

In der Türkei wird davon gesprochen, dass es in den Bereichen Kunst, Kultur und besonders Musik gute Organisationen gibt?

Wenn wir das Leben in der Türkei betrachten, können wir erkennen, dass sich jene, die intellektuelle und vorausschauende Eigenschaften besitzen, sehr viel Mühe geben, um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Es besteht ein geringes Interesse, bestehende Kunst-Organisationen zu unterstützen oder eine Alternative aufzubauen. Gerade bei der Musik bräuchte man die Unterstützung von professionellen Organisationen.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der man offen für die Gesellschaft sein muss. Trotz allem unternehmen die Menschen in der Türkei nichts dafür. Ich verurteile dieses Verhalten als inkonsequent.

Sie betonen, dass die Werke kurdischer Künstler/innen und Musiker/innen mit

Repression konfrontiert werden. Wie kann man sich dagegen wehren?

Um diese Epoche zu verändern, müssen zivile Gemeinschaften und Organisationen mobilisiert werden. Diese müssen bei der Kunst und Kultur der kurdischen Künstler/innen die fehlende Organisation wettmachen. Bei der Musik müssten viel mehr Alternativen organisiert werden. Jedoch dürften wir mit diesen Organisationen nicht wieder in die alten Strukturen fallen. Schulen, die unsere Sprache, Geschichte und Herkunft lehren, müssen gegründet werden. Bereiche wie Philosophie, Wissenschaft, Kunst und Kultur werden benötigt. Ein eigenes Archiv für die kurdische Musik muss aufgebaut werden, um die Werke zu erhalten. Damit schaffen wir eine Grundlage, um wissenschaftlich zu arbeiten.

Mit der Redefreiheit für die kurdische Sprache stieg auch die Anzahl der kurdischen Musiker/innen. Wie beurteilen Sie das?

In der Sprache, in der ein Mensch träumt, hat er auch das Recht, Musik zu machen oder zu hören. In der Türkei wurde dies jedoch jahrzehntelang verboten. Es ist unbeschreibbar für einen Menschen, in seiner Sprache zu träumen und dann in die türkische Sprache übersetzen zu müssen. Wir sprechen die türkische Sprache, aber wenn wir diese Sprache in der kurdischen Kunst und Kultur anwenden, wird die ästhetische Seite zunichte gemacht. Der kurdischen Bevölkerung wurde die Muttersprache verweigert, so nutzte man Musik zur Verständigung und die Musik wurde mit den Jahren zur Sprache in diesem Gebiet. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
 41 Rue Jean Stas
 1060 Brüssel
 Tel: (32) 2 647 30 84
 Fax: (32) 2 647 68 49
 e-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
 41 Rue Jean Stas
 1060 Brüssel
 Tel: (32) 2 647 99 53
 Fax: (32) 2 647 27 75
 e-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
KNK - Kurdistan National Kongress
Deutschlandvertretung
 Scharnhorststr. 25
 10115 Berlin
 Tel: (49) 30 - 97 00 54 26
 Fax: (49) 30 - 97 00 54 27

Deutschland:
YEK-KOM
 Graf-Adolf-Str. 70a
 40210 Düsseldorf
 Tel: (49) 211 - 17 11 452
 Fax: (49) 211 - 17 11 453
 e-mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
 Ramperstorffergasse 68 A
 1050 Wien
 Tel: (43) 1 54 55 259
 Fax: (43) 1 54 55 821
 e-mail: feykom@aon.at

Schweiz:
KURD-CHR
 15 rues des Savoises
 1205 Genevre
 Tel: (41) 22 32 81 984
 Fax: (41) 22 32 81 983
 e-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Italien:
Ufficio di Informazione del Kurdistan In Italia
 Via Quintino Sella
 00186 Rom
 Tel: (39) 06 - 42 01 35 76
 Fax: (39) 06 - 42 01 37 99
 e-mail: uiki.onlus@tin.it
 http://www.kurdistan.it

Niederland:
FED-KOM
 Sloterkade 10
 1058 HD Amsterdam NL
 Tel: (31) 20 - 61 41 816
 Fax: (31) 20 - 61 43 468
 e-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
 Victoriagade 16 c, 2 Sal
 1655 København
 Tel: (45) 33 - 22 89 98
 Fax: (45) 33 - 22 59 23
 e-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
 93 Main Street
 Blacktown 2148 Sydney
 Tel: (61) 2 - 96 76 72 45
 Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allilegyis sto Kourdistan
 Tach. Thy. 25607
 1311 Lefkosia / Kypros
 Tel: (357) 2 - 37 42 16
 Fax: (357) 2 - 37 44 04
 e-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russland:
Mala Kurda
 House 4/A
 Vilgelma Pika Str.
 Moskau 129226
 Tel/Fax: (70) 95 - 18 71 200
 e-mail: kurdistan@ntl.ru

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
 147 Rue Lafayette; 75010 Paris
 Tel: (33) 1 - 40 16 44 89
 Fax: (33) 1 - 40 16 47 23
 e-mail: cik@wanadoo.fr

AZADI e.V.
RECHTSHILFEFONDS
 für Kurdinnen und
 Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
 GLS Gemeinschaftsbank eG
 mit Ökobank
 BLZ 430 60 967
 Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

**AZADI
 FREIHEIT**

Informationen:
 AZADI e.V.
 Lindenthalgürtel 102
 50935 Köln
 Tel: 0221 / 9234497
 Fax: 0221 / 9234499
 e-mail: azadi@t-online.de
 http://www.nadir.org/azadi

